

NR. 2 · MAI 1992 · 41. JAHRGANG

dis|kus

A black and white photograph of two shirtless men standing outdoors in front of a dense green background. Both men have white body paint applied to their faces and chests. The man on the left has paint around his eyes and a jagged, zigzag pattern on his chest. The man on the right has paint around his eyes, a mustache-like shape, and a similar jagged pattern on his chest. They are both looking directly at the camera.

**Wer hilft mit
Klaus und Klaus
abzuschrubben?**

editorial

Die Ergebnisse der Wahlen zum StudentInnenparlament lagen bei Drucklegung der letzten diskus-Nummer noch nicht vor; unklar war, ob es tatsächlich die letzte sein würde. Finanziell und rechtlich durch den Allgemeinen StudentInnenausschuß (AStA) der Frankfurter Universität abgesichert, ist die Arbeit der HerausgeberInnen und der Redaktion der Frankfurter StudentInnenzeitung von dessen Zusammensetzung abhängig. Die Wahlen im Februar 1992 ergaben ein Patt zwischen linken und rechten Hochschulgruppen. Das Parlament vertagte sich, ein neuer AStA konnte nicht gewählt werden. Soweit haben die Wahlen keine politische Klarheit gebracht. Klar ist allerdings, daß der gegenwärtige linke AStA bis zur Neuwahl im Amt bleibt und die Beschlüsse des im vergangenen Jahr gewählten StudentInnenparlaments gültig sind, darunter auch die weitere finanzielle Unterstützung für den diskus und die Wiederwahl der drei HerausgeberInnen sowie die Neuwahl einer Herausgeberin und eines Herausgebers aus dem Kreis der Redaktion. Auf dieser rechtlichen Grundlage kann der diskus bis auf weiteres seine redaktionelle Arbeit fortsetzen.

Nicht nur angesichts dieser Patt-Situation ist linke Hochschulpolitik an der Frankfurter Universität kein vernünftiges Unterfangen. Die angestrebte „Neukonstituierung“ der parteiunabhängigen Uni-Linken über das Linke Liste-Plenum gestaltet sich schwierig, da momentan nicht nur politische Resignation regiert, sondern auch politische Verwirrung. Wie anders erklärt sich folgendes Ereignis: Als sich der hessische Ministerpräsident Hans Eichel im Rahmen des Instituts für Sozialforschung anschickte, einigen kritischen Reflexionen über Nationalismus freien Raum in sozialdemokratischem Geiste zu geben, trat ihm eine Bellizisten-Fraktion der Linken Liste entgegen. Verdutzt sahen sich der SPD-Politiker und seine Zuhörer mit Bockenheimer Weltpolitikern konfrontiert, die eine Lösung für die kriegerischen Auseinandersetzungen in den ehemaligen jugoslawischen Republiken parat hatten: „Herr Ministerpräsident, schicken Sie NATO-Truppen“. Das kommt dabei heraus, wenn der linke Stammtisch zum Feldherrnhügel wird und die Strategen sich den Erstbesten greifen, um die von ihnen ausgebrütete Militärdoktrin einzufordern.

Wenn diese Fraktion der Linken Liste mit ihrem militaristisch übertrumpften Genscherismus die Forschungseinrichtung rechts zu überholen trachtet, ist man geneigt, das alte Institut und seine Leitung zu verteidigen oder doch etwas an ihm zu retten. Mit Blick in die Frankfurter Rundschau besteht dazu allerdings wenig Anlaß. Dort war das institutseigene Memorandum „Fremdenfeindlichkeit im vereinigten Deutschland“ dokumentiert, das vor allem dadurch besticht, daß sich seine Autoren um den theoretisch-analytischen Begriff des Rassismus herummogeln. Die Konsequenzen solcher Wissenschaftspolitik ließen sich nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein der Lokal-Rundschau entnehmen: Es gibt „die ganz klaren Flüchtlings- und Einwanderungsprobleme“, die „Protestwähler“ dazu bewegten,

die „Fahne“ der Republikaner und der Deutschen Volksunion zu „hissen“, „latenter“ oder gar „manifest“er Rassismus solle diesen „Modernisierungsverlierern“ nicht unterstellt werden, kommentierten die Frankfurter Institutsmitglieder. Was vor dem Hintergrund der Verzahnung von Nationalismus und Rassismus in staatlichen Institutionen hierbei noch das Wort Protest bedeuten soll, dabei hält man sich im Institut nicht lange auf. Um die „Probleme“ zu lösen, meint der ehemalige hessische Rahmenrichtlinien-Kultusminister und gegenwärtige geschäftsführende Institutsdirektor, Ludwig von Friedeburg: „Man muß Wege finden, die Gesamtmenge derjenigen, die da kommen, auseinanderzunehmen, zu differenzieren.“ In solchen Aussagen lassen sich kaum noch Spuren der Kritischen Theorie finden, wenn man nicht dem irrigen Glauben anhängt, allein Differenzieren sei schon Kritik. Der liberale akademische common sense in der Bundesrepublik schreibt ohnehin vor, daß die rechtsextremistischen Parteien Zulauf aus dem „unteren Drittel“ der Gesellschaft erhalten. Wen kümmert's, ob sich solche Urteile sozialwissenschaftlich erhärten lassen. Der sozialen Abwehrhaltung ist allemal Genüge getan, da Rassismus und Nationalismus oder - in rotgrünem Wissenschaftsjargon - „Fremdenfeindlichkeit“ und „Wohlstands-Chauvinismus“ nur den „sozial Schwachen“ zugeschrieben werden. Der Widersinn solcher sozialwissenschaftlichen Konstruktionen scheint indes kaum jemand ins Auge zu springen. So ist es nicht verwunderlich, daß das Institut zwei seiner Mitarbeiter bei Müllabfuhr und Polizei nach „Statusproblemen“ als Ursache von „Fremdenfeindlichkeit“ forschen läßt, statt nach dem „autoritären Charakter“ und seiner Artikulation in Neo-Rassismus und Nationalismus, wie es in der Tradition der Kritischen Theorie angeraten sein könnte.

Die Begründung für diese Zielgruppen, in den Worten eines der Sozialforscher: „Sie bearbeiten beruflich die Schattenseiten des städtischen Wandels - sozusagen den Dreck der Stadt. Bei der Müllabfuhr im wörtlichen, bei der Polizei im übertragenen Sinn.“ Das ist entweder ein müder Kalauer oder eine gefährliche Drohung. Für ersteres spricht die Posse, die das Institut aufführte, als sich eben jener Mitarbeiter in die städtische Haushaltspolitik einzumischen versuchte und eine Umbuchung von Geldern aus dem Kultur- in den Sozialetat nahelegte. Aufrichtig sprach aus ihm die sozialtechnokratische Konsequenz des „Modernisierungsverlierer“- und „Protestwähler“-Theorems, dafür aber gab's eins aufs Pfötchen. „Populistisch, aber - gestatte mir die Grobheit - dumm“, konterte die sozialdemokratische Kulturdezernentin Linda Reisch in ihrem Brief an den „Lieben Ludwig“. Wenige Tage später distanzierte sich die Institutsleitung von den Ausführungen ihres Mitarbeiters, dieser habe „nicht so sehr als Wissenschaftler, wohl aber als wissenschaftlich informierter Bürger“ gesprochen. Derart zurückgestuft, durfte besagter „Bürger“ gleichentags - nun

impressum:

diskus
Frankfurter StudentInnenzeitung
Heft 2, Mai 1992

Anschrift:

diskus
Jügelstr. 1
(StudentInnenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: 0 69/7 98-31 88
Fax: 0 69/70 20 39

HerausgeberInnen: Raymund Burghardt,
Andreas Fanizadeh, Dagmar Ganßloser, Sa-
bine Grimm, Michael Hintz
Redaktion: Thomas Atzert, Rembert Bau-
mann, Bernd Eichhorn, Gerhard Fischer,
Christoph Kind, Jost Müller

Erscheinungsweise: Vierteljährlich (zweimal
pro Semester)
Satz: CARO-Satz/Wolfgang Röckel, Frank-
furt/M.; Bernd Eichhorn, Ralph Teckentrup
Druck: CARO-Druck, Frankfurt/M.
Titelmontage: Henry Rapior

Auflage: 6 000

**Redaktionsschluß für den nächsten diskus
ist der 3. Juni 1992**

Öffentliche Redaktionssitzung: Jeweils mitt-
wochs von 20.30 bis 22.00 Uhr im Raum 106
des StudentInnenhauses

Bürozeiten: Dienstags von 11 bis 14 Uhr
und donnerstags von 13 bis 16 Uhr im Raum
106 im StudentInnenhaus

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte
Manuskripte, können jedoch weder für sie
haften noch in jedem Fall Korrespondenz
führen.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigen-
tumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange
Eigentum des Absenders, bis sie der/dem
Gefangenen persönlich ausgehändigt wur-
de. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushän-
digung im Sinne des Vorbehalts. Wird die
Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht per-
sönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender
mit dem Grund der Nichtaushändigung
zurückzusenden.

diskus-Abonnement

Der diskus erscheint vierteljährlich (zwei-
mal pro Semester). Für ein Abonnement
einfach einen Zwanzigmarkschein oder ei-
nen Verrechnungsscheck in derselben Höhe
zusammen mit Name und Adresse in einem
Briefumschlag an den diskus, Frankfurter
StudentInnenzeitung, Jügelstr.1, 6000 Frank-
furt/M. 1 schicken. Das Abonnement gilt
für vier Ausgaben und verlängert sich nicht
automatisch.

inhalt

Bauwagen	5
verschandeln Frankfurts grünen Gürtel	
FAZ	8
Feuilleton mit Giftzwergen	
Revolutionäre Zellen	12
gibt's nicht mehr	
Heil Haider!	16
Deutschnationalismus in Österreich	
Schirnjetunion	23
„Die große Utopie“ in der Frankfurter Schirn	
Musik	26
Interview mit Victims Family	
Methadonsplitter	30
aus dem Frankfurter Alltag	
Les amis du roi	33
halten die Westsahara besetzt	
Rassismus & Sexismus	36
Sind alle Frauen weiß?	
Asyl	40
Frauen auf der Flucht	
Rechts-Sprechung	43
Die Legende vom Einzeltäter	
Literatur	50
Wo ist Ypsilon?	
Wichtige Neuerscheinungen	52

allerdings in der Leserbriefrubrik der Frankfurter Rundschau - seinen „Rollenwechsel vom Wissenschaftler zum kritischen Bürger“ zu erkennen geben und vor allem seinen „humanen Begriff von Kultur“ für Sozialpolitik ausgeben. Die Zivilgesellschaft zeichnet sich nach dem Ideal eines anderen Institutsdirektors, derzeit Professor in Gießen, nämlich dadurch aus, „daß alles, was die Bürger betrifft und bewegt - ihre Forderungen, Interessen, Ängste und Ressentiments, grundsätzlich die Dignität eines Gegenstandes öffentlicher Artikulation und Kontroverse erhält“. Amen!

Für den Rest ist die Polizei zuständig. Und hier wird die oben zitierte Begründung des „wissenschaftlich informierten Bürgers“ zur Drohung. Auf ihren inhaltlichen Kern gebracht, bedeutet sie nichts anderes als die am 3. März gestartete Aktion „BAVIS“ - „Bahnhof als Visitenkarte“, die der Vertreibung von „Fixern“, „Dealern“ und „Pennern“ aus der B-Ebene des Frankfurter Hauptbahnhofes diene. Trumpf in der öffentlichen Meinungsmache ist die Kriminalstatistik, die „Forderungen, Interessen, Ängste und Ressentiments“ der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger hochpusht. Kein lauter Protest einer liberalen Öffentlichkeit hat sich dabei für jene bemerkbar gemacht, die ganz gewiß dem „unteren Drittel“ der Gesellschaft angehören, wohl aber weniger zu den Wählerinnen und Wählern der Rechtsextremisten zu zählen sind. Statt dessen war die Reinigungsaktion von beifallspendenden Reisenden, Passanten und Angestellten der anliegenden Läden begleitet. In solchem Applaus für die durchgreifende Staatsgewalt in Uniformen des Bundesgrenzschutzes und der Bahnpolizei äußert sich schon eher das, was nach Lehrmeinung als „Protest“ verstanden werden soll. Im Grunde gehört „BAVIS“ in ein städtebauliches Konzept, dessen Ziel es ist, Frankfurt architektonisch und ökologisch herauszuputzen. Die Vorstellung einer Flaniermeile vom Hauptbahnhof bis zur Zeil gehört ebenso dazu wie die Anlage von Naturparks rund um Frankfurt, wo Umweltschutz wie in einem Vorgarten gehegt wird. Sauberkeit und Ordnung sind hier wie dort das höchste Gut der auf die „Modernisierungsgewinner“-Mentalität angelegten Stadtpolitik. Wer unter den Augen von „Schwarzen Sheriffs“, unter Aussichts- und Kontrolltürmen munter flanieren, einkaufen, imbissen und zwischen Verbotsschildern einherschleichen will, dessen Herz muß höher schlagen, wenn Junkies, Obdachlose und andere des „unteren Drittels“ aus dem Stadtbild vertrieben sind.

In die Galerie der Saubermänner reiht sich der Chef für „Literatur und literarisches Leben“ der Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frank Schirrmacher, ein. Seit seiner Bestallung Anfang 1989 tut er sich als Schirmmeister des nationalen Kulturfahrplans hervor. Mit Herrenreitercharme und Machete observiert er den literarischen Blätterwald, immer auf der Suche nach vaterlandslosen Gesellen unter den Intellektuellen, denen er seine deutschen Hiebe publizistisch versetzen kann. Schirrmachersche Volksverbundenheit besteht darin, mit einem Dreschflegel, nicht mit einer Feder zu schreiben. Sein Auftrag ist die ideologische Reinigung der intellektuellen Köpfe von jedem Gedanken an eine sozialistische, gar klassenlose Gesellschaft. Solchem Draufgängertum tritt die links-liberale Öffentlichkeit allerdings entgegen. Nach ersten Schlägen zeigt sich der Junker bereits erschlaft. In der dreispaltigen Replik auf seine Kritiker vom 23. April hat er sich überhoben. Fast ein Drittel des Artikels nimmt ein Habermas-Zitat ein, ohne daß Schirrmacher in der Lage wäre, es zu sezieren. Düster brauen sich die Gewitterwolken über seinem „klugen Kopf“ zusammen, denn nachdem „in den letzten Jahrzehnten das Kapital und die Bourgeoisie die Rolle der Weltverschönerungsagenturen gespielt“ hätten, habe sich das „Feindbild“

der linksliberalen Intellektuellen verändert: „Die Leerstelle im intellektuellen Zwangsdenken ist nun vom Feuilleton besetzt.“ Gleichgültig, ob man die Stelle egomanisch oder paranoid einzuschätzen hat, sicher ist, daß dieser Redakteur der Legende vom liberalen FAZ-Feuilleton endlich den Garaus macht.

*

Nach „diskus - Texte der Neuen Linken“ haben wir ein Diskussionsbändchen zur gegenwärtigen Rassismus-Debatte, zur „Nie wieder Deutschland“-Kampagne im Anschlußjahr 1990 und zu historischen und aktuellen Themen wie Multikulturalismus, Migration und Nationalismus zusammengestellt, in dem sowohl kritisch journalistische als auch theoretische Artikel enthalten sind, die einen Teil unserer redaktionellen Arbeit spiegeln. Das Bändchen erscheint unter dem Titel „Die freundliche Zivilgesellschaft - Rassismus und Nationalismus in Deutschland“ in der Edition ID-Archiv und wird ab Mai im Buchhandel für ca. DM 20 erhältlich sein.

In der taz vom 29. Februar war von der „moralischen Bankrotterklärung der Linken“ angesichts der hochdramatischen, brisanten und erschütternden BKA-Informationen über die Stasi-Neue Linke-Connection die Rede, und: „Wer jetzt mit der dumm-dreisten Losung ‚Klamauk im Hause Gauck‘ (diskus 1/1992) die jüngste Vergangenheit zum Comic-Strip erklären will, hat sich längst auf die Seite derer geschlagen, für die die Anarcho-Parole ‚legal, illegal, scheißegal‘ immer schon ein Aufruf zu moralischer Indifferenz war.“ Stimmt genau. Da stand der diskus schon immer: „Es wird sich als vorteilhaft erweisen, wenn die Comics besser ankommen und die Leute ihnen mit mehr Respekt begegnen...“ (diskus 2/1970) Oder, anders gesagt, wer Moral, statt sie zu leben, für eine Sache hält, die mit saurer Mine vorgetragen gehört, der muß andere, alle Schaltjahre wieder, zur Staatsräson rufen.

In der Frankfurter Rundschau vom 23. April fanden wir unter der Rubrik „Schule und Hochschule“ einen Teil unseres editorials abgedruckt, der in wenigen Worten die Entwicklung der Linken Liste in den vergangenen vier Jahren nachzeichnete und sich mit deren Ratlosigkeit beschäftigte. Unerwähnt blieb in der FR, daß der diskus „Teil und Ausdruck der skizzierten Entwicklung“ ist und „sich ebenso mit den daraus resultierenden Problemen“ herumschlägt.

Noch ist nicht die gesamte Uni-Linke dem Komitee „Waffen für Tudjman“ beigetreten, und so gibt es neben Hauskrach gar noch Leute, die Hochschulpolitik nicht jenen technokratischen Managern einer „Krise der Universität“ überlassen wollen, die gerne die Mehrheit der Studierenden für kurzfristige „Bachelor-Abschlüsse“ kanalisiert, die Minderheit für die „Elitebildung“ rekrutiert sähen (so Peter Glotz in der FAZ vom 8. April). Im AStA-Info Nr. 6 für das Sommersemester 1992 ist aus diesem Grund eine Veranstaltungsreihe des AStA zu „Perspektiven und Alternativen linker Hochschulpolitik“ angekündigt. Die erste Veranstaltung findet am Montag, den 18. Mai um 18 Uhr im KOZ-StudentInnenhaus mit Gerd Köhler, Vorstandsmitglied der GEW, und Gisbert Lepper, Germanistik-Professor an der Frankfurter Universität, statt.

Die Redaktion



Fotos: Sibylle Truckenmüller

Komm! Ins Offene, Freund!

Horch! Das ist der alte Hölderlin. Und so kommt es vorne raus, wenn du den Toten hinten haust. Dann staubt es aus dem neunzehnten Jahrhundert frisch herüber und reißt uns mit, die „städtische Natur des 21. Jahrhunderts zu entwerfen“. Denn das Besondere an dem Konzept eines zweiten Grünflächenrings um die äußere Innenstadt Frankfurts - Bestandteil der rot-grünen Koalitionsvereinbarungen und Verewigungsvision des grünen Partners, mittlerweile per Magistratsbeschluß abgesegnet - ist seine Verankerung in den Köpfen der BürgerInnen. Den „Anspruch der Stadtbevölkerung auf bessere Lebensbedingungen in Frankfurt und der Region“ soll sie selbst wahrnehmen und als Grüngürtel verteidigen, „Selbstorganisation und Partizipation der Nutzer“, auch von Minderheiten durchsetzen und insbesondere „den Verdrängungsprozessen begegnen, die durch die Einrichtung des Grüngürtels ausgelöst werden“. Dazu drückt uns das städtische Social Management neben dem Hölderlin-Motto noch den „Kampfbegriff *GrünGürtel Frankfurt*“

(niemals Frankfurter Grüngürtel, immer mit zwei großen Gs und ohne Artikel) in die Hand und verabschiedet sich dann, um weiter zu missionieren.

Erfolgreich, wie die Bilanz zeigt:

Fahrradtouren mit frischem Süßen und Drachensteigen bei günstigem Wetter; 345 000 ausgesandte Teilnahmebogen des Bürgerwettstreits zur Gestaltung *GrünGürtel Frankfurt*, 136 Rücksendungen; feierliche Enthüllung des „ersten *GrünGürtel Frankfurt* Fahrrads“ auf dem Römer, wobei ein Funktionär des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs begeistert ausrief: „Zum ersten Mal seit zehn Jahren fühlen wir Radfahrer uns ernstgenommen!“, Sommerakademie mit allen eingeladenen Planer- und GutachterInnen; schließlich ein dickes „politisch-poetisches“ Fachbuch, wo von all dem berichtet wird, für 129 Mark.

Komm! Zur Sache, Freund!

Wahrscheinlich wußten die acht oder neun Jugendlichen also gar nicht, wie wörtlich sie

den grünen Hölderlin nahmen, als sie sich Pfingsten 1990 mit ihren Bauwagen auf dem ehemaligen Bundesgartenschau Gelände niederließen. Die Vorstellungen reichten von der Flucht aus anderthalb Zimmern zu siebt über den eigenen Gemüsegarten bis hin zum selbständigen ökologischen Wohnen. Ziemlich schnell zeigte sich jedoch, daß sie nicht so sehr vorbeispazierenden Bürgern und Ortsbeiräten zur Last fielen, sondern hier, inmitten *GrünGürtel Frankfurt* - auf dem „Herzstück der Politik“ des Umweltdezernenten Tom Koenigs lagerten.

Der hatte wohl viel mehr Angst vor *GrünGürtel Frankfurt* Solidarität der Frankfurter als diese vor den Leuten in den Bauwagen, denn noch bevor es irgendwelche Beschwerden gab, jammerte er schon: „Das könnt ihr doch nicht machen, hier laufen doch viel zu viele Leute vorbei, ich hab schon genug Ärger mit dem Projekt, das muß jetzt nicht auch noch sein, was meint ihr, was das gibt, wenn das erst hochgekocht wird?“. Sauber und ordentlich, sonst grüne Chaospartei, so muß es wohl kurz-geschlos-



sen haben, und Koenigs schoß gleich drei Eigentore. Denn erst nach der eigenmächtig veranlaßten Übersiedlung in den Rödelheimer Biegwald am Westrand Frankfurts empörten sich Anwohner, Spaziergänger und übergangene Ortsbeiräte. Und erst jetzt hatte Koenigs sich die Bauwagen richtig aufgehast, weil die Öffentlichkeit ihn mit diesem Problem identifizierte und alle anderen etwaig zuständigen Stellen eine Ausrede hatten: „Das fällt in die Zuständigkeit des Herrn Koenigs“. Außerdem liegt der Biegwald ebenfalls in *GrünGürtel Frankfurt*.

Wo sich unterdessen immer mehr Leute einlebten: Konzerte fanden statt, die Szene im Frankfurter Westen (Au, Exzess, KOZ-Kneipenabend) lag nahe wie die Innenstadt. Die Reaktionen der Anwohner der nahegelegenen Postsiedlung, auf deren Festplatz das Bauwagendorf stand, reichten von erwartungsgemäß bis phantasievoll. Einige vermuteten zu viele Sozialhilfeempfänger und Arbeitsscheue (wobei die alle in sächsischen Kneipen sitzen und unser Geld versaufen – nicht umsonst haben sie da die Sperrstunde aufgehoben), Hunde machten Angst, Lagerfeuer Waldbrände, Menschen Schrott und Dreck, und Dreck muß weg, damals hätten sie die sofort vergast... Eine wohl vom Weg abgekommene Spaziergängerin landete im Bauwagendorf und behauptete: „Der Weg ist hier gewesen und ihr habt ihn

weggemacht!“, und ließ sich erst umstimmen, als sie wieder zu ihm hingeführt wurde: „Der Weg ist dort gewesen und ihr habt ihn weggemacht!“. Ansonsten entspannte sich das Verhältnis in der Regel, wenn es zu näherem Kontakt kam.

Die Bewohner sind Arbeiter-, Schrauber-, Schrottsammler-, Studentinnen, und wohnen zum großen Teil einfach lieber draußen als in einer Wohnung, legen Wert auf die Vorteile einer Wohngemeinschaft, können sich aber weiter als nur in ihr eigenes Zimmer zurückziehen. Da in Frankfurt das Mieten ganzer Häuser oder großer Wohnungen für Wohngemeinschaften nicht mehr möglich ist (Vermieter nehmen keine oder verlangen zu hohe Mieten), bleibt für das Wohnen mit mehreren Leuten eigentlich nur noch der Bauwagen. Dafür haben einige sogar Wohnungen aufgegeben, andere sind aber auch von der Straße dazugestoßen. Sie zählen sich zu einer bundesweiten Bauwagenbewegung mit mittlerweile 60 Dörfern (im Rhein-Main Gebiet u.a. in Mainz, Wiesbaden und Rüsselsheim), die sich jährlich treffen und auch eine eigene Zeitung herausgeben.

Dann reichte die CDU einen Räumungsantrag ein, und Koenigs mußte Ersatzgelände suchen. Mittlerweile kam es dabei auch den Bauwagenleuten darauf an, nicht zu nah an Wohnbauten zu geraten („Streß für uns, Streß für die Bürgers“). Diese Suche wurde

ein anderthalbjähriges Hin und Her und endete mit der Pistole auf der Brust:

So war das anfangs angebotene Gelände um die alte Ziegelei in Rödelheim auf einmal nicht mehr im Gespräch, wofür auf einer Ortsbeiratssitzung mehrere Gründe an den Haaren herbeigezogen wurden. Zunächst tauchte ein Bewohner der nahen Siedlung Westhausen auf und verlangte, das Gelände an der Autobahn solle als eine der letzten Grünflächen für die Anwohner erhalten bleiben, er ginge da immer spazieren. Still wurde es erst in seiner Ecke, als die Bauwagenbewohner ihn fragten, ob er denn gerne über alte Kühlschränke steige und darauf hinweisen, daß dies Gelände sogar auf entsprechenden Plänen als illegaler Müllablageplatz ausgewiesen sei. Woraufhin dann prompt die zu hohe Bodenbelastung als Gegenargument ins Spiel gebracht wurde, außerdem sei dort ein Sportgelände geplant (was sich merkwürdigerweise mit der Bodenbelastung verträgt) und zudem der Ortsbeirat dagegen. Mit den Ortsbeiräten ist das aber so: Sie sind grundsätzlich dagegen und werden im entscheidenden Fall sowieso übergehen, wie schon bei der Übersiedlung in den Biegwald. Man muß nur einigen Ortsbeiräten inoffiziell bescheidgeben, dann umziehen lassen und nachher behaupten, es hätten doch alle gewußt.

Bei soviel überzeugungskräftiger Vernunft mußten die Bauwäglar also schließlich Ein-

sicht zeigen, zurück blieben nur das Gerücht, Mercedes Benz hätte Interesse an dem Gelände und der Verdacht, daß die politischen Zusammenhänge mit der Au, dem Exzess usw. ein wenig zerpfückt werden sollten.

Ein Gelände am Schwedlersee/Osthafen war so furchtbar, daß die Biegwaldsiedler erstmal behaupteten, der Boden sei zu stark belastet, was sich dann auch glücklicherweise als wahr erwies.

Ans Nordwestkreuz zwischen der A5 nach Kassel, der A66 nach Wiesbaden und der Lorsche Straße zu ziehen, war wohl auch von städtischer Seite eher scherzhaft gemeint und wurde spätestens fallengelassen, als die nahegelegene Autobahnmeisterei die Pointe lieferte, indem sie Autobahnvermüllungsfahrt anmeldete.

Komm! Ins offene Messer, Freund!

Wir können es nur vermuten, doch daraufhin muß ein gewaltiger Prozeß des Umdenkens stattgefunden haben, ohne den der weitere Verlauf der Dinge weit weniger professionell erschiene. Eines Tages kam mit einem unangekündigten City-Tours Bus die Einladung in den Biegwald, einzusteigen und sich zwei Ersatzgelände anzusehen. Taktisch brillant ging es zuerst zur Landfahrersiedlung nach Bonames (nördlichstes Frankfurt). Hier wollte Koenigs ein zusätzliches Areal planieren und die Leute dort unterbringen, fand sich jedoch sofort umringt von Landfahrern, deren Sozialarbeitern und Biegwäldlern, die alle nah daran waren, ihn plattzumachen. Die Landfahrer haben nämlich so wenig Platz, daß sie neue Parzellen nicht mal an ihre eigenen Leute vergeben können: Wer heiratet muß entweder zusammenrücken oder wegziehen.

Daraufhin stiegen alle wieder in den Bus und fuhren in den Osten Frankfurts zur Borsigallee in den Schlamm, womit nun der eigentliche Trumpf ausgespielt war. Denn im direkten Vergleich zu dem gerade Erlebten erschien dies Gelände hier ungleich machbarer. Als tags darauf einige Leute aus dem Biegwald, die die City-Tour verpaßt hatten, ans andere Ende Frankfurts fuhren, um sich das einmal anzusehen und sich an den Kopf faßten, half das auch nichts mehr, denn eine Woche später wurde mit einem Vertrag noch einmal kräftig nachgelegt. Ganze anderthalb Tage Bedenkzeit gab es noch bis zur Magistratssitzung, in der bei fehlender Unterschrift die Räumung beschlossen werden würde. Keine Diskussionen, keine Nachbesserungen, nach dem Motto: „Komm! Ins Offene, Freund! So oder gar nicht!“.

Die 29 Bewohner wurden als Vertragspartner zu einer GBR zusammengeschlossen und sind also namentlich bei der Stadt bekannt. Eine Duldung von weiterem Zuzug ist unklar, das Ordnungsamt tauchte jedoch

schon auf, fotografierte und verschwand bisher folgenlos. Der Zwischennutzungsvertrag läuft bis Februar 1994 (Koenigs: „Es gibt kein Leben nach dem Tod“), ist jederzeit kündbar und beinhaltet keine Wasser-, Abwasser- und Stromversorgung. Das mit dem Wasser ist noch nachvollziehbar, da die Stadt verpflichtet ist, auch für Abwasserleitungen zu sorgen, sobald sie Zuleitungen legt und das zu teuer käme. Der fehlende Stromanschluß ist vollkommen unverständlich, weil es Strom auf jeder noch so entlegenen Baustelle als erstes gibt. Die Post kommt, dafür die Müllabfuhr nicht, und auch für den dort herumliegenden Altmüll stellte die Stadt die versprochenen Container nicht bereit mit der Begründung, sie würden beim Transport über den Feldweg, der zur Siedlung führt, Äste von Bäumen abknicken.

Die Bodenverseuchung ist noch ein ganz eigenes Thema. Laut Koenigs im Ortsbeirat Seckbach/Fechenheim wurde das Gelände „Mehrfach industriell umgewälzt“, was unter anderem heißt, daß in unmittelbarer Nähe mal eine Torpedofabrik gestanden hat. Bei leichten Grabungsversuchen kommen auch sofort verschiedenster Müll und Schrott, u.a. merkwürdige Fässer zum Vorschein. Der neueste Witz in dieser Sache ist ein Schreiben vom Ordnungsamt, in dem steht, daß der Feldschutz beträchtliche Bodenverunreinigungen ausgemacht habe, die, wenn nicht umgehend beseitigt, zur Kündigung führten. Auf der anderen Seite zeigt sich die Stadt dafür wieder großzügig, wenn sie die garantierte freie Zufahrt zu dem Gelände vollkommen verschlammt beläßt.

Der Ortsbeirat erfuhr nach der üblichen Übergangsbehandlung Koenigs erst von dem Umzug, als die Bauwagen schon an ihrem neuen Platz standen. Es macht jedoch keinen Sinn, den Koenigsteufel an die Wand zu malen. Er ist durchaus gespalten in seinen Intentionen. Einerseits mögen ihm grünes Gewissen und grüne Programmatik und die Angst vor politischem Identitätsverlust im Nacken sitzen. Die wohnungspolitischen Grundsätze seiner Partei listen Bauwagen immerhin als unterstützungswürdige alternative Wohnform auf. So setzte er sich also, wenn auch widerwillig, für die Bauwagensiedler ein und unterstützte sie gegen die CDU-Ortsbeiräte, die Angst vor Diebstählen, hafenstraßenähnlichen Zuständen anmeldeten und befürchteten, auf der Borsigallee könnte demnächst kein Mercedes mehr geparkt werden. Andererseits verfolgt er natürlich seine eigenen Interessen und hat es geschafft, das Problem erstmal auf Eis und vor allen Dingen außerhalb *GrünGürtel Frankfurt* zu legen, sowohl lokal als auch vom öffentlichen Bewußtsein her gesehen. Und wieviel ihm daran liegt, zeigt ja die Überreaktion, mit der er in dieses Näpfchen überhaupt erst hineingetreten ist.

Das Visions- und Verewigungsetue darf dabei nicht unterschätzt werden. Dies ist der gemeinsame politische Nenner aller

Vorantreibenden, auch wenn einige unter diesem Deckmantel ihre ganz eigenen Verewigungsprobleme lösen, wie es z.B. der hochangesehene Berliner Stadtplaner und Anthroposoph Herbert Seiberth im „politisch-poetischen“ Buch tut. Schlimmer als sein Doppelgänger Hörb Seibert aus den Sondermann-Seiten der Titanic, nämlich vollkommen ernsthaft träumt er davon, 2065 noch im Ochsenkarren durch *GrünGürtel Frankfurt* zu schaukeln. Dabei stopft er uns mit einer unglaublichen Menge multi-kulturellen Quarks voll, damit wir nicht merken, daß er eigentlich nur kleine albanische Mädchen, die Natalie heißen, ficken will:

„Es war am Spätnachmittag, beim gutbesuchten interkulturellen Lämmerbraten-Picknick auf der von florenfremden Nadelhölzern umsäumten Cohn-Bendit-Wiese ... Die Robinien blühten und der Holunder streckte seine cremefarbenen Blütenteller dem Sommer entgegen. Nachdem wir den daraus gewonnenen Saft genossen und bei Kicherebsenmus und Ayran den Blick über die gepflegte Wildnis des Frankfurter Stadtwaldes hatten schweifen lassen, bot uns Onkel-Toms-Gipfelhütte Schutz vor dem kurzen Regenschauer, der den warmen Wald zum Dampfen brachte.“ Dabei wird in den „Vereinigten Staaten von Europa“ natürlich kräftig gegoethelt, -holderlint und -rudolfsteinert, übertroffen nur durch solche unverschämten Selbstverschätzungen wie: „Stets waren es die unbotmäßigen Bürger, Verbände, Hausbesetzer, die ‚Szene‘, die Querulanten, die den zarten Wachstumspool der Geschichte bildeten.“

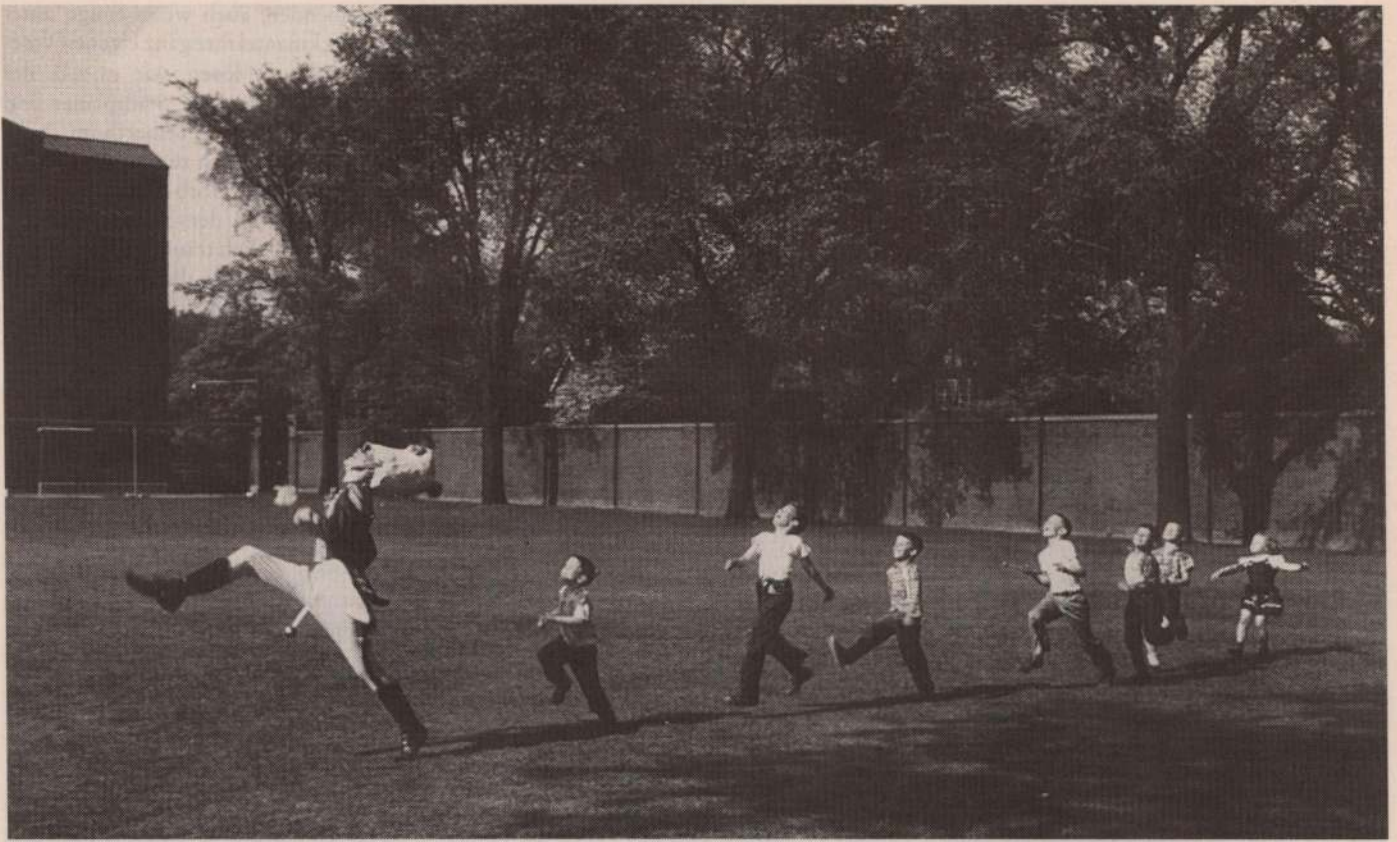
Sowas gehört alles mit zu dem Konzept, vor dem die Bauwagenleute an die Borsigallee weichen mußten. Das interessiert sie jedoch einen feuchten Dreck, denn von dem haben sie dort viel zuviel.

Raymund Burghardt



LAND IN SICHT

Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13/Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
6 Flm 1, Tel. 069/44 30 95



Kulturlandschaft mit Giftzwergen

Das Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen“ - die Geschichte eines Mythos

Kommt im Gespräch unter Westdeutschen, die nicht unbedingt dem Banken- und Börsenwesen innig verbunden sind, die Rede auf die „Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland“, kurz *FAZ*, fällt mit Sicherheit früher oder später etwa dieser Satz: Politisch ist diese Zeitung selbstverständlich ungenießbar, denken Sie nur an den Leitartikel von letzter Woche über die Sozialministerin von Brandenburg, eine glatte Denunziation, und überhaupt dieses unerträgliche deutschnationale Getue, vor allem seit der Vereinigung, nein, das Blatt läse auch kein vernünftiger Mensch, wenn es ja richtig, der Sportteil ist nicht so schlecht, aber den meine ich nicht, wenn es dieses Feuilleton nicht gäbe, das nicht nur umfangreichste, sondern einfach beste Feuilleton in Deutschland, erstaunlich unabhängig von der politischen Linie im vorderen Teil, liberal, wirklich liberal im besten Sinn des Worts, erfrischend im Ton und sehr, sehr informativ.

Das Bemerkenswerteste an dieser Auskunft ist nicht nur, daß man sie überall im deutschen Westen hören kann (im Gegensatz zum Osten, wo diese allgemeine Zeitung für Deutschland bislang noch keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat), sondern auch, daß sie keiner erkennbaren Wirklichkeit entspricht. Der Satz vom auto-

nomen Feuilleton der *FAZ* hat sich gegenüber den Verhältnissen, auf die er sich bezieht, selbständig gemacht. Er gehört zu jenen Sätzen, die einmal etwas Reales beschrieben, dem Untergang dieses Realen aber nicht in den eigenen Tod folgten, sondern, wie Ortega y Gasset es einmal anschaulich ausdrückte, von den Wellen an „die Küste der Rhetorik“ gespült werden, „wo sie als Leichnam“ noch lange weiterexistieren. Von Mund zu Mund weitergereicht, erhält der Satz vom erfrischenden, unabhängigen, liberalen Feuilleton der *FAZ* ein Scheinleben, das ein auf seine Weise interessanteres Phänomen ist als das ganze Feuilleton der *FAZ*. Er liefert dem Feuilleton der *FAZ* das Lebenselixier, ohne das es sich augenblicklich als das zu erkennen geben müßte, was es ist, nämlich als der bunt angestrichene Schwanz, mit der der Frankfurter Allgemeine Wachhund für Deutschland kulturell gelegentlich etwas wedelt.

Rebellischer Bohrer

Doch wie alle Mythen hat auch der Mythos vom unabhängigen, liberalen, vom politischen Teil durch einen dicken Strich getrennten Feuilleton seinen Ursprung in realen Begebenheiten. Ende der sechziger und

Anfang der siebziger Jahre ist der Kulturteil dieser mit der Frankfurter Bankenwelt eng verbundenen, politisch äußerst konservativen Zeitung durch seinen scharfen Kontrast zur Linie der Herausgeber der *FAZ* aufgefallen. Während in den Leitartikeln die damalige Ostpolitik der SPD erbittert bekämpft wurde, erhielt sie hinten im Kulturteil kaum versteckten Beifall. Verfolgten die aus alten Wehrmachtszeiten übernommenen Kriegsberichterstatler der *FAZ* die amerikanische Kriegsführung in Vietnam mit inniger Anteilnahme, kamen auf den Literaturseiten intellektuelle Gegner des Vietnamkrieges zu Wort. Wurde vorne vom Staat hartes Vorgehen gegen demonstrierende StudentInnen verlangt, schrieben unterm Strich des Literaturteils, manchmal hinter Pseudonymen versteckt, theoretische Köpfe der Protestbewegung von 1967/68 über Hegel, Nietzsche und Marx. Beteiligte sich die politische Redaktion der Zeitung an der Hexenjagd auf die 1970 im Untergrund verschwundenen GründerInnen der Roten Armee Fraktion, wurde auf den Literaturseiten verklausuliert über die Faszination der Tat nachgedacht. Völlig unabhängig von der politischen Debattenführung der Blattmacher versah die Literaturredaktion die von ihr bestimmte Diskussion über Litera-

tur und Politik, Theorie und Gesellschaft mit einem eigenen Gewicht.

Den Herausgebern der *FAZ* paßte das Treiben auf den hinteren Seiten ihrer Zeitung selbstverständlich nicht in den Kram. Doch ihre gelegentlichen Anstrengungen, die Literaturredaktion auf Linie zu bringen, scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand des damaligen Redaktionsleiters Karl Heinz Bohrer. Bohrer ließ sich, auf seine Weise von der antiautoritären Revolte angesteckt, nicht davon abbringen, die Redaktionsgeschäfte nach seinen eigenen Vorstellungen zu führen und Namen ins Blatt zu bringen, von Enzensberger bis Habermas, bei deren bloßer Erwähnung es die Herren aus der Cheftage schüttelte. Daß sie Bohrer und seine Mitstreiter innerhalb und außerhalb der Zeitung gewähren ließen, lag nicht an ihrer Liberalität; sie scheuten ganz einfach die aufreibende Auseinandersetzung mit dem temperamentvollen Bohrer und nahmen im übrigen nicht besonders ernst, was da auf der feuilletonistischen „Spielwiese“ veranstaltet wurde.

Das änderte sich mit einem Herausgeberwechsel im Jahr 1973, der den aus Springers Welt stammenden Joachim C. Fest in das leitende Gremium der *FAZ* brachte. Fest, nach dem internen Organigramm der Zeitung für das Feuilleton zuständig, setzte dem Laisser-faire seiner Vorgänger ein Ende. Als erstes warf er Bohrer aus der Literaturredaktion und ersetzte ihn durch den von der Zeit abgeworbenen Marcel Reich-Ranicki. Reich-Ranicki wiederum sorgte dafür, daß der von Bohrer herangezogene Stamm freier Mitarbeiter gründlich ausgelichtet wurde und daß politischen Themen und theoretischen Debatten der Zutritt zum Literaturblatt versperrt blieb. Behäbige Professoren der Germanistik ersetzten nun als Rezensenten die von der Protestbewegung und der Kritischen Theorie auf Trab gebrachten Intellektuellen. Was der kühl planende Zeitungsstrategie Fest erreichen wollte, das setzte Reich-Ranicki aus eigener Neigung und dank eigener Idiosynkrasien in die Tat um: daß alles als literaturfremd Betrachtete, worunter in erster Linie die von der Revolte ausgegangenen soziologischen und gesellschaftskritischen Anstöße zu verstehen waren, von den „belles lettres“ ferngehalten werde.

Ohnmächtiger Reich-Ranicki

Reich-Ranicki, ehemaliger Kulturfunktionär im kommunistischen Polen, war politisch zwar strikter Antikommunist geworden, hielt der sehr bürgerlichen Ästhetik des Sozialistischen Realismus aber weiterhin die Treue. Auf der einen Seite hatte er von ihm die engstirnigste Abwehr aller literarischen Experimente und Mischformen übernommen, auf der anderen ließ er sich, das Beispiel des Marxschen Lobes der Romane des politisch als Reaktionär abgelehnten Balzac

vor Augen, vom Antikommunismus der *FAZ* nicht davon abhalten, die literarischen Qualitäten Hermann Kants und Anna Seghers' hervorzuheben. Gelegentlich waren sogar Autoren wie Peter Weiss und der damals noch in der DDR lebende Günter Kunert mit Beiträgen im Literaturblatt vertreten. Der in der Redaktion autokratisch herrschende Reich-Ranicki verteidigte auf seine Weise mit Nachdruck die Unabhängigkeit des Literaturteils vom Geist der *FAZ*-Politik.

Während seiner Amtszeit als Literaturblattchef der Zeitung für Deutschland von 1973 bis 1979 gewann Marcel Reich-Ranicki als Hans Dampf in allen Gassen des bundesdeutschen Literaturbetriebs zwar beträchtlichen Einfluß auf die öffentliche Darstellung der Literatur, seine Macht innerhalb der Zeitung jedoch blieb begrenzt. Gegen die Pläne des Herausgebers Fest vermochte er nichts auszurichten. Nach dem Machtantritt der CDU stand in den achtziger Jahren die Ideologisierung des Feuilletons auf dem Programm. Ohnmächtig mußte der dem nationalsozialistischen Massenmord in Warschau knapp entkommene Reich-Ranicki mit ansehen, wie im Juni 1986 Ernst Nolte im Feuilleton der *FAZ* die an neonazistischem Irrsinn nur haarscharf vorbeiziehende These verbreiten durfte, Hitler habe mit der Ermordung der Juden lediglich auf Stalins Verbrechen geantwortet und sogar deren Ausbreitung eindämmen wollen. Der Literaturblattchef der *FAZ* protestierte vehement gegen Noltes Geschichtsverdrehung, aber nicht in der eigenen Zeitung, sondern im Konkurrenzblatt *Süddeutsche Zeitung*. Der revisionistische Historiker Nolte, Auslöser des inzwischen schon wieder halbvergessenen „Historikerstreits“, durfte unterdessen in der *FAZ* weiter an der Umschreibung der Geschichte arbeiten, sekundiert von Gesinnungsgenossen wie dem Berater Helmut Kohls in nationalen Geschichtsangelegenheiten, Michael Stürmer.

Ende 1988 ging die Ära Reich-Ranicki mit der Pensionierung des Literaturblattchefs zu Ende. Der Strategie Fest hatte eine Wachablösung eingefädelt, die ihm die totale ideologische Beherrschung des Literaturteils garantierte. Frisch promovierte, kaum der universitären Pepiniere entwachsene, professionell unerfahrene, aber mit hochfliegenden Ambitionen ausgestattete Endzwanziger nahmen die Redakteursplätze in der Frankfurter Hellerhofstraße ein. Nicht die besondere Schwäche der altväterlich mahnenden *FAZ* für die Jugend gab bei dieser Wahl den Ausschlag, sondern eine Taktik der Vermeidung: Es sollte unter allen Umständen verhindert werden, daß Angehörige der mittleren Generation, Zeitgenossen der Revolte von 1967/68, die zumindest die Erinnerung an die Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte nicht verloren hatten, sich in der Zeitung installierten und dort mit ihrem besseren Wissen den von den Heraus-

KLEINE BÜCHEREI FÜR HAND & KOPF

»Von Rongwong bis Readymade«



Kurt Schwitters: **FRANZ MÜLLERS DRAHTFRÜHLING**. Groteske Prosa. Bücherei 31

René Magritte: **DIES IST KEIN BUCH**. Polemik, Malerei und anderes. Bücherei 27

GETEILTE NÄCHTE. Erotiken des Surrealismus. Bilder und Texte. Bücherei 28

DADA NEW YORK. Von Rongwong bis Readymade. Prosa, Bilder, Lyrik. Bücherei 29

Gruppe Spur: **EIN KULTURELLER PUTSCH**. Manifeste und Provokationen. Bücherei 30

Johannes Baader: **TRINKEN SIE DIE MILCH DER MILCHSTRASSE**. Dadaesk. Bücherei 25

DER GROSSE SCHLAF UND SEINE KUNDEN. Situationistische Texte z. Kunst. Bücherei 26

Francis Picabia: **KÖSTLICHE UNGEHEUER**. Aphorismen und Manifeste. Bücherei 23

Hausmann: **GEIST IM HANDUMDREHEN**. Einführung in die Dadasophie. Bücherei 24

Asger Jorn: **HERINGE IN ACRYL**. Heftige Gedanken zu Malerei und Kritik. Bücherei 17

Russische Futuristen: **EINE OHRFEIGE DEM ÖFFENTLICHEN GESCHMACK**. Bücherei 18

Huelsenbeck / Tzara: **DADA SIEGT!** Bilanz & Erinnerung. Zwei Texte. Bücherei 7

Kurt Schwitters: **KUWITTER**. Grotesken, Szenen, Banalitäten und mehr. Bücherei 13

DADA PARIS. Manifeste, Aktionen, Turbulenzen. Texte und Bilder. Bücherei 21

Francis Picabia: **APHORISMEN**. Kopfsprünge und dadaistisches Gelächter. Bücherei 3

Sean McGuffin: **DER KNIESCHUSSCLUB**. Vier Stories aus Nordirland. Bücherei 14

Alfred Jarry: **SPEKULATIONEN**. Prosaische Blasphemie. Artikel. Bücherei 20

Bernhard Lassahn: **DER BONSAI WILL DAS** 22 klärende Minis zum Zeitgeist. Bücherei 22

Bisher erschienen 31 Bände.
Farbenfrohe Broschur, illustriert, 64 Seiten,
jew. 12.- DM. In jeder gutsortierten
Buchhandlung vorrätig!

Nautilus

Hassestraße 22. W-2050 Hamburg 80

gebern in Gang gesetzten Umdeutungsprozeß der deutschen Geschichte störten.

Die Rechnung der FAZ-Herausgeber ist bisher auch voll aufgegangen. Unter tatkräftiger Mitwirkung der neuen Redakteure wurde der von Reich-Ranicki noch eifersüchtig bewachte Zaun zwischen politischem Teil und Literaturblatt niedergedrückt. Obwohl von halben Kindern bevölkert, ist der Kulturteil seither keine „Spielwiese“ mehr, sondern das Manövergelände, auf dem die in den vorderen Leitartikeln veranstalteten ideologischen Übungen in kultureller Einkleidung fortgesetzt werden. Die politischen Leitartikel und die Leitartikel des Feuilletons lassen sich austauschen. Das liberale Gegengewicht der Kulturseiten hat sich in Luft aufgelöst.

Kasperlinder Schirmmacher

Der seit Anfang 1989 amtierende Literaturblattchef Frank Schirmmacher hat zusammen mit seinen gleichaltrigen Redaktionskollegen den ihm zugedachten Job offenbar so sehr zur Zufriedenheit der FAZ-Herausgeber erledigt, daß ihm die verschiedenen professionellen Fehlleistungen, die er sich als schreibender Redakteur seit seinem Amtsantritt geleistet hat, allesamt nachgesehen wurden. Hatte der altgediente Zeit-Fuilletonchef Fritz J. Raddatz seinerzeit seinen Hut nehmen müssen, weil er einen nicht als Parodie erkannten fremden Text abgekupfert hatte, hat Schirmmacher einen Unsinn nach dem anderen verbreiten dürfen, ohne daß ihm von der FAZ ein Haar gekrümmt worden wäre. Das Highlight unter seinen Entgleisungen ist zweifellos der Kommentar gewesen, den Schirmmacher zur Wahl des Nobelpreisträgers Nagib Machfus verfaßt hat: Ohne sich die kleine Mühe zu machen, in einem guten Lexikon nachzuschlagen oder gar einen Sachkenner um Auskunft zu bitten, wo das eigene Wissen nicht ausreichte, behauptete der Literaturblattchef kühn, der in Wirklichkeit von vielen arabischen GegenwartsautorInnen als geistiger Vater verehrte Machfus sei nichts als ein in der zivilisierten Welt völlig unbekannter ägyptischer Hintertreppenantor, mit dessen aus lauter Drittweltmitleid getroffener Wahl sich das Stockholmer Nobelpreiskomitee unsterblich blamiert habe. Soviel zum frischen Ton in dieser Zeitung, die ja auch nicht Zeitung für Weltliteratur, sondern Zeitung für Deutschland heißt. Und in einem deutschen Feuilleton kann man sich nicht um alles kümmern wie etwa die moderne arabische Literatur.

Derartige Formschwächen werden in der FAZ offenbar gern in Kauf genommen, weil sie für die Zeitung weit weniger ins Gewicht fallen als das Kapital, das die neue Redaktion in Gestalt des Lebensalters ihrer Mitarbeiter einbringt. Was Benedikt Erenz in der *Zeit* einmal „Joachim C. Fests feuriges Jungvolk“ genannt hat, besitzt neben gewissen



altersbedingten Wissenslücken den ungeheuren Vorzug, die von oben erwünschte Kurzschießung des Kulturteils mit dem in der Zeitung herrschenden Politikverständnis verschleiern zu helfen. Es sieht dann wie ein normaler Generationenkonflikt aus, wenn Schirmmacher und die Seinen (zu deren kampfeslustigem Jungherrenclub bezeichnenderweise keine einzige Frau gehört) gegen die Älteren losschlagen, nicht die Älteren der Zeitung selbstverständlich, die den ganzen Laden bezahlen, sondern gegen Angehörige der mittleren Generation, die einmal mit der Revolte von 1967/68 in Berührung gekommen war.

Wie gut sie funktionieren, haben Schirmmacher und Kollegen zum Zeitpunkt der „Wende“ in der DDR unter Beweis gestellt. Die gewaltfreie Erhebung gegen das SED-

Regime geriet ihnen sogleich zur deutschen Revolution. Aus dem „Volk“ der Leipziger Transparente fabrizierten sie den großen Knüppel, mit dem sie auf alle KritikerInnen einer schnellen Vereinigung einschlugen, einschließlich der ostdeutschen Intellektuellen, die den BürgerInnenprotest mit auf die Straße getragen hatten. Selbst mit der Gnade glückseliger Unschuld gesegnet, entdeckten die Feuilletonisten der FAZ außerhalb der Zeitung überall Schuldige, denunzierten Christa Wolf als „Staatsdichterin“ mit larmoyantem Gemüt und andere SchriftstellerInnen der DDR als HandlangerInnen der Zensur und Knechte der Partei. Den westlichen kritischen Intellektuellen wurde geraten, sich lieber, statt in alten Nazigeschichten herumzuwühlen, mit ihrem eigenen schuldhaften Beitrag zur Aufrechterhaltung der

Diktatur in der DDR und in Osteuropa auseinanderzusetzen. Denn soviel begriff der geneigte Leser des FAZ-Feuilletons: Wären diese tapferen jungen Männer eine Generation früher am Drücker gewesen, wäre die Berliner Mauer schon zwanzig Jahre früher gefallen, ja wahrscheinlich niemals gebaut worden, und die Teilung Europas hätte sich seit Menschengedenken in allgemeinem demokratischem Wohlgefallen aufgelöst.

Feuilleton als Richterstühlchen

Nachdem Schirmmacher als Hauptwortführer der Kampagne gegen die einstmals oppositionellen DDR-SchriftstellerInnen seinen Teil dazu beigetragen hatte, daß sich die deutsche Teilung in Form aggressionsgeladener intellektueller Abgrenzung auf beiden Seiten noch ein bißchen länger aufrechterhielt, produzierte er sein nächstes publizistisches Meisterstück. Auch die Westdeutschen hätten unter einer Art Terror gelitten, lautete die sensationelle Entdeckung des Literaturblattchefs, und zwar unter dem Terror einer „Gesinnungsästhetik“, ausgeübt von den SchriftstellerInnen aus dem Umkreis der Gruppe 47 und ihrer gesinnungsmäßigen Epigonen. Jahrzehntlang habe die richtige politische Einstellung alles gegolten und die Kunst nichts. Damit aber, so darf das Publikum nun erleichtert aufatmen, ist es dank der kühnen Revolte des FAZ-Jungvolkes ein für allemal vorbei. Nach der Demokratie im Osten hat nun endlich auch die Kunst im Westen freie Bahn.

Bisher ist es dem FAZ-Feuilleton allerdings noch nicht recht gelungen, Meldung zu erstatten über das ungeheure Aufblühen der reinen Kunst im ideologisch befreiten Deutschland. Statt dessen, muß der wohlwollende Leser der Zeitung betrübt feststellen, hat das alte Übel auch die junge Mannschaft der FAZ ergriffen. Denn seit der berühmte „Strich“ zwischen Politik und Kultur beseitigt wurde, ist die Ästhetik fast vollständig verschwunden, von der unumschränkten Herrschaft der Gesinnung an die Wand gedrückt. Noch nie hat sich im Feuilleton der Zeitung für Deutschland Ideologie so ungestört breit machen können wie seit Einzug des „feurigen Jungvolks“ in die Redaktion, noch nie stand es so eindeutig in politischen Diensten, noch nie hat das nackte Ressentiment so sehr den Stil seiner Kritik bestimmt, noch nie war ihm die Kunst so gleichgültig.

Alles, was mit der Verstrickung der DDR-Literatur in den Spitzel- und Zensurbetrieb des SED-Staats zu tun hat, ist für Schirmmacher und seine Mitarbeiter ein gefundenes Fressen, weil es ihnen erlaubt, die schwierige Literaturkritik zu vermeiden und gleich zur moralischen Strafprozeßordnung überzugehen. Von dem vergifteten Klima der wechselseitigen Denunziation fühlen sie sich deshalb angezogen, weil es ihre eigenen ag-

gressiven Instinkte weckt. Erst wird dieser als Stasispitzel denunziert, dann jene, dann wird ein Denunziant des Denunziantentums beschuldigt, um tags darauf auf Kosten anderer in Schutz genommen zu werden, scheinheilig beklagt man die Atmosphäre des totalen Verdachts, in der die eigenen Geschäfte prächtig gedeihen.

Bekannt die in der DDR aufgewachsene Helga M. Novak in einem offenen Brief an Biermann und andere, als Zwanzigjährige im Jahr 1957 aus Angst vor einer langjährigen Gefängnisstrafe der Staatssicherheit ihre Unterschrift gegeben zu haben, und fügt sie hinzu, daß sie „eher im polnischen Wald verbluten will“, als sich heute auf einen „deutschen Richterstuhl“ zu setzen, dann fühlt sich der auf seinem FAZ-Richterstühlchen thronende Schirmmacher derart provoziert, daß er gleich noch als moralischer Generalstaatsanwalt zurückschlägt: „Ihr Schreiben ist der vorläufige Höhepunkt einer rhetorischen Figur, mit der die Täter sich zu Opfern stilisieren ... Jedenfalls hält sie es für moralisch vertretbarer für die Stasi gearbeitet zu haben als jetzt über die Stasi-Mitarbeit anderer zu richten.“

Ginge es um die Figuren eines Theaterstücks und nicht um wirkliche, mit Namen und Adressen versehene, verletzbar und durch Rufmord zerstörbare Menschen, wäre der Stil dieser moralisch entrüsteten Prosa noch zum Lachen. Wenn das Ressentiment in Schwung kommt, bleibt als erstes die Sprache auf der Strecke: Der Literaturblattchef, nebenbei auch zum redigierenden Richter über die Sprache anderer bestellt, bringt das Kunststück fertig, zwei relativ einfache Sätze mit falschem Deutsch zu füllen: Eine „rhetorische Figur“ mag nun alles mögliche haben, einen „Höhepunkt“ kennt sie nicht, den erleben nur Abläufe und Ereignisse; im zweiten Satz sind Schirmmacher vor lauter Entrüstung nicht nur zwei Kommata abhandengekommen, auch das Adjektiv „vertretbar“ hat einen falschen Komparativ erhalten. Es rächt sich nicht nur in diesem Fall an der Sprache, wenn ein Autor seine Erfahrungslosigkeit dadurch zu kompensieren versucht, daß er sich die gravitativ-endgültige Gewichtigkeit eines pensionierten deutschen Oberstudiendirektors zulegt. Von der Sache her bleibt die denunziatorische Anmaßung festzuhalten, mit der Schirmmacher Helga M. Novak, ohne den Schatten eines Beweises für ihre „Tat“ vorzulegen, den „Tätern“ zuschlägt: Mit dem Untergang des alten „Neuen Deutschland“ der SED, einem Tummelplatz für Denunzianten und Freunde der publizistischen Gesinnungsjustiz, ist dessen Geist offenbar auf das Feuilleton der Zeitung für Deutschland übergegangen. Doch wehe, wenn jemand es wagt, deren Angestellte nur ein wenig an den Haaren zu zausen: Empfindlich wie Mimosen, deren zarte Triebe aber gefährlich geladen sind, stechen die ultrajungen Giftzwerges aus Joachim C. Fest kulturellem

Vorgarten gnadenlos zu.

Soviel zur politischen Unabhängigkeit und erfrischenden Liberalität des gelobten FAZ-Feuilletons. Niemand hat übrigens seinen Geist unfreiwillig so unmißverständlich offenbart wie der Literaturblattchef selbst. Vor Jahren brach an einigen amerikanischen Universitäten eine gewisse Unruhe aus, als man nämlich entdeckte, daß der als Vordenker der „dekonstruktivistischen“ Schule verehrte Literaturwissenschaftler Paul de Man unter der deutschen Besatzung seines Heimatlandes Belgien emsig für die Kollaborationspresse geschrieben und sich dabei auch der antijüdischen Propaganda der Nazi-besatzer nicht verschlossen hatte. Frank Schirmmacher nahm die weder besonders sensationelle noch innerhalb der verworrenen Kulturgeschichte Europas unter Nazi-besatzung besonders einmalige Affäre zum Anlaß, einen rasenden nachgetragenen Antifaschismus zu vertreten und, die Artikel des jungen Paul de Man vor Augen, eine ungeheure „Katastrophe des Geistes“ zu melden. Hat Schirmmacher deshalb so wild um sich geschlagen, weil er in dem damals in der Brüsseler Zeitung *Ce soir* debütierenden ganz jungen Paul de Man sein Alter ego erkannte und sich an dem Spiegelbild rächen mußte? Ein wichtiguerischer Feuilletonist, der sich verbal ständig auf die Zehenspitzen stellt, damit man nicht merkt, wie mickriger ist, und der seinem maßlosen Ehrgeiz und dem Wohlwollen seiner Auftraggeber manches Opfer bringt einschließlich der Opfer, die der Geist der politischen Kollaboration unter anderen fordert. Ganz wie beim Feuilleton der FAZ.

Lothar Baier



Im letzten Akt fließt immer Blut

Zur Selbstauflösung Revolutionärer Zellen

„Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich die Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen“, stand in der Erklärung der Revolutionären Zellen vom Dezember 1991, die der diskus unter der Überschrift „Moral und Politik“ in seiner vorigen Ausgabe (1/1992) publizierte. Nur einen Monat später folgte im Januar 1992 eine weitere Schrift, in der Revolutio-

näre Zellen ihre Selbstauflösung bekanntgaben (dokumentiert in: „konkret“, 3/1992, „Das Ende unserer Politik“).

„Unser Ziel ist und war die Verbreitung des bewaffneten Widerstandes, war und ist die Unterstützung eines Netzes autonomer Gruppen, die als bewaffnete Tendenz innerhalb der Bewegung in ihren Städten und Regionen aus sich heraus aktionsfähig sind,

die dort mit den Methoden der Subversivität Widersprüche forcieren und auf den unteren Gliederungen des Machtgefüges intervenieren, die also das Handlungsarsenal der legalen Linken um ihre Möglichkeiten der Sabotage, der Bestrafung, der Gegenwehr, der Eroberung von Lebensmöglichkeiten erweitern. Es geht uns, platt gesagt, zunächst und vor allem um die Zersetzung des Fundaments von Herrschaft, nämlich Ohnmacht, also um die Veränderung der Menschen und nicht darum, „den Staat zu kip-

pen'. Denn das Herz des Staates ist das Volk und sind nicht seine einzelnen Repräsentanten." (RZ, 1981)

Im Mai 1972 startete die RAF ihre erste militärische Offensive, Ende des Jahres befanden sich ihre allesamt öffentlich bekannten Köpfe bereits in Haft. Als 1973 die ersten Gruppen der revolutionären Zellen ihre Tätigkeit aufnahmen, konnten sie auf diese negativen Erfahrungen der RAF zurückgreifen. So gründeten sich die RZ in dem Wissen, daß auf organisatorischer Ebene der beste Schutz vor staatlicher Verfolgung und politischer Isolation die gänzliche Anonymität ihrer Mitglieder und eine dezentrale, nicht hierarchische Arbeitsweise ist. Dies ermöglichte den unbekannten Militanten, an Diskussionen und legalen Bewegungen der radikalen Linken weiterhin teilzunehmen, eine Verselbständigung militärischer Politik zu vermeiden und die Fahndungsapparate des Staates ins Leere laufen zu lassen. Die RZ wollten keine Avantgarde-Organisation aufbauen, keine Stellvertreterpolitik machen. „Alle müssen alles können“, war gleichermaßen Hoffnung wie Anspruch der Zellen:

„Es gibt das Gerede von Leuten, die so tun, als wüßten sie was (agit 88a), daß man dazu mindestens 10 Mann (!) braucht, mit 3 klandestinen Wohnungen in der BRD, 5 Ausweichwohnungen, 5 Garagen, 'nem Haufen Kontakten im Ausland usw. Das ist absoluter Quatsch!

Dabei kann nur zweierlei rauskommen: entweder sie kommen vor lauter Logistik aufbauen nie zu Aktionen, oder die Bullen schnappen sie weg, weil sie sich genauso verhalten, wie's im Fahndungsrastrer steht.

Andere erzählen, der erste Schritt wäre die Illegalität und der zweite die Bank. Das ist genauso idiotisch. In die Illegalität geht man erst dann, wenn man absolut muß. Die BRD ist viel zu gut durchorganisiert, als daß sich hier der Kampf aus der Illegalität heraus führen ließe. Und in 'ne Bank geht man nur, wenn klar ist, daß Geld für eine Aktion gebraucht wird und das Geld sich nicht andersweitig auftreiben läßt.(...)

Das Prinzip, viele selbständige Widerstandszellen zu gründen ist richtig, weil das gewährleistet, daß jede Zelle ihre eigene Politik macht, daß sich die vielfältigsten Initiativen und Kampagnen entwickeln, und weil es für die Bullen keine Methode gibt, diese Struktur aufzubrechen. Man kann dafür kein Fahndungsrastrer aufstellen, das einzige, was einem das Kreuz brechen kann, ist ein dicker Fehler oder ein gottverdammter Zufall.

Also viel Spaß und paßt gut auf euch auf!" (RZ, 1978)

Anders als der Roten Armee Fraktion gelang es den Revolutionären Zellen, eine Verabsolutierung des Militärischen zu vermeiden; sie verstanden sich nur als eine „Ten-

denz" der radikalen Linken, die aus den Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre heraus versuchte, politische Auseinandersetzungen zuzuspitzen:

„Die Überwindung legaler Strukturen und legalistischen Denkens ist die Voraussetzung der Entwicklung einer freien Gesellschaft. Grundlage des legalistischen Denkens ist, daß Aufklärung in der spätkapitalistischen Gesellschaft leicht zum Konsum wird und so die den verrechtlichten Verhältnissen verhaftenden Denkstrukturen nicht aufgebrochen werden können. Die ökonomische Gewalt und andere Gewaltverhältnisse sind als rechtmäßige verinnerlicht, und diese Gewalt muß wieder sichtbar gemacht werden durch Verletzung der Legalität. Damit versuchen wir, auch in der Form des Widerstandes unser Ziel zu verdeutlichen und erfahren dies als ein subjektiv befreiendes Moment. Unsere subversiven illegalen Aktionen sind ein Mittel, legalistisches Denken zu brechen und zu einer Stabilisierung der militanten anti-institutionellen Linken beizutragen." (RZ, 1981, „Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung")

In ihren Schriften erklärten die RZ die Taktik der Stadtguerilla zum Ausdruck einer „Defensive und Schwäche" der Linken und nicht etwa zum Ersatz für eine „revolutionäre Massenbewegung". Sie meinten, „es wäre eine Illusion anzunehmen, daß subversive/illegale Aktionen in der BRD auf eine breite Zustimmung stoßen, daß sie populär sind. Aber sie können es werden und das ist unsere Hoffnung..." (1981). Die RZ übten Ideologiekritik am bürgerlichen Fetisch vorgeblich gewaltfreier Verhältnisse und hatten klare Vorstellungen über das Kräfteverhältnis zwischen Linken und Rechten in der Bundesrepublik:

„Angriffe gegen zentrale staatliche Institutionen halten wir zur Zeit für politisch unmöglich: wir können die Machtfrage nicht stellen! Wir führen keinen Krieg! Wir stehen vielmehr immer noch am Anfang eines langwierigen, mühseligen Kampfes um die Köpfe der Menschen - nicht in irgendeiner militärischen Etappe um einen militärischen Sieg!" (RZ, 1981)

Phasenweise waren die RZ das, was sie sein wollten, „eine populäre Guerilla" - zumindest für die Linken. Der RZ unterliefen jedoch auch schwerwiegende Fehler. Insbesondere Entebbe 1976 (siehe diskus 1/1992) offenbarte zudem entscheidende theoretische Schwächen der frühen RZ. In der Folge nahmen die RZ von dem damals in der gesamten Linken verbreiteten allzu vereinfachten Antiimperialismus Abschied. Ebenso stellten sie ihre antizionistische Propaganda ein, und wandten sich statt dessen Anfang der achtziger gegen antiamerikanische und nationalistische Tendenzen in der Bundesrepublik. Nach dem Bruch mit dem abstrakten Internationalismus der sieb-

ziger Jahre bezogen sich die RZ auf die sozialen Kämpfe in der Bundesrepublik und thematisierten aus diesen die imperialistische Politik der BRD. 1981 verunglückte ein Attentat auf den hessischen Minister für Wissenschaft und Technik Karry zum Mord. Für dieses Attentat mußten die Revolutionären Zellen die Verantwortung übernehmen, obwohl sie es ablehnten und öffentlich scharf kritisierten. Die Attentäter, die den verhaßten Minister nur anschießen wollten, hatten sich im Namen der RZ erklärt und zeigten damit ein in der Geschichte der RZ sich allerdings in der Form nicht wiederholendes Problem beim Aufbau selbsttätiger Widerstandszellen.

In der Regel waren die auf Sachschäden zielenden Anschläge der RZ (z.B. auf Startbahn-Firmen, AKW-Betreiber, militärische Einrichtungen) der Linken politisch vermittelbar. Zudem verbreitete die Guerilla klassentheoretisch fundierte Analysen, präziser und intellektuell weitaus anregender, als viele der übrigen militanten Linken.

Ab Mitte der achtziger Jahre orientierten die Kampagnen der Revolutionären Zellen verstärkt auf die Bekämpfung des institutionellen Rassismus. Die RZ führten eine Reihe von Anschlägen auf staatliche Stellen durch, die vor allem auch auf die Vernichtung von Aktenmaterial zielten, um „den Flüchtlingen eine Atempause zu verschaffen" und „für das freie Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge und Immigranten" zu agitieren. So verübten die RZ unter anderem Brandanschläge auf das Ausländerzentralregister in Köln, auf die Dortmunder Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von Asylbewerbern in Zirndorf und auf ein Gebäude der Zentralen Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin. Fehlgeschlagene Brandanschläge richteten sich gegen die „kämpfenden Verwaltungen" der Düsseldorfer Staatskanzlei und des Sozialministeriums, um „in die Auseinandersetzung zwischen den NRW-Behörden und den von rassistischer Sonderbehandlung und Abschiebung bedrohten Roma einzugreifen". Dem Chef der Berliner Ausländerpolizei, Harald Hollenberg, und dem Vorsitzenden Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht, Günther Korbmacher, schossen Revolutionäre Zellen in die Knie. Zu dem Attentat auf Korbmacher schrieben die RZ:

„Jemandem der Menschen in die Folter oder einen drohenden Tod schickt, kann man nicht das Auto anstecken oder eine Abreibung verpassen. Das ist unangemessen und verniedlicht sein Verbrechen. (...) Über die strategische Funktion seines Amtes hinaus legt der Vorsitzende Richter am obersten Asylsenat Dr. Günther Korbmacher einen ausgesprochen eigenen politischen Geltungsdrang an den Tag. Auf dem Höhepunkt der rassistischen Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge warf er sich persön-

lich an die Medienfront, um vehement eine Grundgesetzänderung des Asylrechts einzufordern, damit in Zukunft garantiert sei, daß nur noch politisch handverlesene und ökonomisch verwertbare, vorselektierte Immigranten zur Disposition stünden. Mit entsprechender Rigorosität hat er sich dem unnachgiebigen Kampf zur Abschaffung der Nachfluchtgründe verschrieben (...)

Die Entscheidung, einer Person ins Knie zu schießen, enthält eine bewußte und präzise praktische wie politische Limitierung. Der Angegriffene und unmittelbarste Tatzeuge soll überleben, ja, er muß es unter allen Umständen, denn dies ist die entscheidende Bestimmung der Aktion, selbst wenn sie zum Preis eines erhöhten Risikos für die ausführenden Genossinnen und Genossen erkaufte werden muß.

Der Angegriffene ist ein Schreibtischtäter par excellence, eine Ausgeburt moderner Herrschaft, ausgestattet mit allen Insignien repräsentativer Macht, die sich selbst zelebriert. Person und Körper verschwinden dahinter, verobjektivieren sich. Richter Korbmacher, der haßt, verachtet, eindämmt, raussäubert, de facto wertlos von unwertem Leben am Fließband sortiert, letzte Instanz über Leib und Leben zahlloser Menschen, ritualisiert sich erfolgreich aus seiner Person und existenziellen Verantwortung heraus(...)

Die Schüsse auf die Beine des obersten Asylrichters sollen dem kalt ausgeheckten Unrecht, der kodifizierten Brutalität, die das Leben so vieler Menschen zerstört, wieder einen Namen, ein Gesicht, einen Körper verleihen. Diese Schüsse sollen ihn zweifach brandmarken. Sie sollen ihn verletzen, eine nachhaltige Erschütterung seiner Existenz durch einen intensiven körperlichen Schmerz und eine langwierige körperliche Beeinträchtigung bewirken, und er soll leiden damit er bezahlt und versteht. Verstehen nicht im Sinne einer Läuterung - darauf haben wir keinen Einfluß -, sondern indem er mit jeder Faser seines Körpers und seines Bewußtseins in eine umgekehrte Situation gezwungen wird, der er sich unmöglich entziehen kann, die an ihm haften wird.

Und diese Schüsse sollen ihn politisch brandmarken. Sie sollen ihn ins öffentliche Bewußtsein brennen als Hauptverantwortlichen im juristischen Kampf gegen die Opfer imperialistischer Großraumpolitik, der darüberhinaus von einem persönlichen Haß und Eifer in seiner Arbeit angetrieben wird. Wir wollen den suggestiven Nimbus der Macht zerstören, durch den er sich geschützt glaubt, und ihn öffentlich vor aller Augen in die Knie zwingen (...). (RZ, 1987)

Im Januar 1992 gaben Revolutionäre Zellen nun das Ende ihrer Politik bekannt: „Innerhalb kürzester Zeit“ hätten sich „die Bedingungen linksradikaler Politik in der BRD vollkommen verändert“. „Verhältnisse haben sich aufgelöst“ und eine Wechselbeziehung zwischen legaler und illegaler

Politik bestünde nicht mehr. Die Auflösung „vollzieht sich im Zusammenhang einer Neugestaltung nationaler und internationaler Kontexte und einer Radikalisierung des Imperialismus, deren Ergebnisse“ sie nicht kennen. „Sicher“ sei nur, „daß die weltweiten Migrationen der wichtigste Indikator dieser Entwicklung sind“. Eine historisch „völlig offene Situation“, die „bisher undurchschaubar“ bliebe, „weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen“.

Die RZ stellen sich in „Das Ende unserer Politik“ dümmere, als sie tatsächlich waren. Nachträglich reduzieren sie ihre antirassistischen Kampagnen auf antiimperialistische Ableitungssphären, die tatsächlich in fast jeder RZ-Erklärung auch enthalten waren. Im Vergleich aber zu den konkreten Begründungen für die Wahl der Anschlagziele konnten einzelne Ableitungssätze als völlig nebensächlich gelesen werden. „Erst wenn sich erwiesen hat“, meinen nun die Abschieds-Zellen, „daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier wieder die Verhältnisse zu tanzen beginnen.“ Um sich einen dramatischen Abgang zu sichern, wird hier mit zynischen Krisenszenarien gespielt, dabei beleidigt die politische Verantwortung an andere delegiert und die von den RZ einst bekämpfte ML-Orthodoxie aus den siebziger Jahren ausgekramt. Ein „revolutionäres Subjekt“ ist vorausgesetzt, ohne daß diese Zellen ein Wort darüber verlieren, wie denn eine geforderte gesamtgesellschaftliche „theoretische politische Orientierung“ zu entwickeln sei, die mehr beinhalte „als einzelne Versatzstücke zu bestimmten Konflikten“, wenn nicht unter militanter Bezugnahme auf die sozialen Auseinandersetzungen selbst. Den Beleg aber, daß die konkreten Begründungen für die Wahl ihrer Anschlagziele auf einmal jegliche Gültigkeit verloren haben sollen, erbringen sie nicht.

„Den politischen Rest“ bekamen diese RZ nicht - wie sie glauben machen - weil sie „zum Zerfall des Realsozialismus keine klärende Position finden konnten“, sondern weil sie sich mittlerweile bis in die Wortwahl dem „Wiedervereinigungsprozeß“, dem Mainstream - nach der Vereinigung der zwei deutschen Staaten - angepaßt haben. Dem Kanon geläuterter Ex-Linker haben sie die Versleien entnommen, „die von uns benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster haben gegenüber dem historischen Wandel versagt“. Die RZ zeigen sich „von der Frustration heimgesucht“, da ihre Aktionen in der Öffentlichkeit „nicht zur Kenntnis genommen“ worden seien. Was haben sie erwartet? Medien und staatliches Establishment hielten sich an die RAF, an die Fehler der personifizier-

ten „inneren Feinde“, um bewaffnete Opposition in der Bundesrepublik insgesamt moralisch zu diskreditieren. Die RZ entsprachen nicht dem Bild draufgängerischer, eiskalter, irrationaler Pistoleros und fanden, da ihre Taten eher die Linke zur Selbstbestätigung anregte und die Bürger wenig verschreckte, in den Medien wenig Beachtung.

Die Linke hat sich aus zwei Gründen in der Regel nicht öffentlich mit den RZ beschäftigt. Zum einen lastete auf ihr ein starker staatlicher Druck, mittels Gesinnungsparagrafen wie dem 129a allein durch die Beschäftigung mit sogenannten „anschlagsrelevanten Themen“ kriminalisiert zu werden. Zum anderen benutzte der integrationswillige Teil der Linken die dazu wesentlich besser geeignete RAF als Projektionsfläche, um die eigene militante Vergangenheit unter geringstmöglichem Gesichtsverlust loszuwerden, politische Auseinandersetzungen mit den RZ aus Opportunitätsgründen einfach meidend. Eine Taktik, mit der sich nun die RZ selbst versucht, indem sie behauptet: „Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst“. Ihr neues Diktum begründen die Zellen erst gar nicht. Auch die nachgeschobenen Zeilen, es gäbe „einen dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus“, muten eher grotesk an. Oder meinen die Zellen, ihre Anschläge auf Ausländerdateien seien mit geheimdienstlichen Tätigkeiten zu verwechseln gewesen? Erstaunlich ist auch, was am „Ende unserer Politik“ noch so alles steht. „Der letzte Aspekt unserer Reflexion“, schreiben die Zellen, „betrifft unser Verhältnis zum sogenannten 'Internationalen Terrorismus'. Durch die Offenlegung der Stasi-Akten, durch Presseberichte über Carlos und Co.“, scheinen die Zellen tief erschüttert, ohne allerdings ins Detail zu gehen. Die RZ deuten zwar „alte Geschichten“, „Fehler“, „Komplex“ und „Blauäugigkeit“ an, der eminent interessanten Verbindung von RZ und „Presseberichten über Carlos und Co.“ gehen sie leider nicht nach. Dabei wurde Carlos nach Angaben der FAZ dabei gesehen, als er im September von Syrien nach Libyen, von Libyen zurück nach Syrien und dann von Syrien in die Republik Jemen gereist sei. „Gegenwärtig soll sich Carlos im Irak aufhalten“, schloß die Notiz über den „Aufenthaltsort des Terroristen Carlos“ in der FAZ vom 29.11.1991. In der Vergangenheit gab es so manche „Presseberichte über Carlos und Co.“ Der Spiegel widmete dem „Top-Terroristen“ schon 1976 eine Serie, in der zu lesen war, daß Carlos „sich noch elender fühlte, als er plötzlich von Durchfall mit schneidenden Magenschmerzen befallen wurde.“ Einmal sei es Carlos so schlecht

gegangen, „daß er überzeugt war an Amöbenruhr, zu leiden“. Und „Jahre später vertraute er Freunden in England an, zu den schlimmsten Erfahrungen eines Mannes gehöre es, in einem arabischen Abtritt ohne Sitz gegen Durchfall ankämpfen zu müssen...“

Mit dem Phantom-Terroristen - der nach Presseberichten bis zu 40 Guerilla-Kommandos gleichzeitig geleitet haben soll, und der auch für den Spiegel schon vor 16 Jahren „kaum wiederzuerkennen“ war („wahrscheinlich hatte er sich einer Gesichtsoperation unterzogen. Das schwere Unterkinn und der Ansatz eines Doppelkinns waren völlig verschwunden, der Haaransatz lag tiefer...“, Der Spiegel, 32/1976) - mit diesem Phantom hielt auch die Gauck-Behörde Einzug ins RZ-Papier. Inwiefern „die Offenlegung der Stasi-Akten“ die RZ so schwer getroffen hat, bleibt wie so vieles am Ende ihrer Politik RZ-Geheimnis. Vielleicht beziehen sie sich auf Veröffentlichungen über militante westdeutsche Linke wie Till Meyer oder Brigitte Heinrich. Till Meyer saß wegen seiner Mitgliedschaft in der Guerillabewegung 2. Juni 13 Jahre in westdeutschen Knästen. Nach seiner Haftentlassung 1987 arbeitete Meyer nicht nur für die taz sondern auch für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. In einem taz-Interview erklärte er seine Beweggründe. Er hielt die DDR für den gerechteren der zwei deutschen Staaten, hätte durch seine Tätigkeit keine Leute in Gefahr gebracht, sondern vor allem im Westen Fehlinformationen ausgestreut, damit über den Verbleib der ausgestiegenen und in der DDR exilierten RAF-Leute nichts bekannt wurde. RAF-Aussteiger vor der bundesdeutschen Rachejustiz zu schützen, kann wohl auch für die RZ kein Zeichen für „die Schwäche politischer Moral“ sein. Ebenso wenig, daß sich Meyer im Laufe seiner Haft von den antiautoritären Vorstellungen des 2. Juni entfernt hatte und vermeinte, als außenpolitischer Berater seinen positiven Einfluß auf die SED-Politik geltend machen zu können (schließlich hat er damit weder im Westen noch im Osten Oppositionelle ans Messer geliefert).

Auch die 1987 gestorbene Brigitte Heinrich wird nach bisher unüberprüft veröffentlichten BKA-Informationen in der Presse als mögliche Zuträgerin des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR genannt. Brigitte Heinrich, langjährige diskus-Redakteurin, gehörte zu den bekannteren der militanten Frankfurter Linksradiكالen in den siebziger Jahren. Sie wurde mit zahlreichen Strafverfahren belegt, ohne daß sie sich deswegen von der militanten Linken distanzierte und ohne daß die Justiz die behauptete „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ jemals nachweisen konnte. Letztlich wurde sie dennoch zu 21 Monaten Haft ohne Bewährung abgeurteilt. Später arbeitete sie von 1982-83 für die taz und saß als

Abgeordnete der Grünen ab 1984 im Europaparlament. Ob sie nach 1982 „(Ex-)Genossinnen in Frankfurt, Berlin, Straßburg, Brüssel und anderswo ausspioniert, ‘eingeschätzt’, verraten und an die Stasi verkauft“ haben könnte, bleibt die wichtigstuerische Spekulation eines ihrer „(Ex-)Genossen“ in der taz vom 29.2.1992. Genauso wenig ist bislang bekannt, was es denn an so geheimnisvollen Orten wie dem Straßburger Europaparlament oder in Frankfurt/Bockenheim „auszuspionieren“ gab. Und als Anhängerin der diversen K-Kadergruppen war Brigitte Heinrich gerade nicht bekannt.

Weder in derartigen Berichten noch aus den Zeilen der RZ wird erkennbar, warum ausgerechnet der den Staatssozialismus ablehnenden militanten Linken in der BRD mit der „Offenlegung der Stasi-Akten“ Schmach und Schande widerfahren sollte. Doch wer wie die RZ - um den Preis der Selbstaufgabe - „wieder eine Chance zu bekommen“ versucht, „als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozeß eingreifen zu können“, muß vorausschauend seine bisherige Geschichte - „als politisches Subjekt“ - ersteinmal denunzieren. Dies ist die Botschaft von Erklärungen wie dem „Ende unserer Politik“ und jener Presseberichte, die wider besseres Wissen von den Zellen heute einfach nachgekaut werden.

Dieser Tage erscheint in der Edition Tiamat die Wiederauflage von „Die alte Straßenverkehrsordnung“. Der Band enthält unter anderem zwei wichtige frühe Texte der RAF und erinnert im Vorwort von 1986 daran, „daß Gewalt ein Mittel zur radikalen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, und ebenso ein Mittel zu ihrer Konservierung, was heute in der BRD niemand mehr wissen mag, obgleich gerade hier die Demokratisierung der Gesellschaft von der gewaltigsten Streitmacht der Weltgeschichte militärisch erkämpft werden mußte.“ Die RZ hätten viele gute Gründe angeben können, warum sie es vorziehen, in Rente zu gehen. Sie wählten den beifallsheischenden Weg der Selbstdenunzierung.

Kleine Wolke über Nadelgehölz

atom

Nr. 38 April/Mai 92

Aus dem Inhalt :

➔ Atom-Renaissance

- Neues Atomgesetz - neuer Energiekonsens?
- Der Jahrhundertvertrag - Neues Märchen von Kohle und Atom
- Europäische Energiecharta zur Kolonialisierung des Ostens

➔ Schacht Konrad

- Einwendungsverfahren u. Mobilisierung
- GÖK über Atomtransporte

➔ Gorleben

- 15 Jahre Widerstand
- Polizei will "vorbeugen"

➔ Greifswald

- Bundesweites Atommüll-Lager?

➔ Leukämie in der Elbmarsch

ist das AKW Krümmel schuld?

➔ Weltwirtschaftsgipfel

Anfang Juli treffen sich die G7-Staaten zum Weltwirtschaftsgipfel in München. Widerstand ist angesagt

- Gegengipfel 6.-8. Juli in München
- Geschichte und Funktion der Gipfeltreffen
- "One World" und Nationalismus
- Militarisierung der Ökologischen Frage

➔ Uranabbau

- Nuklearer Kolonialismus
- Rössing-Mine: Katastr. Zustände
- "Altlasten" in Frankreich

➔ Was gibt's sonst noch

- Hilfe für Tschernobyl-Opfer
- Frühjahrskonferenz in Münster
- Kriminalisierung: Münster

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)

Bestelladresse:

**atom, Postfach 1109,
2120 Lüneburg**

Österreich zuerst, aber Deutschland über alles

Der Deutsch-Nationalismus der Haider-Partei

Eine Partei wie die bundesdeutsche FDP war die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) nie. Wäre es nach dem Willen ihrer Bundesführung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre gegangen, hätte sie es werden sollen, um Vergessen zu machen, daß sie von hohen nationalsozialistischen Funktionsträgern gegründet wurde, und um endlich „regierungsfähig“ zu werden. Erst 1983 war es dann soweit; die 1956 gegründete FPÖ konnte erstmals als Mehrheitsbeschafferin der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) im Bund dienen. Das Regierungsglück der kleinen Koalition währte nicht lange. 1986 trat Haider gegen den liberalen Parteichef Steger an, um der FPÖ ihr nationales Gepräge zurückzugeben. Die Koalition zerbrach und die SPÖ arrangierte sich mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP).

Zu diesem Zeitpunkt blickte der sechsunddreißigjährige Kärntner FPÖ-Chef Haider bereits auf eine lange Parteikarriere zurück.¹ Die Partei war weniger liberal, als ihre liberalen Vordemänner glauben machten. Der rechte Flügelmann Haider wurde zum Bundesparteiobmann gewählt und eilte fortan von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Jung, modern und redegewandt präsentierte er sich, und als so etwas wie einen „österreichischen Kennedy“ präsentierte man ihn. Zwischenzeitlich zum Landeshauptmann von Kärnten gekürt, stolperte er vergangenes Jahr über sein Lob für die nationalsozialistische Beschäftigungspolitik. Mittlerweile hat es sich herumgesprochen, Haider gehört zu den Steh-auf-Männchen der euro-rechten Szene. Er liebt historische Bekenntnisse und Anspielungen, um seine Geschichte und die seiner Partei zurechtzurücken. Sein Motto lautet: „Diese FPÖ kennt weder Scheißliberale, wie das so schön heißt,

noch die braune Brut.“² Haider ist Vertreter eines modernisierten und europäisierten Deutsch-Nationalismus. Die Ideologen der Neuen Rechten in der Bundesrepublik empfehlen sich selbst das „Modell Haider“, währenddessen der „Durchmarsch der FPÖ“³ die Bastionen der ÖVP und der SPÖ im vergangenen Oktober in Linz und im November in Wien ins Wanken brachte.

Die Anleihen der ÖVP

Mit einem Logo, das die wehende Nationalflagge „Rot-Weiß-Rot“ umkränzt von den Wörtern „Österreich zuerst - Dr. Thomas Klestil“ darstellt, wirbt die ÖVP im gegenwärtigen Präsidentschaftswahlkampf für ihren Kandidaten. Daß bei dieser Gelegenheit Flagge gezeigt wird, gehört auch beim aussichtsreicheren Konkurrenten von der SPÖ dazu. Nachdem es der ÖVP aber bei der Bundespräsidentenwahl vor sechs Jahren gelang, ihren damaligen Kandidaten Kurt Waldheim durch die Artikulation von österreichischem Nationalismus und Antisemitismus in der Wiener Hofburg unterzubringen, versucht sie heute mit der Parole „Österreich zuerst“ an diesen Wahlerfolg anzuknüpfen. „France d'abord“, krakeelen Le Pen und seine Anhänger, „Deutschland zuerst“, übersetzen Schönhubers Republikaner und die anderen rechtsextremistischen Parteien in der BRD, um ihre nationalistische und rassistische Politik an den Mann zu bringen. Die ÖVP-Anleihe bei den Rechtsextremisten scheint auf Wählerinnen und Wähler zu zielen, die der Haider-Partei zugefliegen sind.

„Österreich zuerst“, so erläutert Klestil in Wahlkampfanzeigen, „das bedeutet: Die Interessen des Landes müssen Vorrang haben vor den Interessen der Parteien. (...) überall dort, wo heute zu oft der Ellenbogen verwendet wird, möchte ich für Fairness und Rücksichtnahme sorgen.“ Vor dem Hintergrund einer Reihe von Regierungsskandalen in den achtziger Jahren haben sich die Wahlkampfstrategen der ÖVP diese Erläuterung bei Haider abgeschaut. Unter dem Motto „Österreich politisch erneuern“ erklärte dieser bereits auf dem FPÖ-Bundesparteitag von 1988, „daß wir selbstverständlich auch weiterhin den Privilegienabbau auf unsere Fahnen heften werden, denn was den Bürger heute besonders stört, ist die Vielzahl der Privilegien und ist die Tatsache,

daß der Sozialstaat immer mehr zum politischen Asyl für Unfähige geworden ist. (...) Die rot-schwarze Koalition setzt nämlich den Weg in eine Ellenbogengesellschaft fort, wo die Partei den Vorrang vor dem Land erhält, weil der Funktionär den Vorrang vor den Bürgern genießt.“ (S. 41) Klestils Dilemma besteht nicht nur darin, daß er zu spät kommt, sondern daß seine Partei im Bund mit der SPÖ koalitiert, seinen Erneuerungsabsichten „für einen menschlicheren Umgang miteinander“ daher weniger Glauben geschenkt wird. Im Wissen darum kann Haider drohen, die ÖVP solle die Koalition aufkündigen, ansonsten werde die FPÖ ihre Politik fortsetzen, „bis entweder von der ÖVP nichts mehr übrig bleibt oder sie sich eines Besseren besonnen hat“.⁴

Das „dritte Lager“ gegen die SPÖ

Die politische Auseinandersetzung konzentriert sich zunehmend auf die SPÖ einerseits und die FPÖ andererseits. Argumentiert Haider mit Versatzstücken des Neoliberalismus aus dem vergangenen Jahrzehnt, um den österreichischen Wohlfahrtsstaat zu attackieren, so bekräftigt die SPÖ den „Ausbau des sozialdemokratischen Staates“, ihr Modell Österreich. Angesichts einer „Zweitrittelgesellschaft“, meint etwa Bundeskanzler Vranitzky, könne man sich „mit der Hinnahme eines mechanistisch einigermaßen funktionierenden liberalen Ablaufbildes“ nicht zufriedengeben. Der „Staat mit der liberalen Demokratie“ führe zum „Desengagement“ gegenüber dem „Drittel, welches noch nicht anerkannt und bedürfnisbefriedigt ist“.⁵ Die SPÖ hält demnach an den sozialstaatlichen Grundprämissen der nach 1945 etablierten Zweiten Republik fest. Die FPÖ unter Haider propagiert dagegen den „Übergang zur Dritten Österreichischen Republik“, der nach den Worten ihres Grundsatzreferenten Andreas Mölzer, „Österreich dazu nötigen wird, die de facto ohnedies vorhandene deutsche Identität der Republik zurück ins etablierte politische Bewußtsein zu holen“.⁶ In der Auseinandersetzung zwischen SPÖ und FPÖ geht es folglich nicht allein um eine Kontroverse zwischen einer sozialdemokratischen und einer neoliberalen Position, wie sie Anfang der achtziger Jahre in der BRD den Koalitionswechsel der FDP zur CDU/CSU einleitete, sondern um die politische Orientierung auf den sozialen Nationalstaat Österreich oder auf den neuen Deutsch-Nationalismus. Nicht die neoliberale Wirtschafts-

politik steht im Zentrum der FPÖ-Politik, sondern die „Wiedergeburt“ des „dritten Lagers“ (S. 3).

Der Ausdruck „drittes Lager“ bezieht sich dabei auf die national-liberale Tradition der FPÖ, wobei „national“ in dieser Tradition immer „deutsch“ meinte. Kaum verwunderlich ist es daher, daß das „dritte Lager“ spätestens seit dem Anschluß von 1938 zum Nationalsozialismus überging. Haider selbst hat 1986 im Vorwort zu der Propaganda-Broschüre „100 Jahre freiheitliche Tradition in Kärnten“ diese Tradition im „krassen Gegensatz zu den Ideologien der sozialdemokratischen Klassenkämpfer sowie der christlich-sozialen, klerikalen, ständisch ausgerichteten Bewegung“ durch die „Idee der sozialen Volksgemeinschaft“ charakterisiert und den aktuellen Bezug betont: „Die Bedeutung dieses Grundgedankens kann gerade in einer Zeit, in der der wachsende politische Gruppenegoismus die Fundamente von Demokratie und Rechtsstaat erschüttert, nicht hoch genug bewertet werden. Die Treue zur Idee und das entschlossene Handeln in dieser Tradition begründet nicht zuletzt die starke Position des freiheitlichen Lagers in Kärnten.“ Im Geflecht von sozialdemokratischem Modell Österreich, „Österreich zuerst“ und Bekenntnis zur „deutschen Identität“ von Seiten der FPÖ entwickelt sich gegenwärtig der gesplante Nationalismus, dessen Ambivalenzen bereits die „Erste Österreichische Republik“ kennzeichneten.

Die sozialdemokratische Anschlußpolitik von 1918

Mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie als Folge des Ersten Weltkrieges, der revolutionären Erhebungen und der nationalistischen Bewegungen bildeten sich in der neuen Republik drei politische Grundtendenzen heraus, die als die „drei Lager“ beschrieben werden: erstens das „sozialistische Lager“, das sein Zentrum im „Roten Wien“ hatte, zweitens das „christlich-soziale Lager“, das gestützt auf die katholische Kirche die Erste Republik beherrschte, und drittens das „nationale Lager“, das sich in die Großdeutsche Volkspartei, die steirischen und kärntnerischen Landbünde und Teile der faschistischen Heimwehren auffächerte. Das Ende der Jahrhunderte alten dynastischen Ordnung der Habsburger bedeutete zugleich den Zerfall der territorialen Integrität des Vielvölkerstaates. Vor diesem Hintergrund proklamierte die provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 „Deutsch-Österreich“ als „Bestandteil der deutschen Republik“. In allen drei „Lagern“ dominierte zunächst der Deutsch-Nationalismus, der auf den Anschluß an das Deutsche Reich zielte.

Die Austromarxisten in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) hatten

bereits unter der Monarchie die Nation als „die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen“ (Otto Bauer) definiert. Nach 1918 rückten sie die nationale Frage in den Mittelpunkt ihrer Politik, wobei ihr deutsch-nationales Konzept den Zusammenschluß aller „deutsch-österreichischen Gebiete“ und den Anschluß vorsah, da ein selbständiges Österreich ökonomisch nicht lebensfähig sei. In der Koalitionsregierung mit den Christlich-Sozialen war die Sozialdemokratie bestrebt, sich als Vorkämpferin der „nationalen Interessen“ und gegen den Anschluß von Vorarlberg an die Schweiz, den Anschluß des Landes Salzburg an Deutschland, den Separatismus in Tirol, aber für den deutsch-österreichischen Irredentismus im Sudetenland und für die Beteiligung an den Kämpfen der Heim- und Bauernwehren gegen die Truppen der neu gegründeten jugoslawischen Monarchie in Kärnten und später gegen die des autoritären ungarischen Regimes im Burgenland zu profilieren. (Die Grenzausinandersetzungen gehören noch heute als anti-slowenischer „Abwehrkampf von 1918/20“ zum nationalen Mythos der Kärntner FPÖ. Haider verlangt gar, daß die slowenische Min-

derheit einen Schritt auf die „Deutsch-Kärntner“ zugehen müsse, indem sie den „Kärntner Gedenktag zum Abwehrkampf“ (10. Oktober) ebenfalls feiert - als „Signal, daß sich alle österreichbewußten Kärntner, unabhängig von ihrer Abstammung, zu einer neuen Gemeinsamkeit gefunden haben“.⁸)

Der Außenminister der ersten Koalitionsregierung, Otto Bauer, kommentierte 1923 die sozialdemokratische Anschlußpolitik mit den Worten: „Als wir die Siegermächte von der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Anschlusses und von dem einheitlichen Anschlußwillen des deutschösterreichischen Volkes zu überzeugen versuchten, fiel uns die deutschösterreichische Bourgeoisie in den Rücken.“ Der im September 1919 unterzeichnete Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye regelte die Grenzfragen und untersagte den Namen „Deutsch-Österreich“ und den Anschluß an Deutschland. Die austromarxistische Idee, die Arbeiterklasse zur „Trägerin der nationalen Politik“ und des „nationalen Gedankens“ (Bauer) in einem durch ein „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ bestimmten Staat zu machen, war bereits 1920 gescheitert.



aus: Titanic 4/92

Das „dritte Lager“ in der Ersten Republik

Während die Christlich-Sozialen sich mit dem Friedensvertrag arrangieren konnten, da sie ohnehin Reminiszenzen für die alte Donaumonarchie hegten oder stärker einem subnationalen Regionalismus anhingen, entwickelte sich das „dritte Lager“ nach 1921 zum heftigsten Befürworter des Anschlusses. Hierbei kommt es zu einer signifikanten Verschiebung innerhalb des dominanten Deutsch-Nationalismus: Hatte die Sozialdemokratie in der Verknüpfung von ökonomistischen Argumenten und einem sozio-historisch und sprachnationalistisch fundierten Gemeinschaftsgedanken den Anschluß propagiert, so trat im „nationalen Lager“ die „rassische Volksgemeinschaft“, die völkische und ethnische Substantialisierung des Deutsch-Nationalismus in den Vordergrund. Die Übergänge sind allerdings fließend.

Die Artikulation von Nationalismus und Rassismus in der Tradition des „dritten Lagers“ hat sich in der FPÖ der Zweiten Republik konserviert. Noch im „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“ von 1973, das als programmatische Grundlage der FPÖ-Wendung hin zu einer liberalen Partei gilt, sind dem „Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ Fundamentalsätze einer fiktiven Ethnizität vorausgeschickt: „Die natürliche Abstammung schafft zwischen den Individuen besondere Bindungen, die eine wesentliche Bedeutung für die Volkwerdung haben. Diese Bindun-

gen sind von der jeweiligen Gesellschaftsform unabhängig. Darauf gründet sich die organische Auffassung vom menschlichen Gemeinschaftsleben. Familie und Volk sind organisch gewachsene Gegebenheiten, die in der Gesellschaftspolitik Berücksichtigung finden müssen. (...) Das Volk als natürliche Gemeinschaft ist durch Abstammung verbunden, hat gemeinsame Sprache und Kultur entwickelt, hat gemeinsame Wesenszüge und war gemeinsamen geschichtlichen Entwicklungen unterworfen.“

Historisch konnte sich das „dritte Lager“ allerdings bis zum nationalsozialistischen Anschluß von 1938 nicht durchsetzen. Zunächst paktierte es mit den Christlich-Sozialen, um den Einfluß der SDAP und des Republikanischen Schutzbundes zurückzudrängen, dann aber machte sich die christlich-soziale Dominanz in der Ersten Republik auch gegen die Deutsch-Nationalen geltend. Im September 1931 scheiterte der Putschversuch der mit den österreichischen Nationalsozialisten kooperierenden Heimwehren in der Steiermark an der fehlenden Unterstützung und der Loyalitätserklärung gegenüber der christlich-sozial geführten Regierung von Seiten der Heimwehrführer in anderen Landesteilen.

Mit der Spaltung der Heimwehren begann sich die Auseinandersetzung zwischen Christlich-Sozialen und Nationalsozialisten zu polarisieren, wobei letztere die Organisationen und Parteien des „dritten Lagers“ von den völkischen Turn- und Sportvereinen über Teile der Heimwehrverbände bis zu den lokalen Gliederungen der Groß-

deutschen Volkspartei abgrasten, um mit ihnen Wahllisten- und Kampagnenverbindungen einzugehen, um sie zu unterwandern oder direkt zum Übertritt in die SA und NSDAP zu bewegen.

Der Verfassungsputsch von Dollfuß

Als im Mai 1932 der christlich-soziale Landwirtschaftsminister Dollfuß zum Kanzler gewählt wurde, sah er sich im Parlament einer Opposition gegenüber, die mit den Mandaten der Sozialdemokraten einerseits und der Großdeutschen andererseits nur eine Stimme weniger hatte als die ihn stützende Koalition aus Christlich-sozialer Partei, loyalem Heimatblock (Heimwehr) und Landbund. Eine der ersten Maßnahmen der Dollfuß-Regierung war die Unterzeichnung des Lausanner Abkommens, das eine Völkerbund-Anleihe in Höhe von 300 Millionen Schilling mit einer Verzichtserklärung auf den Anschluß an das Deutsche Reich bis zum Jahre 1952 verband. Die dünne Mehrheit der Koalition zerbrach und Dollfuß regierte mittels Notverordnungsregelungen aus dem Jahre 1917 weiter; die Verfassung von 1920/29 war außer Kraft gesetzt.

Nach dem gelungenen Verfassungsputsch erklärte Dollfuß den Heimwehren: „Wir wollen in neuen Formen und auf neuen, dem christlich-deutschen Volke doch wieder sehr alten Grundlagen, Grundsätzen und Ideen unsere Heimat und das Zusammenleben unseres braven deutschen Volkes in Österreich neu gestalten.“ Und: „Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker, autoritärer Führung dieses Staates.“ Nach dem Vorbild des italienischen Faschismus sollte dem Regime eine Massenbasis durch die „Vaterländische Front“ verschafft werden, die sowohl gegen das „sozialistische Lager“ als auch gegen das „nationale Lager“ gerichtet sei, aber zwischen österreichischem Nationalismus und Deutsch-Nationalismus schwankte. „Vaterländisch“ hieß auch für die Christlich-Sozialen vor allem „deutsch“, nämlich „deutsche Kulturation“ oder gar „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“.

Das am 19. Juni angeordnete Verbot der NSDAP und ihrer Unterorganisationen, das jede nationalsozialistische Parteitätigkeit unter Strafe stellte, ließ jedoch die NS-Verbindungen zu den verschiedenen Organisationen des „dritten Lagers“ unangetastet, da Dollfuß beabsichtigte, sich die Unterstützung der Heimwehren zu sichern. Das „bessere Deutschland“, das Dollfuß nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vorschwebte, richtete sich in erster Linie gegen den bereits im März 1933 verbotenen Republikanischen Schutzbund und die im Mai 1933 verbotene kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Als sich die Linzer Schutzbündler der polizeilichen Durchsu-

Karl Renner, rechter Sozialdemokrat und erster Staatssekretär nach 1918, dichtete eine Bundeshymne für den Papierkorb.

DEUTSCH-ÖSTERREICH

Hymne.

Worte von

Karl Renner

verfönt

als einstimmiger VOLKSGESANG mit Instrumentalbegleitung.

Feierlich.

Sing-
stimme.

1. Deutsch-Österreich, du herrlich-ches Land, wir lie-ben dich!
2. Österreich, du lach-lit-ges Volk, wir lie-ben dich!
3. Österreich, du treu-sin-nig Volk, wir lie-ben dich!
4. Österreich, du Berg-län-der-rund, wir lie-ben dich!

Klavier.



Vaterländische Front beim Schwur 1934

chung des örtlichen Parteihauses der noch legalen Sozialdemokratie am 12. Februar 1934 widersetzten, begann ihre bewaffnete Aktion gegen das Dollfuß-Regime. Schlecht organisiert und ohne Unterstützung durch den zwar ausgerufenen, aber nicht durchgeführten Generalstreik wurden die Schutzbündler in wenigen Tagen von Bundesheer, Polizei und Heimwehren in Wien wie in Linz niedergeschlagen. Den militärisch erfolglosen Widerstand nutzte die Regierung Dollfuß schließlich zur Vernichtung des „sozialistischen Lagers“, zur Beschlagnahmung der Häuser und Gelder der sozialdemokratischen Organisationen bis hin zum kleinsten Sportverein.

Das „deutsche Bollwerk“ und der Anschluß von 1938

Nach der Ermordung Dollfuß', die wenige Monate später das Signal für einen Putsch der österreichischen Nationalsozialisten liefern sollte, übernahm der bisherige Justizminister Schuschnigg die Führung der „Vaterländischen Front“ und der Regierung. Mit dem Scheitern des nationalsozialistischen Putsches vom 25. Juli 1934, der lediglich in der Steiermark und in Kärnten Unterstützung durch die Heimwehren fand,

wurde die „Vaterländische Front“ der Christlich-Sozialen als Einheitsorganisation etabliert.

Schuschnigg, der schließlich auch österreichische Nationalsozialisten in seine Regierung aufnahm, verfolgte in seiner Regierungszeit von 1934 bis 1938 einen diplomatischen Zickzack-Kurs zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus. Bis zu seinem politischen Ende, das er unter der Parole „Bis in den Tod Rot-Weiß-Rot! Österreich!“ durch eine Volksabstimmung gegen den Anschluß verhindern wollte, war Schuschnigg deutsch-national affiziert und propagierte Österreich als „deutsches Bollwerk“, das „dem eigenen Volk, der deutschen Kultur und dem deutschen Schicksal, der Welt, dem Geist des Friedens dienen kann“.

Seinen Versuch, alle nationalen Organisationen in die „Vaterländische Front“ zu zwingen, greift der 1936 frisch gewählte freiheitliche Bundesparteiobmann Haider auf, um das „nationale Lager“ und seine nationalsozialistischen Verbindungen als Hort der Demokratie darzustellen. „Ich glaube“, so erklärt er, „dieses Lager hat in allen Zeiten eine sehr positive Rolle für dieses Land gespielt. Wir waren es, die immer auf Seiten der Demokratie gestanden

sind und daher brauchen wir uns von niemandem Zensuren erteilen zu lassen. Denn meine lieben Freunde, wer auch die Geschichte der Ersten Republik zu interpretieren und zu erfassen versteht, der weiß, daß unsere Vorläufer dann aus der Politik und aus der öffentlichen Verantwortung vertrieben wurden, als die Demokratie Mitte der Dreißiger Jahre durch den Austrofaschismus abgeschafft wurde.“¹⁰

Tatsächlich tauchten jene „Vertriebenen“ nach dem Anschluß von 1938 in Funktionen des nationalsozialistischen Staates wieder auf. Selbst die Propaganda-Broschüre „100 Jahre freiheitliche Tradition“ der Kärntner FPÖ kommt in den wenigen Zeilen, die sie der „Zeit von 1938 bis 1945“ widmet, nicht umhin zu vermerken, daß etwa die „Kärntner Landbundführer“ Kernmaier und Supersberg nach dem Anschluß vom 13. März 1938 als „Landeshauptmannstellvertreter“ und als Führer der „Landesbauernschaft Südmärk“ wieder Funktionsträger wurden.¹¹

Der Einmarsch der nationalsozialistischen Wehrmacht am 12. März 1938 brachte Schuschniggs Pläne für eine Volksabstimmung endgültig zu Fall, doch bereits Tage zuvor hatten die Nationalsozialisten in allen Landesteilen bis auf die Hauptstadt faktisch die Macht übernommen. Mit dem Anschluß



Christlich-soziale und deutsch-nationale Heimwehrführer im Aufmarsch

wurde die Bezeichnung 'Österreich' ausradiert und an die Stelle von 'Nieder-' und 'Oberösterreich' der Name Nieder- und Oberdonau gesetzt, um die annektierten Gebiete als „reichsdeutsche Gauen“ kenntlich zu machen und zu assimilieren. Auch der Ausdruck „Ostmark“ wurde aus diesem Grund sehr rasch von der nationalsozialistischen Bürokratie zugunsten der Bezeichnung „Alpen- und Donau-Reichsgaue“ fallen gelassen. Alles, was an die österreichische Eigenstaatlichkeit erinnerte, sollte nach dem Willen der Nationalsozialisten, die das „dritte Lager“ absorbiert hatten, im „Tausendjährigen Reich“ verschwinden.

Das Fundament der Zweiten Republik

Mit der militärischen Befreiung vom deutschen Faschismus schien der Deutsch-Nationalismus in Österreich gründlich desavouiert. Die Herausbildung des sozialen Nationalstaates Österreich beruhte im Unterschied zur Ersten Republik auf einem dauerhaften Kompromiß zwischen dem traditionell „sozialistischen Lager“ (SPÖ) und dem traditionell „christlich-sozialen Lager“ (ÖVP), der zunächst auch die kleine kommunistische Partei einschloß. Fünf Kern-

elemente bestimmen seit Mitte der fünfziger Jahre die Struktur der Zweiten Republik: Erstens, auf der parlamentarischen Ebene die große Koalition aus SPÖ und ÖVP im Bund, die nach Unterbrechungen durch absolute Mehrheiten der ÖVP in den sechziger Jahren und der SPÖ in den siebziger Jahren und nach dem Versuch einer Kleinen Koalition aus SPÖ und FPÖ zu Beginn der achtziger Jahre ab 1986 wieder besteht. Zweitens, die Sozialpartnerschaft, die durch das korporative System der Arbeits-, Wirtschafts-, Handels- und Landwirtschaftskammern gestützt wird. Drittens, die staatsvertragliche Verfassungsordnung, die gemäß dem Staatsvertrag vom 27. Juli 1955 zwischen Österreich und den vier alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges jeden Anschluß verbietet und Vereinbarungen mit Deutschland sowie Maßnahmen ausschließt, die dazu dienen könnten, „eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern“. Hinzu kommt auf dieser Ebene der Legalordnung das Verfassungsgesetz vom 5. November 1955, das die „immerwährende Neutralität“ Österreichs proklamiert. Viertens, die verstaatlichte Industrie, die auf der Grundlage der Konfiszierung „deutschen Eigentums“ von seiten der sowjetischen Behörden nach 1945 entstand

und mit dem Staatsvertrag 1955 nationalisiert wurde. Fünftens schließlich, die Staatsdoktrin, die Österreich zum ersten „Opfer“ des nationalsozialistischen Expansionsstrebens erklärte und damit die tatsächliche Anschlußbereitschaft, gar Anschlußbegeisterung von 1938, die durch den Deutsch-Nationalismus in allen drei „Lagern“ der Ersten Republik und unter der klerikalfaschistischen Diktatur Dollfuß' und Schuschnigg befördert wurde, wegzuwischen trachtete.

Der Konstruktion der „österreichischen Identität“, die sich auf diese fünf Elemente bezieht, wird allerdings gegenwärtig das Fundament entzogen. Im Zusammenhang des EG-Beitritts wie auch des Zusammenbruchs der UdSSR werden sowohl der Staatsvertrag und die Neutralitätserklärung von 1955 als auch die verstaatlichte Industrie in Frage gestellt. In diesem Kontext kommt der FPÖ unter Haider eine zentrale Rolle als Angreiferin der „österreichischen Nation“ zu.

Der Neo-Rassismus im deutsch-nationalen Gewand der FPÖ

Seit ihrer Gründung 1956 koppelt die FPÖ programmatisch das „Bekenntnis zur Ei-

genstaatlichkeit Österreichs" an das „Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft", um einerseits eine staatstragende Funktion zu behaupten, obgleich sie aufgrund der personellen Kontinuität zum Nationalsozialismus in den staatstragenden Kompromiß nicht direkt einbezogen war, und um andererseits als Sammelpartei des „dritten Lagers" den Deutsch-Nationalismus hervorzuheben. Für Haider sind das deutsche „Volkstumsbekenntnis" und das „Bekenntnis zu Österreich" integrale Bestandteile seines Nationsbegriffes, der Österreich einen „festen Platz in der deutschen Kulturgeschichte" zuschreibt, es aber zugleich für „kulturell mehr" ausgibt, „als die heutigen Grenzen darstellen" (S. 16).

Zur Begründung des Deutsch-Nationalismus bedient er sich der kulturalistischen Argumentationsfiguren des differentiellen Neo-Rassismus. So macht sich Haider zum ethnopluralistischen Fürsprecher der slowenischen Minderheit in Kärnten, wenn er fordert, „jenen die Chance auf eine verbesserte ethnische Identität zu geben, die aufgrund ihres Bekenntnisses dazu entschlossen sind und sich diesem Volkstum verbunden fühlen". Allerdings geht es ihm vor allem um den „Respekt" dafür, daß das „freiheitliche Lager in Österreich, insbesondere aber in Kärnten, Jahrzehnte hindurch als legitimer Vertreter Deutschkärntner Interessen auch Standpunkte für die von ihr vertretene Bevölkerung durchgesetzt hat, ohne aber die legitimen Interessen der Volksgruppe vernachlässigen zu wollen", sondern um die „Benachteiligung der Mehrheitsbevölkerung zu verhindern", wie er zuvor ausgeführt hat.¹² Diese rhetorische Umkehrung gehört zu den Standardmustern des Antisemitismus und der rechtsextremistischen Ausländerfeindlichkeit, welche die Mehrheit immer als „benachteiligt" und „bedroht" darstellen.

In diesem Sinne verwendet der gegenwärtige FPÖ-Grundsatzreferent Mölzer den NS-Begriff der drohenden „Umvolkung" durch die Einwanderung aus dem Osten. Für die Nationalitätenkonflikte in Mittel- und Süd-Ost-Europa hält er die Empfehlung bereit, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker zu relativieren": „Es muß zusätzlich so etwas wie ein Selbstbestimmungsrecht gewachsener Kleinregionen geben, welche multiethnisch geprägt sind, also von mehreren Volksgruppen in Gemengelage bewohnt werden." Nation soll dort nicht „Territorialprinzip", sondern „personales Prinzip" meinen. Für den Balkan kann der Chefideologe der FPÖ sich eine multikulturelle und multiethnische Gesellschaft denken. Für Österreich heißt es dagegen kurz: „Deutsch zwar, aber nicht Deutschland." Hieraus leitet Mölzer den Hegemonieanspruch einer „Dritten Österreichischen Republik" als „deutsche Drehscheibe für die Völker Südostmitteleuropas" ab.¹³

Österreich ist ein Dreckstaat



Diese scharfe Äußerung des Herrn Apold ist rasch zum geflügelten Wort geworden. In unserer

Massen-Versammlung

Mittwoch, den 22. Oktober 1930, um 8 Uhr abends, in der Gastwirtschaft „Zur güldenen Waldschnepe", 17., Dornbacherstraße 88

wird zu der Frage Stellung genommen:

Ist Österreich ein Dreckstaat oder nicht?

Kostenbeitrag (Arbeitslose und Jugendliche ermäßigt). — Juden Eintritt verboten!

Leset den „Kampfruf"! um 30 Groschen überall erhältlich.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: N. S. D. A. P. Hitlerbewegung, für den Inhalt verantwortlich: Josef Müller, beide Wien, 7., Schottenfeldgasse 41—43. — Buchdruckerei P. Strobal, Wien, 15., Stagliogasse 4. Nationalratswahlen 1930

Schluß mit der geistigen und seelischen Verwahrlosung des Wiener Schulwesens!

Es lebe das

christlich-deutsche Erziehungsideal!

Wählet

Christlichsozialistische Partei!

Gemeinderatswahlen 1932



Haider lobt die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ im Dritten Reich – Im KZ Bergen-Belsen 1945

Haiders Strategie

Um die Zweite Republik zu denunzieren, verfolgt Haider eine populistische Dramatisierungsstrategie, die auf eine Polarisierung von Verfolger, dem alten Staat (SPÖ und ÖVP), und Verfolgtem, der neuen Ordnungskraft (FPÖ), zielt. So verkündet Haider, daß in Österreich durch das Parteiensystem die „brutale Unterdrückung der Menschen an der Tagesordnung“ (S. 10) sei. Die große Koalition habe „die Tendenz der Totalität in sich“ (S. 11) und befinde sich auf dem „Weg zur rot-schwarzen Einheitspartei“ (S. 11) in einem „großkoalitionären rot-schwarzen Gesinnungsstaat“ (S. 17), der „die Menschen in demokratischer Unfreiheit“ (S. 3) lasse. „Parteiuchwirtschaft, Anpassungsdruck und die politische Freunderlwirtschaft“ zählten „zu den unmenschlichen Folterwerkzeugen dieses politischen Systems“ (S. 33). Das österreichische Kammerensystem bezeichnet Haider als „absolutistisch“, weshalb die Sozialpartnerschaft „sehr stark den Interessen einzelner“ (S. 38) diene. Das Grundmuster dieser Dramatisierung ist der Vorwurf an die „alten Parteien“, womit SPÖ und ÖVP gemeint sind, die „totale Kontrolle über die Demokratie und die totale Kontrolle über den Bürger in diesem Lande erringen“ (S. 33) zu wollen. Dagegen versucht er, die FPÖ als Partei der „demokratischen Erneuerung“ herauszu-

stellen, was genauer „einen starken unabhängigen, nicht von Interessengruppen erpreßbaren Staat, der handlungsfähig ist“ (S. 38), meint. Tiraden gegen die „Hydra einer undurchsichtigen Sozialstaatsbürokratie“, gegen „Sozialschmarotzer“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Ausländer“ folgt die Ankündigung, „für Kontrolle und Ordnung in diesem Bereich“ (S. 40) einzutreten.

Haiders offensive Strategie ist der gegenwärtigen politischen Situation in Österreich angepaßt; seinen Attacken auf die Kernelemente der Zweiten Republik haben weder SPÖ noch ÖVP mehr als ihre Verteidigung entgegensetzen. Jeder Angriff Haiders wird daher zur politisch-publizistischen Affäre, so wenn er - wie in den vergangenen Wochen - die Österreichische Nationalbank aufs Korn nimmt und damit nicht nur dem Kommentator der konservativen Wiener Tageszeitung *Die Presse* Bewunderung abnötigt: „Man mag Jörg Haider mögen oder nicht - und für das Nicht-Mögen spricht tatsächlich vieles -, aber eines muß man ihm lassen: Er legt mit bemerkenswertem Geschick seine Finger auf Wunden, die die Politiker der Großparteien gerne unter einem dicken Verband dahineitern lassen würden.“¹⁴ Der Kommentar zeigt den desolaten politischen Zustand der bürgerlich-konservativen Kreise in der Bundeshauptstadt.

Die Eiter-Metapher des Kommentators ist die inverse Bestätigung von Haiders Kam-

pagne „Für Sauberkeit und Ordnung“ (S. 11), die er auch in den eigenen Reihen durchführt, um den „Rest einer ‘fünften Kolonne’“ (S. 14), die liberalen Mandats- und Funktionsträger der Partei, auszukehren. Doch im Blick auf die Staatsvorstellung ist Haiders Politik mehr als rechter Populismus; die Zielsetzung einer „dritten Republik“ orientiert auf ein autoritäres Regime mit plebiszitären Elementen wie Volksabstimmungen und Direktwahlen des Bundeskanzlers und der Landeshauptleute. „Österreich zuerst“ ist dabei lediglich das populistische Beiwerk für ein „Deutschland über alles“, das die ersehnte „dritte Republik“ in die Rolle eines Brückenkopfes für die deutsche Hegemonie im neuen Europa einweisen soll. „Ethnisch-kulturell, sozial und ökonomisch fest an Deutschland angebunden“¹⁵, wünscht sich die Haider-Partei Österreich, von Anschluß braucht gar nicht mehr die Rede zu sein.

Jost Müller

¹ Vgl. Brigitte Galanda: Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation. Wien 1987.

² Jörg Haider: Österreich politisch erneuern. Tätigkeitsbericht des Bundesparteiobmannes am 19. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 1. und 2. Oktober 1988 in Villach. In: Österreich politisch erneuern: Offene Gesellschaft - Freie Bürger. Reden zum 19. Ordentlichen Bundesparteitag 1988 in Villach. Wien 1988, S. 17. Im folgenden werden diese Rede und die „Schlußrede des Bundesparteiobmannes Dr. Jörg Haider“ unter dem Titel „Dieses Land ist zu schön, um es den beiden alten Parteien zu überlassen“ nach dieser Ausgabe im Text mit Seitenzahlangebe zitiert.

³ Interview mit dem neuen FPÖ-Generalsekretär Karl Schnell, in: *Salzburger Nachrichten* vom 4.4.1992.

⁴ Laut *Frankfurter Rundschau* vom 8.10.1991.

⁵ Interview mit Bundeskanzler Vranitzky, in: *Salzburger Nachrichten* vom 2.4.1992.

⁶ Andreas Mölzer: Umbruch in Mitteleuropa. Österreichs nationalliberales Lager in einer Schlüsselrolle. In: *Criticón* 127, S. 249.

⁷ 100 Jahre freiheitliche Tradition in Kärnten. Zur Gründung des Kärntner Bauernbundes am 2. März 1886. Wien 1986, S. 5.

⁸ Jörg Haider: Rede zur Neuregelung des Kärntner Minderheitenschulgesetzes am 8. Juni 1988. Wien 1988, S. 16.

⁹ Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik. In: Erich Reiter: Programm und Programmentwicklung der FPÖ. Wien 1982, S. 98.

¹⁰ Jörg Haider: Antrittsrede des neugewählten Bundesparteiobmannes auf dem Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 14. September 1986 in Innsbruck. Wien 1986, S. 4f.

¹¹ 100 Jahre freiheitliche Tradition in Kärnten. A.a.O., S. 32.

¹² Jörg Haider: Rede zur Neuregelung des Kärntner Minderheitenschulgesetzes. A.a.O., S. 5, 12 u. 14.

¹³ Andreas Mölzer: Umbruch in Mitteleuropa. A.a.O., S. 248f.

¹⁴ *Die Presse* vom 3.4.1992.

¹⁵ Andreas Mölzer: Umbruch in Mitteleuropa. A.a.O., S. 249.

Schirnjetische Kunst

1.

Nach allem zu urteilen, hat „Die große Utopie“ gefallen.

Ich weiß nicht, wie die Besucher-Massen reagiert haben, aber den offiziellen Kritikern, Rezensenten, Kustoden, Kulturdezernenten, Werbeleuten und anderen Kunstwissenschaftlern hat „Die große Utopie“ entschieden gefallen.

Indes: es ist eine schlechte Ausstellung.

Eine schlechte Ausstellung hat gefallen. Kein Einzelfall natürlich. Wer auch nur ein klein wenig mit der Geschichte der Kunst vertraut ist, wird leicht hundert solcher Fälle herzfählen können.

Daraus folgt aber nicht, daß man den Fall einfach abtun darf. Abschreiben auf das Konto der kollektiven Irrtümer und fertig. Daß eine schlechte Ausstellung gefiel, ist auch ein kultursoziologisches Faktum und muß aufmerksam studiert werden.

Also: was ist schlecht an „Die große Utopie“, und warum hat die Ausstellung dennoch gefallen?

2.

Die Ausstellung hat gefallen, weil sie Kunst zeigt, und die Bedingungen, unter denen Kunst entsteht, ausklammert. Sie hat gefallen, weil alles schön getrennt ist, was zusammengehört: Die Farbstudien hängen zusammen, und die Fotos, und die Architekturmodelle, und die Plakate. Das hat zwar nichts mit der Realität sowjetischer Gestalter zwischen 1917 und 1934 zu tun, aber es geht ja auch um einen anderen Zeitraum. Doch davon später.

Zuvor: Was ist schlecht an „Die große Utopie“? Zuerst der Titel. Farbsystematische Experimente sind keine Utopie, sondern Auseinandersetzungen mit Produktionsmitteln. Nicht ausgeführte Architekturen sind keine Utopien, sondern Projekte. Zu Tode geschleifte Menschen sind keine Utopie, sondern waren Opfer der Konterrevolution, und ein Bild, das das Ereignis eines mehrfachen Mordes zum Thema hat, ist nicht utopisch, sondern retrospektiv. Zwei zusammengewachsene Köpfe mit drei Augen und auf der Stirn vier Buchstaben sind keine Utopie, sondern die lithographische Umsetzung einer Fotomontage. Die auf Plakaten gezeigten Staudämme und Fabriken lagen nicht im Nirgendwo, sondern in der Sowjetunion.

Was ist schlecht an „Die große Utopie“? Zum zweiten der Untertitel. Eine „russische Avantgarde“ hat es meines Wissens

nach nie gegeben, vielleicht eine künstlerische Avantgarde im russischen Reich bis 1917, und danach verschiedene avantgardistische Künstlergruppen in Teilrepubliken der Sowjetunion. Die Gestalter und Gestalterinnen der in der Frankfurter Kunsthalle Schirn ausgestellten Objekte waren Angehörige unterschiedlicher Nationalitäten, die Arbeiten entstanden in Polen, Deutschland, Frankreich, dem russischen Reich und in der UdSSR, vielleicht auch anderswo. In Wirklichkeit gibt es Nationalitäten, im Untertitel der Ausstellung Nationalismus.

Schlecht an der Ausstellung ist drittens die Wahl des Zeitraums 1915-1932. Mit der „Letzten Futuristischen Ausstellung“ von 1915 zu beginnen, weil mit ihr der Suprematismus öffentlich wurde, bedeutet, den Futurismus aus der Entwicklung der sowjetischen Kunst auszublenden. Mit dem Jahr 1932 aufzuhören, wo z.B. eine von einem der Autoren des Katalogs herausgegebene Dokumentensammlung die Debatten bis 1934 zusammenfaßt (Gaßner, H./Gillen, E.: Zwischen Revolutionskunst und sozialistischem Realismus. Köln 1979), läßt sich kaum kulturgeschichtlich, wohl aber politisch begründen: Die Zäsur der Gestaltungsproduktion vor das Ende der Weimarer Republik zu setzen, ermöglicht den Verzicht auf antifaschistische Plakate, die die Bildertouristen irritieren könnten. Und: In Deutschland begann die Diktatur erst 1933, bei den totalitären Sowjets schon 1932, womit die Vorreiterrolle der diktatorischen Sowjetunion gegenüber dem faschistischen Deutsch-

land wieder einmal belegt wäre. Daß sich dann doch Exponate aus dem Jahr 1934 finden, ändert am Tenor der plakativen Daten (die nebenbei auch Februar- und Oktoberrevolution zu Episoden der Kunstentwicklung verniedlichen) nichts mehr. Schlecht an „Die große Utopie“ ist so vieles: das Papier des Kataloges; die regellose Transkription vom Kyrillischen ins Lateinische die gespiegelten oder auf dem Kopf stehenden Abbildungen des Ausstellungsgutes im Katalog und die Farbqualität der Reproduktionen; der Unsinn in vielen Katalogbeiträgen (exemplarisch sei hier Susan Compton angeführt: Wann lernen Autoren endlich den Unterschied zwischen einfach, sachlich und schlicht, und was soll die völlig unbewiesene Behauptung am Ende, die sowjetischen Gestalter hätten die Massen erreicht, wenn, wie Compton zuvor feststellt, die gestalterischen Experimente für die Propaganda im Ausland genutzt wurden?), die Liste ließe sich fortsetzen.

Also: Warum hat die Ausstellung dennoch gefallen?

3.

Die Ausstellung bietet auf engem Raum zusammengestellt hervorragendes Material. Zwar war fast alles in den letzten zwölf Jahren durchaus von Frankfurt aus erreichbar (Malewitsch in Amsterdam, Kobro in Mönchengladbach, Popowa in Köln, Porzellan in Karlsruhe und Wien, Leonidow und Tschernichow (!) im Deutschen Archi-

El Lissitzky „Schlagt die Weißen mit dem roten Keil“, 1920



tekturmuseum, Rodtschenko und Stepanowa in München, Kluzis in Kassel), aber die Menge der Exponate erlaubt schon neue Vergleiche.

Die Ausstellung präsentiert ihre Exponate als Genußmittel, die Bilder hängen an der Wand, die Skizzen in den Ecken, so wird klar, was wichtig ist und was nicht. Umgekehrt präsentiert die Ausstellung alles auf formale Aspekte reduziert, ein *Modell* wie das des Sendeturmes von Schuchow (!) (realisiert) ist eben ästhetisch vergleichbar mit Tatlins *Projekt* des Turmes der Dritten Internationale (nur als Modell realisierbar). Zwar kann eine Konstruktion mit Hilfe von Hyperboloiden durchaus Ausdruck des „Technisch-Schönen“ sein, sie folgt aber völlig anderen Gesetzen wie Tatlins konstruktiv aussehender, nicht aber seiender Turm.

Die Ausstellung gefällt, weil ihre Exponate bequem sind. Das gilt nicht nur für die Wahl, Lissitzkys Sessel und nicht Rodtschenkos Stühle den Besuchern zum Ausruhen anzubieten, das gilt vor allem für das Ausklammern der Politik aus der Ausstellung. Während die Kasseler Kluzis-Retrospektive voller Lenin- und/oder Stalingesichter und -figuren war, beschränkt sich gerade die Auswahl der Plakate auf Zirkus und Theater, Arbeiterin und Städtebau, Buchwerbung und Energieversorgung. Einem politische Verflechtungen beschreibenden Bild wie Redkos „Aufstand“ wird kei-

nerlei Erläuterung beigegeben, auf wen Lenin zeigt, ob Bucharin abgebildet ist, warum Trotzki dunkler, aber größer als Stalin ist, die Ausstellung gibt darüber keine Auskunft. Die Ausstellung kann solche Fragen nicht gebrauchen, ständig drängeln neue Besucher durch die Säle, wollen neue Objekte betrachtet sein, für Analyse bleibt da keine Zeit, es ist wie das geforderte Tempo der sowjetischen Industrialisierung auf die Freizeitgesellschaft übertragen: Ohne Atempause.

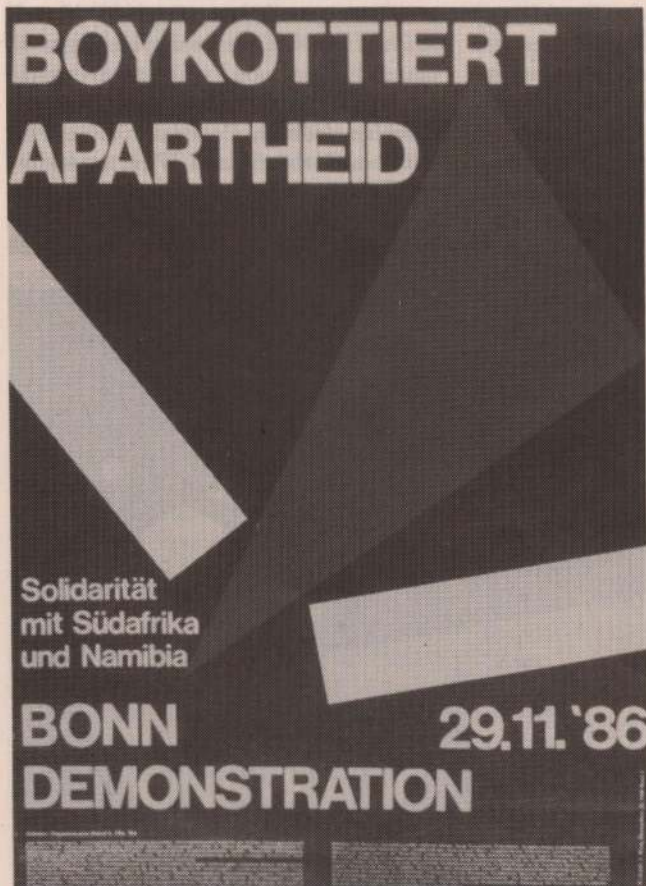
Die Ausstellung gefällt, weil es nicht mehr um Kunst für die Massen geht, sondern die Massen zur Kunst gehen. Mochten Künstler den Weg vom Tafelbild zur Konstruktion, zur Fotografie oder zur Architektur gehen, die Ausstellung holt die Kunst an die Wand oder auf den Sockel zurück. So ist alles schön nebeneinander, und verweigerten sich die Fotografen, ob sozialdokumentarisch oder ungewohnt-perspektivisch ausgerichtet, der Axialsymmetrie, die Ausstellungsarchitektur stellt diese im Eingangsbereich wieder her: es ist die Art der Objektanordnung, die den endgültigen Sieg des Traditionalismus über die Moderne feiert.

Schirn-Chef Vitali, der in seiner Einleitung zum Katalog die bemerkenswert falsche Behauptung aufstellt, eine Ausstellung sei „so gut und wichtig wie jedes einzelne für sie zusammengetragene Werk“ (danach kann jeder Schrott, wenn ein kunstgeschichtlich anerkanntes Werk daneben gestellt wird,

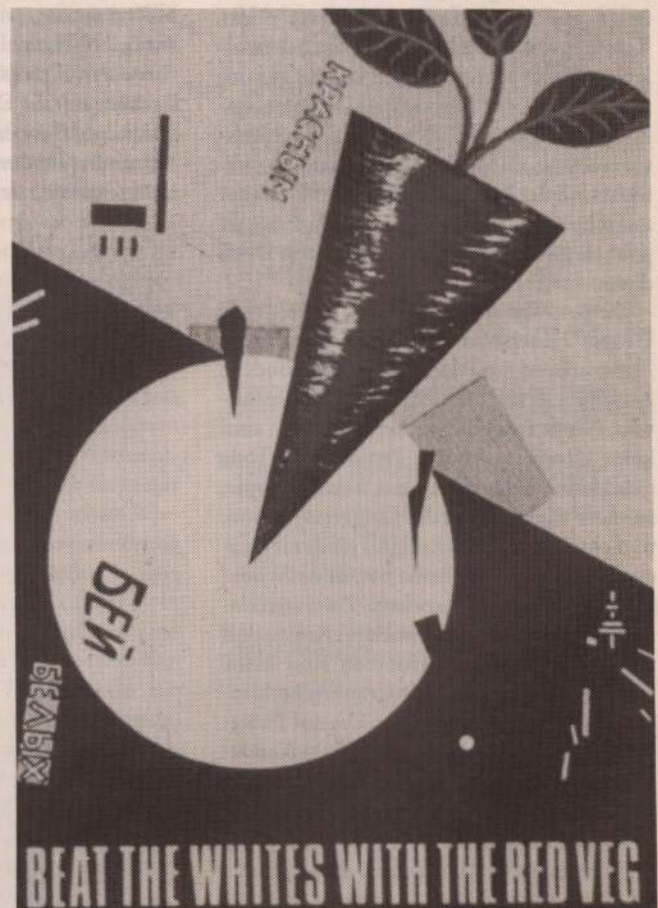
aufgewertet werden, außerdem, wozu braucht es dann noch Ausstellungsmacher?), gab Besuchern in der Eröffnungsrede auch zu verstehen, daß es nicht um Inhalte gehe, jeder Besucher solle sich eben ein, zwei Lieblingsbilder aussuchen: der Gemischtwarenladen als Ausstellungskonzept. Daß unter solchen Prämissen die Vorsitzende der Frankfurter CDU sich für das Experiment einer ausbeutungsfreien Gesellschaft begeistern kann (wie in der FAZ-Sonntagszeitung als Kulturtip geschehen), nimmt weiter nicht wunder.

Die Ausstellung hat nicht zuletzt auch deshalb gefallen, weil sie Nationalismus und Schadenfreude befriedigt. Der russische Nationalismus mit seinem Bestreben, Künstler anderer Länder noch nachträglich zu kolonisieren, wurde weiter oben belegt. Ebenso wurde auf die Fortsetzung des Historikerstreits mit kunstgeschichtlichen Verfälschungsmitteln eingegangen. Hier soll es aber über den Zynismus der Aussteller mit ihrer eigenlobenden Auffassung von „Kunst gegen Brot“ gehen. Die „Freunde der Schirn“ haben den Beschäftigten der Partnermuseen großzügig gespendet, ist dem Katalog zu entnehmen. Dafür dürfen die Museen ihre Bilder der Schirn zur Verfügung stellen, die mit der Ausstellung dann Kasse macht. Und den zwei Stationen in der GUS wird als Dank für die Leihgaben so lange wie möglich verschwiegen, daß viele westliche Leihgeber nie daran gedacht haben, ihre Leih-

A. Farys: „Boykottiert Apartheid“, 1986



John Churchill: „Beat the whites with the red veg“, 1986/87



gaben in die GUS zu schicken. Petra Roth hat es in ihrer Einfalt schon veröffentlicht: „Was hier versammelt ist, wird nicht wieder-holbar sein.“ Sie schreibt nicht, „in Frankfurt“ oder „in den nächsten fünf Jahren“, sie schreibt, was die westlichen Organisatoren verschweigen wollen. Und natürlich freut sie sich, daß sie eine Ausstellung vor der Haustür hat, für deren Katalog die Angestellten der Museen in der GUS zwei Monatslöhne bezahlen mußten, könnten sie erst mal die Reise finanzieren; die Bilder hin- und herfliegen zu lassen, ist dagegen kein Problem. Daß es aus konservatorischen Gründen viel vernünftiger wäre, wenn die Besucher zu den Bildern reisten, zumal es dann auch keiner Hungerhilfsaktionen bedürfte, sei noch angemerkt. Kurz: Auch deshalb, weil es gefällt, sich als wirtschaftlicher und politischer Sieger zu fühlen, der sich auch noch als Philanthrop brüsten kann, hat die Ausstellung gefallen.

4.

In „Die große Utopie“ ist alles enthalten, was die besten Arbeiten über die Gestaltung in der heroischen Epoche der Sowjetunion als Beleg anführen, aber die Ausstellung ist ungenießbar. Wie also mit den Zutaten umgehen?

Man nehme z.B. die urbanistischen Modelle, die in dem Architekturgang zusammengehäuft sind und setze sie mit der Foto-

montage „Moskau“ (ca. 1928) in Beziehung. Was an diesem „Moskau im Aufbau“ ist da sozialistisch, Barchins gerade fertiggestelltes Gebäude der *Iswestija*, oder das neugenuzte alte Moskau, oder die beiden Konkurrenzentwürfe von Gropius und Lonberg-Holm für die Chicago Tribune aus dem Jahr 1922? Stehen hier neue Formen für die neue Gesellschaft, oder wird da dem Taylorismus in der Bauwirtschaft gehuldigt? Und wenn ja, ist dann der Sozialismus die Summe der Errungenschaften vorangegangener Gesellschaftsformen, oder steht das Alte und das Neue noch nebeneinander, oder auch schon die Ideologie neben der Wirklichkeit? Natürlich geht es auch um die Konstruktion der neuen Welt, nur, welche Transformationen sind mit dem Begriff der neuen Welt verbunden, wie mutiert der Rotarmist zum Milizionär, und was für eine Ordnung entsteht durch solche Wechsel? Man frage also nach den Brüchen, nicht nach der großen Utopie, nach der Formalisierung und damit Ästhetisierung der Konstruktion, etwa nach der Erstarrung der dynamischen Bewegung: Von Tatlins Turm der III. Internationale zur Raumdiagonale von Lissitzkys Rednertribüne, deren Schrift, eine kyrillische Egyptienne, geradezu für den Klassizismus wirbt. Wohlgemerkt, das sind Vorschläge, das Material zu ordnen, Überlegungen zum produktiven, nicht rezeptiven Umgang, denn Künstlergruppen aufzählen und Allgemeinplätze zum Thema breittreten, das kann

jeder Schirnprospekt und macht jede Rezension.

Wer aber wissen will, was aus Maletwitsch' Bauern wurde und was Revolutionen von der Fetischisierung der Gewalt unterscheidet, sehe sich in Bochum Heiner Müllers „Zement“ in Frank-Patrick Steckels Inszenierung an: Da ist sie, die Auseinandersetzung mit dem zum Stillstand gebrachten Experiment der befreiten Gesellschaft, die Konstruktion des neuen Menschen in den alten Köpfen, die NÖP und die Fabriken ohne Ornament. Ende der Mitteilung.

5.

Das, was in der Schirn zu sehen ist, ist Ordnung statt Information, Gruppe statt Wechsel, Werk statt Experiment, Akademie statt Laboratorium. Wem aber nützen diese Stilisierungen, diese Künstler und Schöpfer, Heroen und Heroinnen? Doch wohl denen, die immer das sowjetische Moskau bekämpft haben und jetzt so tun, als habe es statt dessen ein proletarisches Athen der Revolutionskunst gegeben.

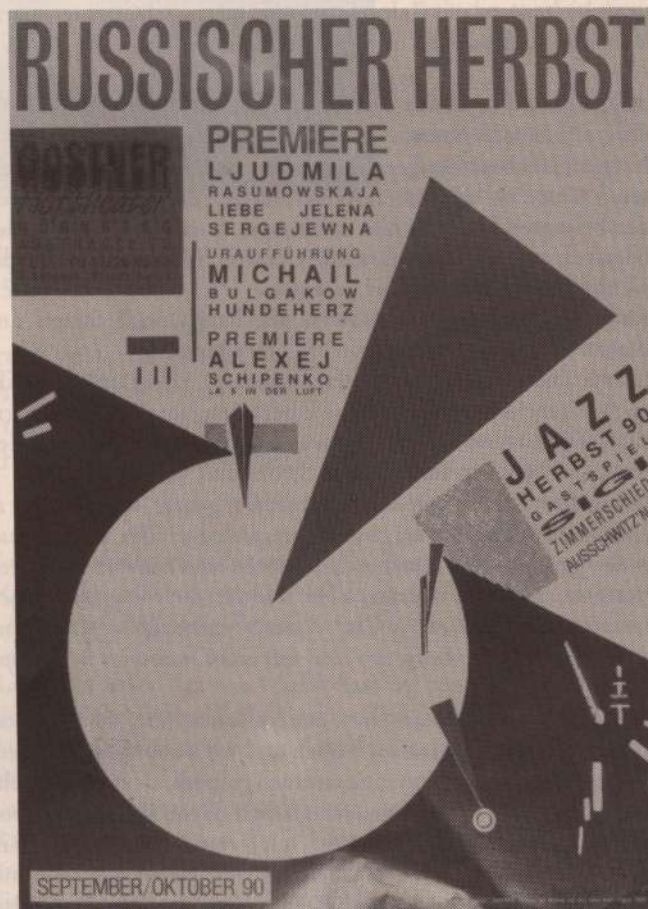
(Die Rezension ist in der Diktion (z.T. ganzer Abschnitte) und der Auffassung Ossip Briks „Warum Zement gefiel“ (1926) verpflichtet.)

Jörg Stürzebecher

„Warnung! Heroin-Dealer verpisst euch!“, 1989/90



„Russischer Herbst“, 1990



Great Big Unending Groove

Ein Interview mit Victims Family

Das KOZ ist nicht nur für die Studierenden in Frankfurt einer der wenigen Orte, wo in weitgehender Selbstverwaltung Veranstaltungen stattfinden können. Auch diejenigen, die abseits von den institutionalisierten und kommerziellen Clubs in dieser Stadt Konzerte für wenig Eintrittsgeld, ohne bullige Türsteher und mit fairen Bierpreisen organisieren, haben es trotz mancher Hindernisse immer wieder geschafft, dort gute Gruppen auftreten zu lassen. Am zweiten April waren es gleich drei: Jam Jar, Nation of Ulysses und Victims Family.

Kaum hatte man sich auf den Begriff „Hardcore“ als Bezeichnung für die Weiterentwicklung des Punkrock in den achtziger Jahren geeinigt, erwies sich dieser schon wieder als viel zu ungenau. Schuld daran waren neben anderen Victims Family aus San Francisco, die in ihrer Musik die unterschiedlichsten Stilrichtungen mit der für sie typischen Hektik zusammenfügen. Da ihre schrägen Harmonien und ihre zerhackten Songstrukturen auch ein wenig an Jazz erinnern, entstand die Bezeichnung „Jazzcore“, die aber nur einen kleinen Teil der Einflüsse beschreiben kann, die in der Musik von Victims Family komprimiert werden. 1986 erschien „Voltage & Violets“, ihre hervorragende Debut-LP, der zwei Jahre später die teilweise zerfahrene Fortsetzung auf „Things I hate to admit“ folgte. Mit einem neuen Schlagzeuger und mit John Wright von NoMeansNo als Produzenten entstand 1990 das äußerst eingängige „White Bread Blues“-Album und dieses Jahr „The Germ“.

Nicht nur die Musik macht Victims Family interessant, sondern auch ihre Texte. Meist gelingt ihnen die Kritik des alltäglichen Schwachsinn, ohne dabei in den missionarisch-moralischen Gestus der straight-edge-community zu verfallen. Wir unterhielten uns mit Ralph Spight (Gitarre und Gesang), Larry Boothroyd (Bass) und Tim Solyan (Schlagzeug).

diskus: Seid Ihr in San Francisco Teil einer politischen Szene? Gibt es bei euch besetzte Häuser und solche Sachen?

Larry: Hausbesetzungen sind bei uns fast unmöglich. Die besseren Clubs bei uns haben so ein bißchen die Atmosphäre von den besetzten Häusern hier in Europa, da arbeitet man mit den Bands zusammen, aber die zahlen natürlich auch Miete. Wer das nicht mehr tut, wird sofort geräumt.

Ralph: Es ist ziemlich schwer, überhaupt noch Strom und Wasser zu kriegen, wenn man ein Haus besetzt.

Larry: Diese ganze Hausbesetzerszene ist völlig unterentwickelt, da geht es nur um das reine Überleben, um das Dach überm Kopf. Für uns ist das richtig erstaunlich, daß die Leute hier in den besetzten Häusern immer noch Strom und Wasser kriegen.

diskus: Ihr habt mal in einem Interview gesagt, daß Ihr hier in Europa nicht mit Primus zusammen spielen wolltet, weil die nur in den großen Clubs auftreten möchten und nicht in besetzten Häusern. In San Francisco aber würdet ihr schon mit ihnen zusammen spielen. Ist das wirklich so eine Grundsatzentscheidung, wo und mit wem man hier in Europa tourt?

Tim: Primus haben eine ganze andere Einstellung zu dem, was sie mit ihrer Musik machen wollen und wo sie spielen möchten. Früher haben wir mit ihnen zusammen gespielt, als sie noch nicht diese Riesenkonzerte mitgemacht haben. Wenn sie hier in Europa sind, haben sie eben keine Lust, mit ihrem kleinen Bandbus in der Gegend rumzufahren. Übrigens sind sie hier gerade mit Rush unterwegs und spielen in irgendwelchen Stadien. Also

haben wir gar keine Chance, äh, ich meine, wir haben überhaupt keinen Grund, mit ihnen hier zusammenzuspielen.

Ralph: Wenn wir hier mit Primus touren würden, mit diesem ganzen großen Rock'n'Roll-Scheiß, wäre das für die Leute hier unser Ausverkauf. Auch aus meiner Sicht natürlich.

Larry: Ja, jetzt erinnere ich mich, daß ich das mal in einem Interview gesagt habe mit Primus. Damals hatten sie noch keine richtige Tour in Europa gemacht und waren aber auch überhaupt nicht daran interessiert, so eine Graswurzel-Tour in besetzten Häusern zu machen. Ich bezweifel aber inzwischen, daß wir selbst in den Staaten überhaupt noch mal mit ihnen zusammen spielen werden.

Tim: Auch bei uns haben sie eine Tour mit Rush zusammen gemacht, daran sieht man ja, wie sie jetzt drauf sind.

diskus: Ich war neulich hier bei den Red Hot Chili Peppers, da waren vielleicht fünftausend Leute da, und du kannst dich dabei wirklich nicht mehr amüsieren. Du hast nur kleine Punkte auf der Bühne gesehen, der Sound war schlecht und es gab nur zwei Bierstände, die hoffnungslos überlaufen waren.

Tim: Fünftausend Leute und alle wollen Bier! Es ist aber auch schwer für Bands, die wir hier so mögen würden, und die dann bekannter werden. Wenn fünftausend Leute sie sehen wollen, dann haben sie auch ein Recht dazu. Wenn wir hier irgendwo spielen, wo uns dreitausend Leute sehen wollen, wärs ja vielleicht noch schlimmer, dann irgendwo zu spielen, wo nur achthundert reinpassen. Ich weiß zwar nicht, was die Chili Peppers überhaupt für einen Status haben ...

Ralph: Naja, sie sind halt berühmt. Aber verdammt nochmal, ich spiel' auch gern vor fünftausend Leuten, aber wir kümmern uns auch darum, daß die Eintrittspreise nicht so hoch sind, daß unsere T-Shirts nicht so viel kosten. Diese ganze Independent-Idee bedeutet uns wirklich noch was. Wenn du diese Interviews liest mit Bands, die sagen, o.k., wir sind auf einem kleinen Label und hoffen, irgendwann mal bei einem Major zu unterzeichnen, dann hat das nichts mehr mit der ursprünglichen Idee der Independent-Label zu tun. Dabei ging es ja darum, dieses ganze Rock-Star-Ding abzulehnen, gute und billige Konzerte zu machen, wo du die Barrieren zwischen Band und Publikum wegnimmst und den ganzen Mythos zerstörst. Dieses Denken ist ziemlich verloren gegangen in der Independent-Szene.

Larry: Das wird alles nur noch als Sprungbrett betrachtet.

Tim: Das Problem ist, daß fast jeder denkt, wenn du in einer Band spielst, willst du immer berühmter und erfolgreicher werden. Die erste Frage bei den meisten Interviews, die wir auf dieser Tour gemacht haben, war immer: Würdet ihr nicht gerne auch so erfolgreich sein wie Nirvana? Dabei wollen wir nur unsere Musik weitermachen und nicht um jeden Preis so viele Platten wie nur möglich verkaufen.

diskus: Könnt Ihr von Eurer Musik leben?

Alle drei: Nö.

diskus: Was für Jobs macht Ihr?

Tim: Ich arbeite als Möbelträger in einem Warenhaus.

Larry: Ich arbeite mal da, mal dort, alles was ich kriegen kann. Und es ist schwer, was zu kriegen.

Ralph: Ich habe seit der letzten Tour nicht mehr gejobt und bin total pleite. Wenn ich zurückkomme, muß ich mir sofort wieder einen Job suchen.

Nicht erst seit dem gigantischen Aufstieg von Nirvana stellt sich für viele Bands, die ursprünglich aus dem Independent-Bereich stammen, die bange Frage, wie erfolgreich man eigentlich sein darf. Die Skepsis gegenüber der großen Rock-Industrie, die Victims Family äußern, hat zwar nach wie vor gute Gründe, wird aber auch von ihnen nicht mehr mit jener Emphase vorgetragen, die für den Beginn der Independent-Szene kennzeichnend war. Inzwischen ist sich wohl jeder in diesem Bereich bewußt, daß man auch ein Teil der Rock-Industrie ist und sich kaum gegen die Funktionalisierung durch die großen Firmen zur Wehr setzen kann. Die einfache Gegenüberstellung von den „guten“ Independent-Labels und den „bösen“ Major-Firmen stimmt ja noch nie und ist auch durch den immensen Erfolg von Hip-Hop-Bands mit politischen Texten ein weiteres Mal in Frage gestellt worden. An die Stelle der alternativen Selbstausbeutung tritt bei manchen dieser Gruppen die Vorstellung vom Marsch durch die Institutionen, dem „Ripping up the industry“ (Black Radical MK II).

diskus: Es ist ja noch ziemlich ungewöhnlich, daß ein Hip-Hop-

Künstler wie Ice-T in einer reinen Hardcore-Band wie „Body Count“ mitspielt. Wie seht Ihr die gegenseitige Beeinflussung der beiden Szenen?

Ralph: Die Tanzmusik wird immer härter und die Heavy-Musik wird immer tanzbarer, wäre doch ganz schön, wenn sich alles in einem great big unending groove trifft. Ich finde, das ist eine positive Entwicklung.

Larry: Cross-Over ist halt der Trend, so wie etwa die Barrieren zwischen Funk und Metal aufgehoben worden sind. Dann kommt aber auch immer die Welle von den ganzen Bands, die sich da dranhängen und die Stile fusionieren, ohne sie weiterzuentwickeln.

Tim: Ich kanns gar nicht abwarten, diese ganzen Nirvanas zu sehen, die im nächsten halben Jahr herauskommen werden. Das wird ziemlich schrecklich und auch ziemlich lustig. Überall im Fernsehen nur noch Flanell-Hemden und strähnige Haare. Und jeder wird sein Equipment zertrümmern...

Larry: Pete Townshend lebt!

diskus: Habt Ihr direkten Kontakt zur Hip-Hop-Szene oder ist das alles doch eher getrennt?

Ralph: Naja, es gibt immer noch gewisse Barrieren zwischen den communitys, immer ein wenig Mißtrauen. Ich würde gern mal mit Hip-Hop-Bands zusammen spielen, aber bis jetzt haben wir das noch nicht gemacht.

Larry: Ich denke, daß die ganze Rap- und Hip-Hop-Szene ziemlich Business-orientiert ist. Vieles davon ist total kommerziell und hat auch nicht viel Inhalt. Besonders Rap basiert vor allem auf Konkurrenz, und ich hoffe, daß das nicht von anderen übernommen wird. [Ralph setzt zum Protest an.] Natürlich trifft das nicht auf alle zu. Aber hier sehe ich einen der Gründe, warum es keine völlige Übereinstimmung gibt.

Ralph: Die Schwarzen in Amerika sind so lange von den Weißen ausgebeutet worden, und jetzt machen sie etwas, was die weißen Kids gerne hören. Rock'n' Roll ist von den Schwarzen erfunden worden und die Weißen haben ihn vermarktet und daran verdient. Jetzt verdienen halt die eigentlichen Erfinder daran, und ich finde das sehr positiv. Aber dann hast du halt auch bald solche Sachen wie den Pat Boone des Rap ...

diskus: Es gibt hier in Europa immer noch viele Vorbehalte gegen die Hip-Hop-Szene.

Einerseits findet es jeder gut, daß schwarze Musik eine solche Massenakzeptanz gefunden hat, andererseits stößt es manchen Leuten auf, daß viele Rap-Texte sexistisch oder nationalistisch sind.

Ralph: In jeder Art von Musik hast du bescheuerte messages. Guck dir den Unterschied zwischen Fugazi und G.G. Allin an, da liegen Welten dazwischen. Arschlöcher gibt es in jeder Musikrichtung.

Larry: Und wer war jetzt eben das Arschloch?

Ralph: Also ich meine, G.G. Allin braucht kein Publikum, der braucht eine Therapie!

diskus: Habt Ihr eigentlich mit Euren Texten schon mal Schwie-



MARY'S NEW DRESS (ACT II, 5-8)

As my leftover thoughts from yesterday's meal
Turn into today's hunger pains they reveal
A rippled reflection of things left unsaid
In this nighttime playground, this cloud above my head.



rigkeiten bekommen, zum Beispiel, wenn Ihr irgendwo auftreten wolltet?

Ralph: Sehr selten. Ich kann mich nur an ein einziges Mal erinnern, als ein Veranstalter die Texte gelesen hat und danach die Show nicht mehr machen wollte. Insgesamt ist diese Musik-Szene aber ziemlich liberal.

diskus: Heißt das aber nicht auch, daß kaum jemand die Texte beachtet?

Ralph: Ich hoffe halt, daß die Leute sich die Platten zuhause genauer anhören und auch die Texte gut finden. Manchmal ist es ein bißchen frustrierend, wenn man sich vorstellt, daß die Dinge, um die es in den Texten geht, verlorengehen. Aber am Ende weiß wahrscheinlich doch jeder, worum es geht.

diskus: Ich war hier bei einem Konzert von Consolidated, wo die

Band nach dem Auftritt die Mikros genommen und sich mit dem Publikum unterhalten hat. Einerseits haben sie natürlich so eine missionarische Haltung, aber es war eben auch ganz interessant zu hören, was die Band und das Publikum eigentlich so denken.

Ralph: Da geht es halt um Konfrontation, und ich respektiere das, aber ich bin in dieser Hinsicht nicht sehr talentiert.

Larry: Ich hab sie auch gesehen, und da waren die Leute alle ihrer Meinung, und niemand hat seine Ideen verteidigen müssen. Das war keine Diskussion.

Ralph: Wenn sie nur predigen, dann ist das natürlich gerade das Gegenteil von dem, was sie eigentlich erreichen wollen. *But I respect them a lot.*

Das Interview führten Christoph Kind und Raymund Burghardt

BRITISH BOOKSHOP

The widest selection of British books in Frankfurt. We specialize in books on English/American literary criticism, history, sociology, economics and philosophy. Special reduction for bulk orders. Books not in stock are available by order at no extra charge.

Come and visit us, we're only 2 minutes from the Hauptwache.

The British Bookshop GmbH
Börsenstraße 17
D-6000 Frankfurt/Main 1
Tel. (0 69) 28 04 92



Methadonsplitter

Als 1988 das Frankfurter Polamidon-Programm zur Substitution Heroinabhängiger eingerichtet wurde, war das Geschrei groß. Man befürchtete ein Abrücken vom Gebot der grundsätzlichen Ächtung illegaler Drogen. Mittlerweile scheint die Substitution sogenannter Schwerstabhängiger zumindest als letzte Alternative zur Therapie im herkömmlichen Sinne, die auf die völlige Abstinenz der Klienten abzielt, in den Bereich des Vorstellbaren avanciert zu sein. Keinerlei Änderung hat sich dagegen in der Frage der Anhörung Betroffener zum Thema ergeben. Als jüngstes Beispiel hierfür sei die Experten-Anhörung der GRÜNEN im Hessischen Landtag vom 19. März zum Thema „Staatlich kontrollierte Freigabe von Heroin? Chancen und Risiken der praktischen Umsetzung“ genannt, zu der erst gar keine Substituierten als RednerInnen eingeladen wurden. Mit näherer Aufklärung über den doch etwas unverständlichen Titel der Anhörung kann der *diskus* zwar nicht aufwarten, die noch ausstehende kritische Kommentierung der derzeitigen Polamidon-Vergabepaxis durch einen Betroffenen soll aber bei uns nicht länger fehlen.

Der folgende Text ist ein Vorabdruck aus dem Sammelband *Methadonbehandlung*, herausgegeben von Horst Bossong und Heino Stöver, der im Herbst dieses Jahres bei Campus erscheinen wird.

Muß 'nen Zahn zulegen, sonst schaff' ich's nicht mehr, bis zwölf beim Arzt zu sein. Hätt's beinahe vergessen, heut' ist ja Mittwoch. Ist fast wie damals im Programm vom Gesundheitsamt. Punkt zwölf und keine Minute später durfte man antanzen. Die schickten einen tatsächlich wieder auf die Szene. Natürlich nicht offiziell. Die schicken einen wieder nach Haus'. Wissen natürlich, daß der Weg mit einem kleinen Umweg über die Taunusanlage verbunden ist. Alles aus erzieherischen Gründen. Das heißt, na-

türlich aus therapeutischen Gründen. Klingt professioneller. Verdamm! Noch zehn Minuten Zeit. Hoffentlich klappt's. Käm' mir sehr ungelegen, so 'ne Erziehungsmaßnahme. Hab' nur noch einen Heiermann einstecken. Ja, man gewöhnt sich wirklich an alles. Selbst ans Paradies. Jahrelang hab' ich davon geträumt, mal ganz offiziell Polamidon zu kriegen. Ohne Lügen erzählen zu müssen, ohne Streß mit gefälschten Rezepten, ohne das Risiko auf der Szene, statt Methadon Scheiße angedreht zu bekommen. Jahrelang hat mir mein Arzt Polamidon auf die Namen seiner Krebspatienten verschrieben, bis es für ihn immer heißer wurde. Das war ein Hammer, plötzlich sagt er zu mir: „Ich kann Ihnen leider keins mehr verschreiben. Ich habe keine Betäubungsmittel-Rezepte mehr. Ich habe auch noch keine bestellt, da ich die nicht mehr brauche. Wissen Sie, es gibt heutzutage so gute Schmerzmittel, daß man keine Betäubungsmittel mehr braucht.“ Bei mir bricht Panik aus. Ohne groß zu überlegen, ziehe ich einen Hunni raus und sage ihm: „Wissen Sie, mir geht es so beschissen zur Zeit, und ausgereicht morgen soll ich mich für eine Arbeit vorstellen. Wenn Sie mir nicht helfen, muß ich einfach nach Frankfurt fahren und mir da was besorgen!“ Er sieht den Hunni in meiner Hand und fängt an, in seiner Schublade zu kramen. Und wer sagt's denn; zufällig hat er noch ein Rezept. Seitdem war der Preis für das Polamidon zwischen uns für alle Zukunft festgelegt. Daß ich mal ganz offen und ohne Kohle mein Polamidon täglich erhalten würde, war fast eine paradiesische Vorstellung. Hatt's mir allerdings doch ein wenig anders vorgestellt.

Was ist denn da vorne los? Scheint wieder einer umgegangen zu sein. Ist schon verrückt. Dalauf' ich jeden Tag an der Taunusanlage vorbei zur Arztpraxis, um mein Methadon zu kriegen, und die Typen da in der Anlage müssen sich irgend so 'nen Scheiß drücken.

Der Rettungswagen fährt los, und ich erfahre von Tom, der mir gerade über'n Weg läuft, daß sie eben den Harri weggefahren haben. Es läßt sich auf die Schnelle nicht klären, ob wir denselben Harri meinen. Es darf einfach nicht der Harri sein. Mensch, wir haben zusammen angefangen zu drücken. 1970 war's. Fast alles hatten wir damals zusammen gemacht. Systematisch haben wir zusammen sämtliche Ärzte, Stadtteil für Stadtteil, abgeklappert. Mehrmals haben sich unsere Wege getrennt und wieder zusammen gefunden. Zuletzt in meiner einzigen Langzeittherapie vor drei Jahren. Die haben wir zusammen durchgezogen. Wir haben uns geschworen zu versuchen, trotz Therapie clean zu bleiben und zusammen was

aufzubauen. Naiv. Vom Obdachlosen-Asyl in Therapie. Und dort will man uns mit unzumutbaren Methoden die letzten achtzehn Jahre innerhalb von zwölf Monaten austreiben, indem man erwachsenen Männern und Frauen sagt, wann sie ins Bett zu gehen haben, wann sie Zigaretten rauchen dürfen und wann nicht, man erwachsene Menschen so behandelt, wie heute kein Pädagoge mit Kindern umgehen würde und bei einem Regelverstoß in die 'Schanddecke' stellt oder auf einen Stuhl mitten im Raum unter striktem Kommunikationsverbot (selbst ein solidarisches Zuzwinkern der Mitbewohner ist verboten), so lange zwingt, sitzen zu bleiben, bis man sich eine Strafe ausgedacht hat. Wo es kein Briefgeheimnis gibt und man uns vorschreibt, ab wieviel Therapiemonaten Sex erlaubt ist. Selbstverständlich muß das geplante Bumsen im Tagesplan notiert werden, der dann vom diensthabenden Therapeuten erst noch abgesegnet werden muß. 'Therapie statt Strafe' wird zu 'Therapie als Strafe'. Wer so was nicht mit sich machen läßt und abbricht, gilt als therapieresistent oder motivationschwach, und einen 'defizitären Charakter' kriegt er auch noch gleich mit angehängt.

Wir waren aber keine Deutschen Schäferhunde, die Dressur hat nicht hingehauen. So standen wir beide nach dieser Therapie ohne Wohnung, ohne Geld, ohne Arbeit da, mit einem Schein in der Hand, auf dem stand „Therapie erfolgreich abgeschlossen“; hab' ihn vor dem Sachbearbeiter auf dem Wohnungsamt zerrissen.

Zum Schluß haben wir einen kleinen Dienstleistungsbetrieb im Nadel-Park unterhalten, haben Löffel, frisches Wasser, Fil-

Neuerscheinung

GEGENSTANDPUNKT Politische Vierteljahresschrift 1-92

Deutschland 1991

Drangsale einer Nation
Eine Gendarstellung

Antikommunistischer Siegestaumel
für Intellektuelle

Das Verbrechen des Kommunismus

35 Jahre europäische Einigung
Was ist Europa? Was hat es vor?

Perestroika geglückt: Sowjetunion tot! Und jetzt?
Die Selbstzerstörung einer Supermacht
und ihre unheimliche Erbgemeinschaft

Die Stasi-Säuberung
Vom Nutzen des moralischen Fanatismus
im Rechtsstaat Deutschland

Bürgerkrieg in Jugoslawien
Ein Fall für europäische Weltordner

ISSN-Nr. 0941-5831 - 20,-DM

Erhältlich im Buchhandel oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 8000 München 40

DISS-Neuerscheinungen

Siegfried Jäger:

BrandSätze

Rassismus im Alltag

1992, 310 Seiten, 24,- DM

Der Autor untersucht, wie in alltäglichen Gesprächen deutscher Menschen rassistisch motivierte Handlungsbereitschaften und Haltungen auftreten und mit welchen Mitteln sie geäußert werden.

Siegfried Jäger:

Alltäglicher Rassismus

Materialband zum Buch BrandSätze

1991, 260 Seiten A-4, 38,- DM

Vollständiger Abdruck der 22 Interviews, die in "BrandSätze" analysiert werden

Andreas Foltzik / Rudolf Leiprecht / Athanasios Marvakis / Uwe Seid (Hg.):

"Ein Herrenvolk von Untertanen"

Rassismus-Nationalismus-Sexismus

1992, 202 S., 18,- DM

Texte einer Vortragsreihe zum Zusammenhang von Kolonialismus, Sexismus und Rassismus.

Mit Beiträgen von: Helma Lutz, Birgit Rommelspacher, Farideh Akashe-Böhme, Gottfried Mergner, Martha Mamozai, Georgios Tsiakalos, Walter Moßmann und Klaus F. Geiger

S. Jäger / F. Januschek (Hg.):

Der Diskurs des Rassismus

Ergebnisse des DISS-Colloquiums vom Oktober 1991

1992, 220 Seiten, 18,- DM

Sprachwissenschaftliche Analysen zum Thema Rassismus

Helmut Kellershohn:

"Frieden oder 'Rettet Israel'?"

Ein kritischer Rückblick auf die Golfkriegsdebatte

Die linken Kritiker der Friedensbewegung und ihr Beitrag zur neuen deutschen Normalität

1992, 56 Seiten, 6,- DM

A. Quinkert / S. Jäger:

"Warum dieser Haß in Hoyerswerda?"

Die rassistische Hetze von BILD gegen Flüchtlinge im Herbst 1991

1992, 51 Seiten A-4, 7,- DM

Dokumentation und Analyse der Kampagne, die in das Pogrom von Hoyerswerda mündete

Gesamtverzeichnis gegen 1,80 DM in Briefmarken

**Duisburger Institut für
Sprach- und Sozialforschung
DISS, Realschulstraße 51
DW-4100 Duisburg 1**

☎ 0203-20249

ter, Ascorbinsäure, Spritzen und was man sonst so braucht verliehen. Dafür haben uns unsere Kunden ihre Filter überlassen. Manche waren so kulant und haben sie uns schön feucht gelassen. Wenn man so zehn zusammen hatte, wo jeweils ein halbes Gramm durchgelaufen war, dann, na ja, dann war das halt besser als nix.

Irgendwann haben wir dann von einem Polamidon-Programm gehört. Hätten noch Plätze frei. Beim nächsten Turkey sind wir nichts wie hin. Voller Hoffnung. Vor Wut hätte Harri am liebsten die Bude dort auseinandergenommen. Zwölf Wochen würde es dauern, bis all die Formalitäten, also Anamnese, Vorgespräche und Untersuchungen, gelaufen wären. Und Harri brüllt los: „Ich brauch' aber jetzt sofort was! Ich hab' jetzt 'nen tierischen Affen, was nützt mir Pola in zwölf Wochen, seid ihr matt im Hirn!“

Dann waren die zwölf Wochen vorüber, und ich hab' rumgebrüllt: „Mensch, Harri! Hätten wir uns damals nur angemeldet, dann wären wir jetzt drin!“ „Dann geh' doch und meld' dich gleich an! Ich bleib' lieber hier und sammel' für mich Filter! Für mich. Hast du gehört?“ So bin ich dann halt auch geblieben. Wer weiß, was in den drei Stunden, wo ich mich auf diesem Amt rumgetrieben hätte, für Chancen hier im Park an mir vorbeigegangen wären. Und dann, zwölf Wochen später, hätten wir uns wieder in den Arsch treten können. So verging ein halbes Jahr. Aber danach haben wir's in Angriff genommen. Ich bin jetzt schon zwei Jahre drin, und seither haben sich unsere Wege selten gekreuzt. Ich konnte ihm kaum mehr in die Augen schauen. Er kam nicht rein in das Programm der „Ambulanz für Ausstiegshilfen“ des Gesundheitsamtes. Ausgerechnet Harri. Hat länger gedrückt und zwei Therapien mehr als ich. Harri hatte Pech. Harri war nicht HIV-positiv. Und eine „Ambulanz für Einstiegshilfen“ in die „Ambulanz für Ausstiegshilfen“ gibt es noch nicht. Ist das nicht ein seltsamer Eintrittspreis?

Meine Schritte werden langsamer. Hab' schon fast keine Lust mehr, es noch rechtzeitig zu schaffen. Würd' am liebsten umdrehen und mir 'nen Knaller machen. Was sind das für Spielregeln, nach denen das hier alles läuft? Und dann lege ich doch wieder einen Schritt zu. Hätte fast vergessen, daß ich ja keine Kohle einstecken hab'. Kann mir deshalb auch keine Sentimentalitäten leisten. Hätt' nach 20 Jahren Erfahrung fast vergessen, daß es bei diesem Programm gar nicht um uns geht. Ich Idiot. Es geht darum, den Freier zu schützen. Damit ungefährdet von Bett zu Bett hüpfen kann. Man muß die Positiven aussieben und den Freiern genügend HIV-negatives Frischfleisch servieren. Als Harri den Grund erfuhr, warum er nicht substituiert werden konnte, schrie er mit Tränen in den Augen: „Ihr Großstadt-Kannibalen! Ist mein Leben soviel wert wie das

Abspritzen irgend eines geilen alten Bocks?“ Harri, Du hast Dich getäuscht. Weniger. Wir sind weniger wert.

Die Straße verschwimmt vor meinen Augen. Verschämt wische ich die Tränen weg. Ich bin das Produkt einer seuchenhygienischen Maßnahme. Vielleicht hab' ich doch mehr von einem Deutschen Schäferhund an mir, als ich dachte. Sonst hätt' ich es nicht geschafft, schon zwei Jahre im Programm zu bleiben. Von wegen Paradies. Aus der Nähe betrachtet geht es um das alte Lied. Disziplinierung. Und zwar auf ganzer Linie. Denn wer es schafft, zwei Jahre drin zu bleiben, den hat man doch ganz gut abgerichtet, oder er hat bis jetzt Glück gehabt oder erfolgreich die Urin-Kontrollen umgangen oder sie manipuliert. Wir haben alle schnell gelernt. Und wie heißt das Mythos-Methadon-Spiel, das wir aufführen? „Des Kaisers neue Kleider.“

Aber selbst des Kaisers Kleider sind irgendwann mal alt. Was war das für eine Modeschau vor zwei Jahren, als das Programm neu eingerichtet wurde: Zeitung, Radio, Fernsehen, Drogenforen und Wahlveranstaltungen. Und wir erzählten das Blaue vom Himmel herunter. Denn was nützt es uns, den Junkies und den paar Akzeptanzlern, wenn wir nur von Feinden umringt sind. So bleibt uns nur, unseren drogentherapeutischen Souffleur nicht zu enttäuschen und uns nicht noch tiefer ins Fleisch zu schneiden. Zum Beispiel mit einem missionarischen „Seitdem ich Methadon kriege, fällt für mich der ganze Streß weg, und ich brauch' meine Tage nicht mehr auf der Szene zu verbringen.“ - Nur gut, daß niemand fragt: „Und warum bist du dann trotzdem jeden Tag auf der Szene?“

Es gibt genügend Leute, die sich freuen würden, wenn das alles nicht klappt. Das Einzige, was bei den Methadon-Contras ein wenig Gewicht hat, ist das Zauberwort „Arbeit“. Hauptsache, der ehemalige Drop-Out arbeitet wieder. Das ist der einzige Maßstab, der zählt. Und so hab' ich mich viel zu früh dazu entschlossen, arbeiten zu gehen. Außerdem, was fängt man den ganzen Tag an, wenn man keine Kohle einstecken hat? So hab' ich vorerst weiter Pumpen auf der Szene verkauft, hat mir immerhin einen Hunderter pro Tag eingebracht. Ich konnte mir nicht vorstellen, von der Stütze allein zu leben. Meistens kam natürlich gerade wenn ich die Kohle zusammen hatte, die man braucht, um einen Tag angenehm zu verbringen, ein Typ mit besonders gutem Koks. So wäre ich schon fast nach den ersten paar Wochen wieder aus dem Programm geflogen.

Sex and Drugs and Rock'n'Roll - hab' das Lied vor Jahren bis zum Geht-Nicht-Mehr gehört. So ähnlich könnte man meine Drogenzeit auch beschreiben. 1970 hieß das Lied wirklich noch *Sex and Drugs and Rock'n'Roll* für mich; 1978 wurde daraus langsam *Sex and Drugs and Drugs* und 1985

dann nur noch *Drugs and Drugs and Drugs*. Und da sag' einer, wir Junkies seien ein fauler Haufen. Mit euren Verboten ist ein Fulltime-Job daraus geworden. Kaum ein Spitzenmanager arbeitet soviel wie ein Durchschnittsjunkie. Hatte ja schon fast Workaholic Charakter. War ja wirklich fix und fertig, wie ich ins Polamidon-Programm gekommen bin. Halt wie ein Workaholic nach einem Gehirnschlag. So mußte ich erst mal wieder lernen zu gehen. Ich meine, so ganz normal durchs Leben zu gehen. Hab' ich doch alles verlernt gehabt, Leben, Lust und Laune und Liebe, Lachen und Lesen. Nach Jahren hab' ich mich wieder verliebt. Nicht nur in eine Frau. Ins Leben. Bin zum ersten Mal morgens ohne Wecker aufgewacht. Konnte kaum abwarten, daß der Tag endlich losgeht. Täglich bin ich ein Stück gewachsen. Nicht nur mein Bauch, der hat sich von seiner konkaven Form erholt. Und dann kommt der Superhammer. Nach acht Jahren mein erster Kuß. Nach acht Jahren zum ersten Mal wieder die Hand eines Menschen gehalten, die Wärme ihres Körpers hab' ich durch meine Kleider gespürt, beim Abschiedskuß. Und zu Hause im Bett brechen dann all meine Gefühle, ausgelöst durch den Kuß, über mich herein. Und ich muß heulen. Stundenlang. Was ich mir antun mußte, weil die Gesetze so sind, wie sie sind.

Meine Glückssträhne hielt lange vor. Ich

finde eine Wohnung, nach Jahren meine eigenen vier Wände. Aber die Grenzen sind bald erreicht. Denn ich bin schon lange nicht mehr der, der vor zwei Jahren in das Programm kam. Das Programm aber ist dasselbe geblieben. Das wächst nicht mit. Und nun wird mir das Leben hier zu eng. Wie eine Jacke, die mich am Anfang geschützt hat, wird es einer Zwangsjacke immer ähnlicher. Ich bin noch lange nicht an den Grenzen meines Wachstums. Ich will reisen, weg aus Frankfurt. Jahrelang Kaisersack gehen einem auf den Keks. Ich will meine Familie mal wieder besuchen. Aber ich kann nicht fahren, denn das Gesetz untersagt selbst Wochenendrationen zur Mitnahme. Ich weiß nicht wohin mit meiner Wut, meiner Hilflosigkeit, als schnurstracks auf die Szene zu rennen und mir einen dicken Knaller zu holen. Es ist schwer, eigenverantwortlich zu handeln, wenn man ständig wie ein Kind behandelt wird.

Es ist sehr frustrierend, wenn man das für Junkies seltene Glück hat, einige Freunde außerhalb der Szene gefunden zu haben und bei jeder Wochenendfahrt und jedem Urlaub als einziger zu Hause bleiben muß. Die Befürchtung, eine Vergabe von Take Home-Dosen könne dazu führen, daß Polamidon auf den Schwarzmarkt gelangt, zeigt doch nur, wie groß der Bedarf nach einem Entzugsmittel ist. Denn kein Mensch kauft sich

Methadon, wenn er zur selben Zeit Heroin bekommen kann. Ich habe bei meinem Arzt Pola immer nur besorgt und teuer bezahlt, wenn ich mich runterdosieren wollte. Kauft jemand Pola auf dem Schwarzmarkt, sollte man das eher unterstützen.

Unsere große Hoffnung war die Ausdehnung der Substitution auf die niedergelassenen Ärzte. Dort sitzt das Korsett vielleicht nicht ganz so eng. Zumindest brauche ich mich nicht an eine exakte Vergabezeit zu halten. Kann täglich individuell, flexibel mein Kommen selbst bestimmen. Die Vergangenheit, die Vorurteile und das Stigma haben uns aber bald eingeholt. Ständig erfahren wir, daß wir keine normalen Patienten bei den Ärzten sind. Denn wir sind "nur" Junkies. Man vergißt nicht, uns dies immer wieder vor Augen zu halten. Oft sind es Kleinigkeiten. Aber viele Kleinigkeiten ergeben zusammen auch ein Gewicht. Da treffe ich bei der Vergabe den Hans. Wir wechseln ein paar Worte, als plötzlich der Doc angeschossen kommt und uns anmacht, ob wir das nicht draußen machen könnten, ich hätte mein Zeug doch schon bekommen und solle verschwinden. Auch die Apothekerin behandelt mich anders als andere Kunden, obwohl sie ein gutes Geschäft mit mir macht: Meine tägliche Ration Polamidon kostet allein schon 360 Mark im Monat; dazu kommt wegen meinem Virus das Medikament zum

diskus-Abo

Der *diskus* erscheint vierteljährlich (2 x pro Semester).

- ☐ Ich abonniere den *diskus* zum laufenden Bezug für 2 Semester (4 Ausgaben) zu 20,- DM.

einen Verrechnungsscheck über 20,- DM, bzw. einen 20,- DM-Schein habe ich beigelegt.

Name: _____

Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Das Abo verlängert sich nicht automatisch.

Bestelladresse: *diskus*-Verlag - Abo - Jügelstraße 1, 6000 Frankfurt am Main 1

Inhalieren, das kostet nochmal 600,- DM. Das Arbeitsamt behandelt Substituierte bei Umschulungsfragen vollkommen anders, und die Liste ließe sich fortsetzen.

So ist dann der anfängliche Optimismus bald verpufft, und das Leben pendelte sich nun langsam ein und pendelte weiter bis zur ersten Pechsträhne. Und langsam aber sicher nach einem Jahr völliger Nüchternheit stellt sich bei mir der Wunsch ein, wieder ab und an einen Kick zu erleben. Und dieser Wunsch wird immer größer, denn selbst wenn Polamidon den Opiathunger stillt, das Bedürfnis nach einem Kick stillt es nicht. Und das ist nach wie vor da, wie bei jedem anderen Menschen auch. Jedem Bürger gesteht man zu, ab und an einen über den Durst zu trinken. Für mich war dieses Bedürfnis nach einem Kick und einem Rausch in den letzten 20 Jahren ein entscheidender Teil meines Lebens. Ausgerechnet Junkies will man das Ausleben dieses Wunsches total verbieten. Dafür gibt es kein Substitut. Langsam zeigt sich der wahre Hintergrund des Programms, die Disziplinierung wird immer deutlicher spürbar. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß nach den Verträgen, die wir mit den substituierenden Ärzten schließen müssen, der Beikonsum von Drogen vollkommen verboten ist. Die Praxis sieht natürlich anders aus. Aber hat mich mein Arzt auf dem Kieker, dann kann er mich nach einem einzigen Rückfall vor die Tür setzen.

Ich finde es unverständlich, wieso man ausgerechnet an Junkies Maßstäbe anlegt, die man keinem anderen Menschen zumuten würde. Schließlich ist die drogenfreie Gesellschaft eine Illusion. Der unkontrollierte Nebengebrauch von Drogen ist erst dann etwas einzudämmen, so man es unbedingt will, wenn ich mich entscheiden kann, ab und an auch mal injizierbares Polamidon (was leicht euphorisierend wirkt) zu nehmen. Will man diese Entscheidung nicht mir selbst überlassen, sollte ich zumindest die Möglichkeit haben, das mit meinem Arzt abzuklären. Selbst bei einer Freigabe sämtlicher Opiate glaube ich, daß ich weiterhin bei Polamidon bleiben würde, um dann nur ab und zu Morphin oder Heroin zu konsumieren. Gerade in so einer konsumorientierten Umwelt, in der es Werbung gibt, die lautet: „Bei uns sparen Sie so viel, daß Sie sich davon einmal sinnlos besaufen können.“ Wie und vor allem wann soll ich denn lernen, mit meinen Rauschbedürfnissen umzugehen? Daß ich es lernen kann, habe ich schon erlebt.

Die ganze Substitution ist im Prinzip nichts Neues. Es bleibt alles beim Alten. Es ist nach wie vor die hochschwellige, nicht-akzeptierende Drogen'hilfe'. Auf der einen Seite will man uns für den Arbeitsmarkt fit machen, schafft aber so irreale Bedingungen, daß spezielle Arbeitsmaßnahmen und Werkstätten für Rehabilitation bereitgestellt werden müssen, die sich auf diese realitäts-

fremden Voraussetzungen einstellen. Und statt raus ins Leben zu treten, treten wir wieder in ein Getto ein. Erst wenn ich mich in meinem Leben so bewegen kann, daß ich in meiner Umgebung nicht wider Willen auffalle und ständig anecke, habe ich eine reale Chance zu lernen, mich dieser Gesellschaft zu stellen. Würde ich heute das Polamidonprogramm verlassen, würde sich in meinem Leben selbst nach langjähriger Substitution auf einen Schlag soviel ändern, daß ich unter Umständen gar nicht damit umgehen könnte.

Würde man Drogen'hilfe' nach unseren Bedürfnissen und Wünschen ausrichten und nicht nach denen irgendwelcher Kommissionen, für die wir abstrakte Größen sind, müßten die Polamidonprogramme grundsätzlich verändert werden.

Kein Junkie wird auf seinen Kick verzichten, weil es der ‚Kassenärztliche Vertrag‘ so will. Ziel ärztlichen Handelns sollte doch wohl an erster Stelle das Überleben der Betroffenen sein. Erst wenn dies garantiert ist, sollte man sich Gedanken über weitergehende Ziele, wie beispielsweise Abstinenz, machen.

Man sollte sich darüber im klaren sein, daß die, die man heute in die Programme läßt, so ziemlich die fertigsten unter den Junkies sind. Die, die jahrelang vom „War on Junkies“ zermürbt wurden, die HIV-Infizierten, die Altfixer, die nur wenig zu verlieren haben. Und wir sollen beweisen, daß Methadon eine brauchbare Alternative ist.

Hat man in den letzten 20 Jahren Drogenhilfe wirklich so wenig gelernt? Vielleicht gehe ich ja von der falschen Voraussetzung aus, wenn ich annehme, daß es überhaupt um Hilfe geht, was bei den Drogenhelfern eine Bereitschaft zu lernen einschließen müßte.

Soll Methadon nicht nur eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Ärzte, Therapeuten, Sozialarbeiter usw. sein, sondern darüber hinaus auch uns Betroffenen etwas bringen, so kann dies nur heißen: Weg mit den Methadon-Programmen, wir brauchen keine Programme, wir brauchen einfach nur Methadon als Angebot für ‚jeden‘, der dies als Hilfe für sich nutzen will.

Ob und für wen Methadon eine Hilfe sein wird, kann nicht durch ‚Kassenärztliche Richtlinien‘, durch Politiker oder gewerbliche Therapieunternehmen bestimmt werden. Denn was einem Menschen wirklich hilft, kann letzten Endes nur er selbst beurteilen. Hilfe läßt sich nicht erzwingen.

Ulrich Winternitz

1 9 9 9

Zeitschrift für Sozialgeschichte des
20. und 21. Jahrhunderts 4/91

Kommentar Vom Eigen-Sinn der
Utopie

Volker Ullrich »Wir haben nichts

gewußt« – Ein deutsches Trauma

Birthe Kundrus/Astrid Schulte-

Zweibel Frauenarbeitseinsatz in

Hamburg 1939-1943

Sander F. Gilman Seuche in

Deutschland 1939/1989

Dokument Streiks im »Dritten

Reich«

Die Zeitschrift erscheint seit Herbst 1986 vierteljährlich, hat einen durchschnittlichen Umfang von 190 Seiten und bringt Kommentare, Dokumente, Diskussionen und Forschungsergebnisse zur Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.

Ursprünglich aus den »Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik« hervorgegangen, hat die 1999 seit der Gründung ihr Themenspektrum über den Bereich nationalsozialistischer Gesundheits- und Sozialpolitik hinaus erheblich erweitert. Mit der Veröffentlichung unbekannter Dokumente und kritischer Zeitgespräche stellt sie sich bewußt in die Tradition der Gegeninformation und ist für Außenseiter und Basishistoriker ebenso offen, wie für Repräsentanten des Fachs. Ein Netz von Auslandskorrespondenten sorgt dafür, daß Provinzialität nicht aufkommt und wichtige Lernprozesse der historiographischen Community auch entlegenerer Sprachen zur Kenntnis genommen werden.

Fordern Sie ein kostenloses
Probeexemplar an!

Volksblatt Verlag
Postfach 250 405 • 5000 Köln 1



Sachsenring 2-4 5000 Köln 1

VOLKSBLATT VERLAG

Tel. 0221 / 31 70 87 Fax 31 47 11

Les amis du roi

Mohammed Abdelaziz, Generalsekretär der Frente POLISARIO und Präsident der 1976 im algerischen Exil proklamierten Sahraui Arabischen Demokratischen Republik, bereist derzeit die Staaten der EG und die USA. Ziel seiner Mission ist es, politische Unterstützung zur Durchsetzung des UNO-Friedensplans zu finden, der einen Waffenstillstand in der marokkanisch besetzten Westsahara vorsieht, damit das ebenfalls geplante Unabhängigkeitsreferendum endlich stattfinden kann. Der seit 1990 vom Sicherheitsrat und von der Vollversammlung diskutierte, mit beiden Seiten - Marokko und der Frente POLISARIO - abgestimmte und im April 1991 schließlich verabschiedete Plan sieht zunächst vor, eine UN-Mission zur Vorbereitung eines Referendums in der Westsahara (MINURSO) zusammenzustellen, die den weiteren Ablauf vor Ort begleiten und garantieren würde. Nach Zeitplan hätte bis zum Januar 1992 ein Fünf-Punkte-Programm (Waffenstillstand und teilweise Rückführung marokkanischer Truppen, Rückkehr von etwa 150.000 Sahrauis aus den Flüchtlingslagern in Algerien, Erstellung von Wahllisten, Errichtung von Wahlstellen, Wahlkampf) abgeschlossen sein sollen, um das Referendum über die Alternativen „Zugehörigkeit zu Marokko“ oder „Unabhängigkeit“ durchzuführen. Andauernde marokkanische Verzögerung und Sabotage, insbesondere militärische Offensiven gegen die sahrauische Infrastruktur und die Siedlungspolitik des Königreichs im Norden der besetzten Westsahara, brachten diesen Zeitplan zum Scheitern.

Die Politik der Frente POLISARIO scheint - nach insgesamt annähernd zwanzig Jahren Kampf gegen die spanischen, später mauretanischen und marokkanischen Okkupationstruppen - trotz allem auf die Realisierung des UNO-Friedensplans zu zielen. So äußert Abdelaziz in Interviews, wobei er vollkommen innerhalb der durch die UN-Charta vorgegebenen Ordnung argumentiert, die anhaltende marokkanische Besetzung der Westsahara sei zu vergleichen mit der Besetzung Kuwaits durch den

Irak und leitet daraus Forderungen nach Sanktionen, Wirtschaftsboykott oder auch einer militärischen Intervention ab (vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 8.4.1992). Solche auf Diplomatie zurückgenommene Politik deutet darauf hin, daß sich die Kräfteverhältnisse, in denen sich die Frente POLISARIO heute bewegt, gewandelt haben. Eher traditionelle Interpretationen, die den imperialistischen Charakter des Unternehmens UNO hervorheben oder verschwörungstheoretische Hinweise auf offensichtliche ökonomische Interessen in der Region geben, zeigen angesichts dieser Veränderungen ihre Schwächen.

In der Entwicklung des Westsahara-Kriegs spielen im wesentlichen drei Faktoren eine Rolle, die zugleich den status quo über Jahre charakterisierten: Erstens die Unterstützung der Frente POLISARIO durch Algerien (und zeitweilig auch durch Libyen), zweitens die Stabilität des Königreichs Marokko unter Hassan II. und drittens schließlich der Gleichklang in der Politik Westeuropas und der USA in der Region unter unbestrittener US-Hegemonie. Diese Bedingungen haben sich in der letzten Zeit grundlegend verändert. Die algerische Unterstützung der sahrauischen Befreiungsbewegung ist künftig aufgrund der Krise, in der sich dieser Staat und die ihn tragende FLN befinden, mehr als fragwürdig, unabhängig von ihrem weiteren Verlauf: Auf der einen Seite gibt es zwischen dem politischen Islamismus der Heilsfront (FIS) und dem säkularen Sahraui-Nationalismus der Frente POLISARIO keine Berührungspunkte. Auf der anderen Seite gilt der jetzige Staatschef Algeriens, Mohamed Boudiaf, der zudem 27 Jahre im marokkanischen Exil lebte, als Freund einer Neuauflage panmaghrebinischer Zusammenarbeit, wie sie schon einmal Mitte der 80er Jahre in Abkommen zwischen Marokko, Algerien und Libyen vereinbart worden war. Der Verlust eines Teils der militärischen und logistischen Unterstützung für die Frente POLISARIO war damals eine Folge. Doch auch der Mythos vom stabilen Marokko beginnt langsam zu bröckeln. Der

Aufstand der berberischen „Minderheit“ gegen die anhaltende Arabisierungspolitik, der blutig niedergeschlagene Aufruhr von Fès im Dezember 1990, die Massendemonstrationen gegen die Unterstützung der USA im Golfkrieg, nicht zuletzt der Aufruf zum Generalstreik im März 1992 zeigen nicht nur die Konfliktlinien, sondern auch die sozialen Kräfte, die das Regime von Hassan II. binnen kurzem stürzen könnten. Für die Sahrauis wäre dies allerdings nur bedingt eine Hoffnung: Mehr Stabilität als das Regime dürfte der großmarokkanische Nationalismus, der auch wesentliche Teile der Opposition prägt und der die Westsahara als unabtrennbaren Teil Marokkos ansieht, allemal zeigen. Die Krise der imperialistischen US-Hegemonie schließlich läßt auch Differenzen in der bisher monolithisch scheinenden Politik von USA und EG-Staaten im Westsahara-Konflikt hervortreten. Vor allem in Frankreich mehrten sich Stimmen, die - angesichts der als ausgemacht geltenden deutschen Hegemonie über Ost- und Südosteuropa - eine stärkere Konzentration der französischen Politik auf den Mittelmeerraum, vor allem die Staaten des Maghreb, als dringende nationale Aufgabe einfordern. Ein solches hegemoniales Projekt kann durchaus einen selbständigen Staat Westsahara mit einschließen.

Die gegenwärtige Politik der Frente POLISARIO scheint die hier nur grob skizzierten Widersprüche als Chancen nutzen zu wollen. Ob am Ende der Entwicklung eine unabhängige Sahraui Arabische Demokratische Republik steht, ist unklar. Keinesfalls jedoch sollte die Konstitution eines Nationalstaats verwechselt werden mit sozialer Befreiung. Beides zu verhindern ist Ziel der Politik des Königs, der sich als Nachfahr des Kalifen Hasan (625 bis 669 n.u.Z.) wähnt, und seiner Freunde.

Thomas Atzert

Glaubte man dem marokkanischen Außenminister Abdellatif Filali, so gab es am 15. Januar 1992 „einen Skandal im Europaparlament“, eine „offene und eklatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ Marokkos. Was war geschehen? Am 15. Januar stand die Verlängerung der EG-Kooperationsabkommen mit den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens auf der Tagesordnung des Europaparlamentes. Marokko sollte für die Jahre 1992 bis 1996

Zuschüsse und Kredite in Höhe von 438 Millionen ECU (fast 1 Milliarde DM) erhalten. Auf Ministerratsebene waren die Finanzvereinbarungen mit Marokko längst unterzeichnet. Die Zustimmung des Europaparlamentes schien nur noch eine Formsache. Schließlich hatte gerade noch eine Delegation dieses Parlaments auf Einladung des marokkanischen Außenministers Filali das nordafrikanische Land besucht und dabei „Bewunderung für die Fortschritte“ Ma-

rokko geäußert. (Marokkanische Presseagentur MAP, 19.1.1992)

Daß unter dem Regime von Hassan II. bis heute Demonstrationen zusammengeschossen und Gefangene gefoltert werden, hat die Zusammenarbeit der EG mit Marokko bisher offenbar ebenso wenig gestört wie die Tatsache, daß Hassan seit 1975 die Westsahara besetzt hält und in diesem Land gegen die Befreiungsbewegung Polisario Krieg führt. Im Gegenteil: Seit Kriegsbeginn er-

hielt das Regime von der EG Finanzspritzen zur Aufbesserung der leeren Kriegskasse in Höhe von mehr als einer Milliarde DM.

Doch dieses Mal schien alles anders zu laufen: Das Europaparlament diskutierte ausführlich über die Verlängerung des Finanzprotokolls mit Marokko und vor allem über das Thema Westsahara. Dabei kam auch die Art und Weise zur Sprache, wie der marokkanische Diktator nach mehr als sechzehn Jahren Krieg jetzt auch noch jeden Versuch behindert, den UN-Friedensplan für die Westsahara umzusetzen. Diesen hatten im Frühjahr 1991 immerhin der Welt-sicherheitsrat und die UN-Vollversammlung einstimmig (!) angenommen.

200 Millionen Dollar und eine UN-Friedenstruppe von 2700 Mann waren bereitgestellt worden, um bis Ende Januar 1992 ein Referendum in der Westsahara vorzubereiten, bei dem die Sahrauis selbst darüber

entscheiden sollten, ob sie nun unabhängig sein oder zu Marokko gehören wollen. Doch im Januar 1992 gab es keine Volksabstimmung in der Westsahara, und es ist ungewiß, ob sie überhaupt zustande kommt. Als Gründe für die Verschiebung des UN-Referendums nannte die Abgeordnete Dorothee Piermont im Europaparlament: „Notre ami, le roi du Maroc, verweigert dem Volk der Sahrauis wegen des Westsahara-Phosphats die Selbstbestimmung, hält die dorthin entsandten UNO-Beobachter zum Narren, verkehrt das von der UNO mit seiner Zustimmung beschlossene Referendum durch Einschleusung von zigtausend MarokkanerInnen vorab in sein Gegenteil und erreicht schließlich eine Verschiebung des fest terminierten Referendums auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Und dafür will ihn das Europäische Parlament durch Zustimmung zum vierten Finanzprotokoll noch belohnen!“

Es wollte schon, doch diesmal gelang es nicht auf Anhieb: Zwar stimmten 246 Europaabgeordnete für die weitere Förderung der marokkanischen Diktatur. Aber es gab 110 Gegenstimmen und sechzehn Enthaltungen, und damit wurde die für die Ratifizierung des Abkommens erforderliche absolute Parlamentsmehrheit von 260 Stimmen nicht erreicht. Die Folge: die Auszahlung der Kredite an Marokko war gestoppt. Erstmals schien durchgesetzt, was Solidaritätsgruppen seit Jahren fordern, nämlich Wirtschaftssanktionen gegen Marokko auf Grund seiner Haltung im Westsaharakrieg. Doch letztlich handelte es sich nur - wie schon das Stimmenverhältnis im Parlament zeigt - um eine Panne im politischen Getriebe der EG, die schnellstmöglich repariert werden sollte. Kaum drei Wochen nach der Parlamentsentscheidung erschien folgende Meldung: „Die EG-Außenminister haben nach Angaben des amtierenden Ratspräsidenten, Joao de Deus Pinheiro, das Europäische Parlament (...) ersucht, seine Haltung hinsichtlich der Ratifizierung der mit (...) Marokko ausgehandelten Finanzprotokolle zu überprüfen. Wie Pinheiro mitteilte, halten die Außenminister angesichts der engen Beziehungen zwischen den Maghreb-Ländern bei der jetzigen Situation in Algerien die Weigerung der Ratifizierung für wenig angebracht.“

Tatsächlich ist die Bedeutung der marokkanischen Diktatur für die EG seit dem Wahlsieg der Islamischen Heilsfront in Algerien noch weiter gestiegen. Schließlich läßt Hassan II. seit drei Jahrzehnten konsequent jede antiwestliche Strömung im eigenen Land - ob Linke oder islamische Fundamentalisten - verfolgen, verhaften, foltern und ermorden. Außerdem bot er den Innen- und Justizministern der EG bei einem Treffen der sogenannten TREVI-Gruppe im letzten Jahr an, bei der Abschottung der „Festung Europa“ gegenüber Flüchtlingen aus dem Maghreb zu assistieren. Konkret versprach Innenminister Driss Bassri seinen EG-Kollegen, mögliche Flüchtlinge schon „an den Außengrenzen der EG“, also etwa in Häfen und auf Flughäfen in Marokko, abzufangen. Dafür muß die EG bezahlen. Und schon deshalb müssen die Finanzprotokolle - wie auch immer - durchs Europaparlament gebracht werden.

Außerdem gab es noch andere handfeste Gründe: Marokko hat angedroht, „seine“ Gewässer - und damit sind auch die der Westsahara gemeint - für spanische und portugiesische Fischerboote zu sperren. Eine Verlängerung der EG-Fischereiabkommen mit Marokko steht an. Sogleich traten EuropaparlamentarierInnen aus den beiden iberischen Ländern zu Entschuldigungs- und Bittgängen bei der marokkanischen Regierung an. Sie garantierten, eine neue Abstimmung im Europaparlament durchzusetzen und dabei eine ausreichende Stimmenzahl für die weitere finanzielle Zusammenarbeit



der EG mit Marokko zusammenzubringen. Ende Februar hieß es schon, das Europäische Parlament werde „voraussichtlich im April oder Mai erneut“ über die Finanzprotokolle mit Marokko abstimmen - wenn die EuropaparlamentarierInnen nicht so votieren, wie es den EG-Außenministern paßt, soll offensichtlich die Abstimmungsprozedur so lange wiederholt werden, bis das in ihrem Sinne Richtige dabei herauskommt.

Ähnlich wie die EG verhält sich auch die UNO gegenüber dem marokkanischen Herrscher. Dieser macht die Westsahara schlicht zu militärischem Sperrgebiet. Einem Bericht des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im US-Senat von Anfang Februar zufolge haben marokkanische Streitkräfte Mitglieder der UN-Truppe MINURSO sogar mit Waffengewalt daran gehindert, bestimmte Gebiete der Westsahara zu besuchen. Dabei sollte die MINURSO längst den Abzug von 100 000 marokkanischen Besatzungssoldaten in die Wege geleitet und die restlichen 60 000 an festgelegten Orten zusammengezogen haben. Nach dem Bericht des US-Senators konnten jedoch bis heute kaum mehr als ein Zehntel der geplanten MINURSO-Soldaten in die Westsahara einreisen. Für die Behinderung und Verzögerung des Friedensplans wird eindeutig Marokko verantwortlich gemacht. Ein Offizier der UN-Friedenstruppe erklärte: „Wenn mich meine Leute fragen, warum die UNO nicht mit der Faust auf den Tisch schlägt, warum sie das Verhalten der marokkanischen Regierung nicht verurteilt, muß ich bekennen, daß ich mir dieselbe Frage stelle. Auch ich frage mich, was sich hinter der Passivität der UNO verbirgt.“

Eine Antwort auf diese Frage lautet, daß UNO-Friedenstruppen bei der Durchsetzung ihrer Vorhaben immer nur so stark sind, wie es diejenigen zulassen, die sie schicken. Das heißt, daß immer auch wirtschaftliche und politische Interessen der Staaten eine Rolle spielen, die in der UNO das Sagen haben. Und diese sahen während der vergangenen sechzehn Jahre des Krieges in der Westsahara ihre Interessen stets besser durch die Besatzungsmacht Marokko vertreten.

Alle fünf ständigen Mitglieder des Welt sicherheitsrates, die USA, die frühere Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und selbst die Volksrepublik China lieferten Marokko nach 1975 Waffen für seinen Krieg in der Westsahara. Frankreich wurde gar zum wichtigsten Rüstungslieferanten der marokkanischen Diktatur. Aus Großbritannien kamen Kanonen und Militärjeeps. Die Sowjetunion unterzeichnete während des Krieges einen „Jahrhundertvertrag“ mit Marokko über den Ausbau einer Phosphatmine. Und die USA erhöhten schon 1975, im Jahr vor der marokkanischen Invasion in der Westsahara, ihre Militärhilfe an Marokko

um nicht weniger als das Dreißigfache. Später schickten sie Hassans Besatzungsarmee Panzer und Raketen, Minen und sogar völkerrechtlich geächtete Splitterbomben. An der Zusammenarbeit der genannten Staaten mit Marokko hat sich bis heute nichts geändert.

Bis heute ist die US-Administration bei der Einschätzung geblieben, daß Hassan II. eine formelle Unabhängigkeit der Westsahara im eigenen Land nicht überleben würde. Zu groß wäre der Gesichtsverlust nach mehr als sechzehn Jahren Krieg. Doch einen Sturz von Hassans Regierung wollen die USA, die NATO und die EG verhindern, nicht zuletzt mit Hilfe der UNO.

Laut einem NATO-Report von 1986 geht es darum, in Marokko „das Überleben eines moderaten, prowestlichen Regimes“ am „südlichen Rand des Bündnisgebietes“ zu sichern. Immerhin liegt hier der von europäischen Militärstrategen als „überlebenswichtig“ eingeschätzte Zugang zum Mittelmeer. Außerdem stellt Marokko den USA und damit der NATO Stützpunkte „auf dem halben Weg zum Golf“ zur Verfügung. Im August 1990 war Hassan II. zudem der erste arabische Herrscher, der seine Soldaten an der Seite der USA in die Kriegsallianz gegen den Irak einreichte. Hassan weiß, was er seinen Freunden und Förderern schuldig ist. Diese revanchieren sich heute, indem sie seine Obstruktionspolitik gegen den offiziell von allen Seiten befürworteten Friedensprozeß in der Westsahara zulassen und decken.

Einmal mehr läßt sich die UNO hier für die Interessen der mächtigsten Staaten im Welt sicherheitsrat funktionalisieren. Offensichtlich wollen die Auftraggeber der UNO-Truppen nur ein Ergebnis zulassen: den Anschluß der Westsahara an Marokko. So enthält schon der in vielen Details ausgetüftelte UN-Friedensplan keinerlei Bestimmungen für den gegenteiligen Fall, für die Zeit nach einer möglichen Entscheidung der Sahrauis für ihre Unabhängigkeit. Es gibt keine Regelung, wer dann den Abzug der marokkanischen Truppen und Polizisten, die Übergabe der Verwaltung und der von den marokkanischen SiedlerInnen besetzten Städte und Wohnungen an die Sahauris überwachen soll. Nach einer kritischen Durchsicht dieses UN-Friedensplanes kam auch eine internationale Juristenkommission zu dem Schluß, daß darin alles so angelegt sei, als ginge es lediglich um die Bestätigung der Marokkanität der Westsahara.

Entsprechend verhalten sich auch die UN-Verantwortlichen. So nutzte etwa Pérez de Cuéllar seine letzten Tage als UN-Generalsekretär ausgerechnet dazu, eindeutig für die Besatzungsmacht Marokko Partei zu ergreifen. Eines seiner Hauptziele hat Marokko unter de Cuéllars Amtszeit erreicht: Das Referendum ist wieder einmal vertagt. Und inzwischen hat Marokko selbst sogar

Sitz und Stimme in dem Gremium, das die weitere Durchführung des Friedensplanes in der Westsahara kontrollieren soll: Marokko rückte in den Welt sicherheitsrat nach. Bis 1993, solange dauert dort sein Mandat, hofft Hassan II. mit Hilfe der UNO das „Westsaharaproblem“ in seinem Sinne gelöst zu haben. Er hat dafür inzwischen möglicherweise einen noch besseren Verbündeten gefunden. Ende Dezember wurde der neue UN-Generalsekretär, Butros Ghali, vom Welt sicherheitsrat beauftragt, in zwei Monaten einen neuen Bericht und einen neuen Zeitplan für das Referendum vorzulegen. Ghali „qualifizierte“ sich für sein Amt als UN-Generalsekretär im ägyptischen Außenministerium. Dort machte er sich schon um die Interessen der USA im Nahen Osten verdient, als 1977 das Camp David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten ausgehandelt wurde. Die Delegationen dieser Länder trafen sich damals auf Einladung des marokkanischen Königs, mehrfach auch in Rabat. Hassan II. gehörte schließlich zu den wenigen Unterstützern des Camp David-Abkommens, als dessen „Architekt“ Butros Ghali gilt. Nicht zuletzt dafür erhielt Marokko unmittelbar nach Unterzeichnung des Camp David-Abkommens Waffen aus Israel wie aus Ägypten für seinen Krieg in der Westsahara.

Vor diesem Hintergrund überrascht der Inhalt des von Ghali Ende Februar vorgelegten Berichtes zum Stand des UN-Friedensplanes für die Westsahara nicht mehr. Statt den marokkanischen Sabotageversuchen energisch entgegenzutreten, fordert Ghali in seinem Bericht die Frente Polisario nur einmal mehr dazu auf, Kompromisse mit Marokko zu suchen. Er setzte dafür eine Frist von drei Monaten, bis Ende Mai. Ansonsten - so Ghali - müsse das Westsahara-Problem völlig neu erörtert werden. Seine Stellungnahme enthält damit auch die Drohung, daß sich die bislang so erfolgreichen UNO-Friedenstruppen auch wieder ganz aus der Westsahara zurückziehen könnten. Nach einem Jahr und den Ausgaben von rund 60 Millionen US-Dollar ist der UNO-Friedensprozeß in der Westsahara damit heute mehr gefährdet als noch im April 1991.

Karl Rössel

Nachdruck aus *Zürcher Wochenzeitung*, Nr. 13, 27. März 1992

* Zur Geschichte des Westsahara-Krieges vgl.: Rössel, Karl: *Wind, Sand und (Mercedes-) Sterne*, Bad Honnef 1991

„Frauen sind die Neger aller Völker“

Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus

Bereits 1967 hat Karin Schrader-Klebert in ihrem Aufsatz *Die kulturelle Revolution der Frau* (Kursbuch 17) provokativ formuliert: „Frauen sind die Neger aller Völker und der kollektiven Geschichte“. Was „Klassikerinnen“ des Feminismus vor und nach ihr weniger deutlich aussprachen, bringt dieser Satz auf den Punkt: die Selbstgewißheit der eigenen Unterdrückung läßt die Unterschiede zwischen den Frauen vergessen. Der Satz enthält überdies - indem er schwarze Frauen unsichtbar macht - die unausgesprochene Prämisse, nach der alle Frauen „weiß“ sind.

Die Diskussionen der neuen Frauenbewegung in der BRD über die „Stellung der Frau in der Gesellschaft“, zu den Ursachen und Mechanismen der Frauenunterdrückung waren in den siebziger und achtziger Jahren geprägt von der Vorstellung eines weltumspannenden homogenen Patriarchats, das alle Frauen gleichermaßen treffe und zu universellen Opfern der Männergewalt mache. Das Phänomen Rassismus war unter diesen Voraussetzungen des eurozentristischen Feminismus kaum zu thematisieren; es wurde nicht einmal - im Theoriejargon der siebziger Jahre gesprochen - als „Nebenwiderspruch“ sexistischer Unterdrückungsverhältnisse wahrgenommen.

Die Kritik und der Widerstand der rassistisch ausgegrenzten und verfolgten Frauen hatte in den USA - im Zusammenhang der Bürgerrechtsbewegung und der antirassistischen Kämpfe der black communities - bereits zu Beginn der siebziger Jahre, später auch in England, Frankreich und in den Niederlanden heftige Auseinandersetzungen über den impliziten Rassismus des „weißen bürgerlichen Feminismus“ ausgelöst. In der Bundesrepublik dagegen konnten sich Feministinnen lange in selbstzufriedener Weise von vornherein auf der „richtigen Seite“ im antirassistischen Kampf wähnen. Die offene Formierung des Rassismus in Europa seit Mitte der achtziger Jahre hat nun auch sie verunsichert und ihre theoretischen Ansätze ins Wanken gebracht. Die Angriffe auf Flüchtlingswohnheime und die Übergriffe auf „Nicht-Deutsche“ wie die Wahrnehmung des institutionellen Rassismus in der Asylpolitik, der Abschiebepaxis und in der rechtlich kodifizierten Form der Ausländergesetzgebung haben zu der Einsicht geführt, daß rassistische Praktiken nicht nur im Kontext des Nationalsozialismus, Kolonialismus oder der Apartheid-Politik in Südafrika zu verorten sind, sondern einen wesentlichen Bestandteil der bundesrepu-

blikanischen Gesellschaftsformation darstellen.

Spätestens seit Migrantinnen, Flüchtlinge und „afro-deutsche Frauen“ die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den „weißen Feministinnen“ in Frage gestellt haben - so etwa im Herbst 1991 während des „Interkulturellen Sommerseminars für Schwarze Frauen“ in Frankfurt - hat der Rassismusvorwurf auch den bundesrepublikanischen Feminismus erreicht. Die vermeintlich gleichartigen Erfahrungen aller Frauen, von Männern sexuell ausgebeutet und bedroht zu sein, erweisen sich als kaum noch vermittelbar oder verallgemeinerbar. Die These eines *Geteilten Feminismus* (so der Titel der *beiträge zur feministischen theorie und praxis* zum Thema Rassismus im Frühjahr 1990) markiert folglich den Beginn der Auseinandersetzung um eine Revision der bisherigen Ansätze feministischer Theorie und Praxis auch in der Bundesrepublik.

Rassismus und die feministische Theorie

Im Zentrum feministischer Theoriebildung steht die Konstitution gesellschaftlicher Verhältnisse, die mit den Stichwörtern „Familie“, „Hausarbeit“ und „Reproduktion“ bezeichnet wird. Der Terminus „Reproduktion“ meint dabei sowohl die in einem sehr engen Sinne generative Reproduktion der Gattung als auch die tägliche Reproduktion der Menschen und ihrer Arbeitskraft. Beides stellt sich in diesem theoretischen Kontext als universelle Bedingung jeder Form von Gesellschaft dar. Die Binsenweisheit, daß Menschen geboren werden und sich täglich reproduzieren müssen, wird - unter Hinweis auf die Gebä- und Säugefähigkeit - geschlechtlich definiert und erläutert, womit die „Mutter“ zum Ursprung und zur Basis aller Gesellschaftlichkeit erklärt ist. Die „Mutter“ und von ihr abgeleitet die „Frau“ wird so zu einem jeder Gesellschaft vorgängigen Naturwesen und ist mithin im Verhältnis zum Mann immer schon als das „andere Geschlecht“ bestimmt. Das Postulat der „Zweigeschlechtlichkeit als biologische“ (Ursula Beer) oder der „biologischen Differenz“ (Ingrid Strobl) gilt in der feministischen Theoriebildung als materialistische Begründung der Kategorie „Geschlecht“; sie besitzt schon bei Shulamith Firestone (*Frauenbefreiung und sexuelle Revolution*, 1972) einen zentralen Stellenwert in der Kritik der Freudschen Psychoanalyse und liegt ihrer Vorstellung der „bio-

logischen Familie“ wie ihrer Annahme, Frauen seien „ihrer Biologie“ ausgeliefert, zugrunde; auch in den Schriften von Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia Werlhof (*Frauen, die letzte Kolonie*) fundiert der biologistische Materialismus die These eines „weiblichen Gegenstandsbezugs zur Natur“. Selbst im historisch-materialistischen Feminismus bei Michèle Barrett (*Das unterstellte Geschlecht*), die biologistische Erklärungsmuster ausdrücklich ablehnt, sollen die „biologischen Geschlechtsunterschiede“ als „Bestandteil des Rohstoffes“ betrachtet werden, „auf dem die gesellschaftlichen Verhältnisse aufbauen“. Das unterstellte Naturverhältnis, die „natürliche Zweigeschlechtlichkeit“ erscheint in all diesen theoretischen Konstellationen als Ausgangspunkt oder gar als Ursache der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Dem steht jedoch entgegen, daß weder die abstrakte Zuordnung von Gebärfähigkeit noch jene von sexistischer Ausbeutbarkeit das Phänomen „Frau“ produziert, vielmehr ist es „Produkt einer sozialen Aneignungsbeziehung“ (Donna Haraway), die in ihren historischen wie in ihren strukturellen Bedingungen ein ungleichmäßiges und ungleichzeitiges Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern etabliert. Sie definiert die männlichen und weiblichen Subjekte und konstituiert die Gesellschaft als heterosexuelle Gemeinschaft der Geschlechter, in der Homosexualität, Bisexualität und Transsexualität tendenziell ausgegrenzt und verfolgt sind. Das anthropologische (eigentlich zoologische) Verständnis von Reproduktion reißt die generative wie tägliche Reproduktion aus ihrem sozialen Zusammenhang, perpetuiert die heterosexuelle Gemeinschaft und führt zu einer ahistorischen Verallgemeinerung der Kategorie „Frau“.

Ähnliche Reduktionen lassen sich auch in den feministischen Analysen zu Familie und Hausarbeit feststellen. Das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie, wie es sich als dominantes Muster für den Lebenszusammenhang von Frauen in den kapitalistischen Metropolen durchgesetzt hat, wird zeitlich und räumlich ausgedehnt. Elemente, die dieses Modell charakterisieren, wie die absurde Einheit von Verwandtschaftsgrad und Zusammenleben, die Trennung von „Heim“ und „Arbeitsplatz“, die „geschlechtsspezifische Arbeitsteilung“, die primäre Rollenzuweisung des Mannes als des „Haushaltsvorstandes“ und „Ernährers“ einerseits und der Frau als einer in ökonomischer und



emotionaler Abhängigkeit und Isolation lebenden „Hausfrau“ und „Mutter“ andererseits, werden so explizit oder implizit zur Erklärung der Unterdrückung aller Frauen herangezogen. Michèle Barrett weist hingegen darauf, daß bereits die Einführung und Verwendung des Begriffs „Familie“ die Konsequenz hat, von vornherein „die Existenz einer Institution anzuerkennen, die in jedem wie auch immer gearteten historischen Zusammenhang grundlegend und natürlich“ erscheint. Der Bezug auf „Familie“ als unabhängig von ihren historischen Transformationen letztlich „ursprüngliche Gemeinschaft“ oder biologisch determinierte Basis des Zusammenlebens der Individuen führt zu einer theoretischen Analogisierung der historisch und gegenwärtig unterschiedlichen Haushaltsorganisationen mit den sozialen Mustern der bürgerlichen Kleinfamilie. Von der Forderung nach Lohn für Hausarbeit und der feministischen Kritik an der marxistischen Arbeitswerttheorie über die Auseinandersetzung um eine geschlechtsspezifische Vergesellschaftung der Arbeitskraft bis hin zur Diskussion über ein spezifisches weibliches Arbeitsvermögen haben sich reduktionistische Konzepte von „Familie“ und „Hausarbeit“ als Erklärungsansätze für Frauenunterdrückung durchgehalten.

In dieser Perspektive bleibt zum einen notwendig ausgeklammert, daß selbst die Verallgemeinerung des bürgerlichen Fami-

lienmodells in den kapitalistischen Metropolen Ergebnis sozialer Kämpfe (auch von Frauen) ist, wie die Kämpfe um geregelte Arbeitszeiten, Mutterschutz, Verbot der Kinderarbeit, Verbesserung des Lohnniveaus zeigen. Zum anderen werden etwa weitgehend marktexterne, auf Subsistenzproduktion beruhende Haushaltsorganisationen den Paradigmen „Familie“ und „Hausarbeit“ subsumiert und ihrespezifischen Strukturen als sekundäre, zu vernachlässigende Erscheinungen nivelliert. Nicht zuletzt die These der „Hausfrauisierung der Arbeit“, wie sie im Kontext der Untersuchungen zur Ausbeutung der Frauenarbeit in der „Dritten Welt“ entwickelt wurde, geht über die unterschiedlichen Formen der „Haushaltsorganisationen“, wie der von Frauen geleiteten Arbeit in den kapitalistischen Zentren und Peripherien leichtfertig hinweg.

Demgegenüber deuten beispielsweise die Analysen Immanuel Wallersteins zur Formierung der Weltarbeitskraft darauf hin, daß die verschiedenen Haushaltsorganisationen unmittelbar mit rassistischen Spaltungen verknüpft sind. Auf der Grundlage des von ihm entwickelten Modells des kapitalistischen Weltsystems stellt sich der Rassismus als konstitutives Moment dar, in dem sich die Hierarchisierung, Segmentierung und Kontrolle der Weltarbeitskraft in Form der „Ethnisierung“ herstellt und reproduziert. Den unterschiedlichen „Haushaltsstrukturen“ schreibt Wallerstein somit eine

Schlüsselrolle zu. Einerseits bilden sie die Voraussetzung dafür, daß sich die Menschen unter den verschiedenen (ungleichen) Bedingungen der Weltarbeitsteilung reproduzieren können. Andererseits liefern die verschieden strukturierten Haushalte, das heißt die spezifischen Formen der Alltagspraxis, in denen sie die tägliche Reproduktion bewerkstelligen, das Material rassistischer oder ethnischer Stigmata, die die Segmentierung der Weltarbeitskraft ideologisch legitimieren und zementieren.

Anknüpfend an Wallersteins Überlegungen lassen sich die Unterschiede zwischen dem Modell der bürgerlichen Kleinfamilie und den verschiedenen Formen der Haushaltsorganisation von Migrantinnen und Migranten sowohl in Bezug auf die je spezifische Rolle von Frauen in deren Reproduktion als auch in Bezug auf deren Funktion für den segmentierten Arbeitsmarkt als rassistische Trennungen in den Zentren selbst thematisieren. Insbesondere im Zusammenhang der Familienpolitik wird die rassistische Spaltung vorangetrieben, wenn etwa in der Bundesrepublik auf der einen Seite für Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit zum „Nachzug“ von Familienangehörigen scharfen Restriktionen unterworfen ist, auf der anderen Seite aber durch entsprechende steuerpolitische Maßnahmen (Ehegattensplitting, unsoziale Kinderfreibetragsregelungen usw.) die bürgerliche Kleinfamilie gegenüber anderen Lebensformen präferiert

und stabilisiert werden soll. Im Rahmen der Bevölkerungspolitik wird nach dem gleichen Muster verfahren: einerseits trachtet etwa die *Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* unter dem Stichwort „Überbevölkerung in der Dritten Welt“ danach, die entwicklungspolitische Familienplanung und die antinatalistische Bevölkerungspolitik zu modernisieren, internationale Organisationen wie die *United Nations Fund of Population Activities* oder die *International Planned Parenthood Federation* propagieren ihre bevölkerungspolitischen Initiativen gar unter den Schlagworten „Vorrang für Frauen“ und „Investieren in Frauen“, um eine Senkung der Geburtenzahlen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu erreichen; andererseits soll in den kapitalistischen Metropolen durch die Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung, durch die ideelle und materielle Aufwertung des „Mutterstatus“ und durch ähnliche Maßnahmen die Steigerung der Geburtenrate in der „eigenen“ Bevölkerung stimuliert werden. Unverhohlen wird diese Familien- und Bevölkerungspolitik als Zeichen einer „Feminisierung“ der Entwicklung und der Gesellschaft ausgegeben. Sie folgt der doppelten eurozentristischen Prämisse einer Universalisierung der kleinfamiliären Haushaltsstruktur und der Aufrechterhaltung einer partikularistischen Abschottung und Trennung der Zentren.

Um diesem Eurozentrismus zu begegnen, erweist es sich für die feministische Theorie als erforderlich, diejenigen Beschränkungen, die bisher eine Ausblendung rassistischer Spaltungen erlaubten und begünstigten, zu überwinden. Gegenwärtig deuten sich in der bundesrepublikanischen feministischen Diskussion zwei Richtungen an, die Unterschiede und Ungleichheiten, die zwischen Frauen bestehen, zum Gegenstand zu machen. Die erste Richtung sucht, das Phänomen Rassismus mit Hilfe des „Differenzbegriffs“ zu bestimmen. Dabei werden entweder in Anlehnung an post-strukturalistische Theorien „Rasse“ wie „Geschlecht“ und „Klasse“ lediglich als „Orte der Differenz“, als formalistische Differenzierungen behandelt, oder die Unterdrückung durch Rassismus wird – ähnlich wie die Diskriminierung von Homosexualität, Behinderung oder Alter – als „heterogene Erfahrung“ der Subjekte dargestellt. In politischer Hinsicht läuft die erste Spielart dieser Richtung darauf hinaus, Unterdrückung, Gewalt und Ausbeutung tendenziell unsichtbar zu machen, während die zweite in einen Relativismus zu verfallen droht, der sich in der Betonung von Pluralität, etwa „weiblicher“, „kultureller“ Verschiedenheit bereits erschöpft.

Die zweite Richtung versucht dagegen, die beobachteten Differenzen, Trennungen und Spaltungen zwischen Frauen als Resultat und Ausdruck einer dreifachen Unterdrückung durch Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zu erklären. Die These der „triple oppression“ zielt so zwar auf die Unterschiede zwischen Frauen und benennt sie als unterschiedliche soziale Verhältnisse und Machtbeziehungen zwischen und in den Zentren und den Peripherien, doch der Begriff suggeriert zugleich eine Addition von Unterdrückungsformen. Damit wird dem in der feministischen Theorie entwickelten Ansatz der doppelten Ausbeutung der Frauen (Kapitalismus und Patriarchat) lediglich ein weiteres Ausbeutungsverhältnis hinzugefügt, ohne daß die Verknüpfungen der sozialen Machtverhältnisse bestimmt werden könnten. Die Konzeption der „triple oppression“ ist folglich auch offen für die Hierarchisierung dieser Ausbeutungsverhältnisse, die der Vorstellung eines universalen Patriarchats als primäres und alle anderen Formen der Unterordnung übersteigendes Unterdrückungsverhältnis verhaftet bleibt.

Sexismus und die Rassismus-Debatte

Nicht nur innerhalb des Feminismus ist das Verhältnis von Sexismus und Rassismus virulent geworden. Auch in der derzeitigen Diskussion über Rassismus zeigt sich eine Tendenz, das Phänomen Sexismus mit dem Phänomen Rassismus zu verbinden. Zumeist werden hier Rassismus und Sexismus

in einem Atemzug genannt und Analogien, Überlappungen oder Verzahnungen behauptet. Beide Phänomene werden als Formen der Ausgrenzung und Hierarchisierung, als Formen der Naturalisierung sozialer Verhältnisse verstanden, in denen soziale Ungleichheit als unüberwindbar artikuliert ist, indem sie auf einen „natürlichen Ursprung“, auf unveränderbare biologische oder kulturelle Differenzen zurückgeführt wird. Überdies wird auf Übereinstimmungen verwiesen, die sich zwischen sexistischen und rassistischen Vorstellungen und Werturteilen zeigen. Vor allem das Auftreten sexualisierender Metaphern zur körperlichen und kulturellen Stigmatisierung der „Anderen“ und deren Verschiebung beziehungsweise deren Verortung im Kontext von „Natur“ und „Animalischem“ bilden Elemente und Muster, in denen sich sexistische und rassistische Artikulationen überschneiden. Die Analogien von Sexismus und Rassismus auf dieser Ebene legen zumindest nahe, daß es sich in Struktur und Funktionsweise um gleichartige Phänomene handelt.

Von einer solchen Gleichartigkeit ist meines Erachtens jedoch nur auf einer bestimmten Abstraktionsstufe auszugehen. Die Vorstellungen von „Rasse“ und „Geschlecht“ werden in einem Prozeß der Bedeutungskonstitution erst hergestellt, indem die verschiedenen Artikulationen des Rassismus und Sexismus sie als evidente, immer schon vorhandene „Kategorien“ etablieren, das heißt, bei beiden „Kategorien“ handelt es sich um ideologische Konstruktionen. In der feministischen Theorie aber ist „Geschlecht“ bisher kaum als „imaginäre Formation“ begriffen worden, welche eine „Wirklichkeit produziert, einschließlich der Körper, die in der Wahrnehmung vor aller Konstruktion zu liegen scheinen“ (Haraway). Ausgehend von dieser These läßt sich der Begriff der „Naturalisierung“, sofern er für die Diskussion über Sexismus und Rassismus tauglich sein soll, präzisieren: Wenn „Naturalisierung“ bedeutet, soziale Verhältnisse auf natürliche zurückzuführen, dann setzt ein solches Verständnis das Naturverhältnis bereits als gegebenes voraus. Der ideologietheoretische Ansatz läßt demgegenüber „Naturalisierung“ als Projektion sozialer Verhältnisse in den imaginären Raum „Natur“ begreifen. Das Naturverhältnis selbst erweist sich damit als ein Effekt dieser Projektion; es geht den sozialen Verhältnissen nicht voraus, sondern ist sozial konstituiert. Beide Aspekte – die soziale Konstitution des Naturverhältnisses und die ideologische Konstruktion von „Rasse“ und „Geschlecht“ – in den Mittelpunkt der Diskussionen um Rassismus und Sexismus zu rücken, bedeutet, die rassistischen und sexistischen Prämissen zu vermeiden, und ermöglicht, der Substantialisierung kulturalistischer beziehungsweise biologistischer Zuschreibungen zu entgehen, wie sie etwa in den Vorstellungen



UNI-BUCH
der linke
Buchladen

Jügelstraße 1
Neben dem KOZ
6000 Frankfurt
Tel.: 069/77 60 82

einer „weiblichen“ Naturverbundenheit, Gefühlsbetontheit, Sinnlichkeit und eines assoziativ-bildhaften Denkens der Frauen kultiviert werden.

Darüber hinaus laufen Analogisierungen, die sich auf das „Funktionieren“ von Sexismus und Rassismus beziehen, Gefahr, die Unterschiede zwischen den beiden Phänomenen zu verwischen. Wenn etwa Etienne Balibar in seinen Beiträgen zur Rassismus-Debatte von der „polymorphen Struktur“ des Rassismus spricht, in die alle denkbaren Formen der Ausgrenzung, der Minorisierung, der Hierarchisierung und Herrschaft eingelassen sind, so gilt dies sicher auch für den Sexismus. Sexismus wie Rassismus sind eingelassen in die familiäre Ideologie und die alltägliche Praxis der Reproduktion, sie sind in dem Bildungssystem, den Medien und den Kulturinstitutionen präsent und artikulieren sich in den nationalen Ritualen und sprachlichen Praxisformen. Obgleich jeder Versuch, Sexismus und Rassismus einfach zu definieren, an dieser Komplexität, an den unterschiedlichen Konfigurationen, den verschiedenen Artikulationen, „Funktionen“ und Wirkungsweisen dieser beiden Phänomene scheitern muß, läßt sich in diesen polymorphen Strukturen dennoch ein jeweils dominantes Prinzip ausmachen, das Sexismus und Rassismus voneinander unterscheidet.

Der Rassismus ist zunächst abstrakt als ein Ein- und Ausschlußmodus zu bestimmen, der in einer variablen Kombination von äußerer Ausschließung, Assimilation und innerer Ausgrenzung (Minorisierung) bis hin zur Eliminierung die „eigene“ Gruppe von den „Fremden“ spaltet und gegen sie abschottet. Die Ausgrenzung ist folglich das dominante Prinzip des Rassismus, auch wenn er Elemente der unterordnenden Einschließung (Assimilation) beinhalten kann. Auch der Sexismus ist auf abstrakter Ebene als ein Ein- und Ausschlußmodus zu fassen, der die Unterwerfung der Frauen aufrechterhält. Die Trennung des „eigenen“ von dem „anderen“ Geschlecht ist jedoch selbstbezüglich, das heißt, die Frau ist das „andere Geschlecht“ für den Mann, und hyperonym, das heißt, die Trennung hat die Form der einschließenden Unterordnung des besonderen (weiblichen) unter das allgemeine (männliche) Geschlecht. Vom Frauenraub und Frauenhandel bis hin zu den verschiedenen Formen der Patrilokalität und Patri-linearität ist die Unterordnung der Frau nicht die Geschichte ihrer Ausschließung, sondern vor allem die ihrer Einschließung. Formen des Ausschlusses von Frauen, die sich zum Beispiel im nationalstaatlichen Rahmen historisch in zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen wie dem Ausschluß vom Wahlrecht, dem Verbot der Mitgliedschaft in politischen Organisationen, dem Ausschluß vom Hochschulstudium niederschlugen und sich heute etwa in der soziostrukturellen Benachteiligung der Frauen

auf dem Arbeitsmarkt, ihrer geringeren Präsenz in den Führungspositionen der staatlichen Institutionen ausdrücken, sind Effekt ihrer Unterordnung im Einschluß, das heißt ihrer Unterwerfung *innerhalb* der „rassischen Gemeinschaften“. Trotz der Analogien in der polymorphen Struktur von Rassismus und Sexismus ist die Verschiedenheit hinsichtlich ihrer sozialen Konfigurationen und Wirkungsweisen im Auge zu behalten; nur dann kann das Zusammenwirken und die wechselseitige Verstärkung von Rassismus und Sexismus thematisiert werden.

Den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen zum Verhältnis von Sexismus und Rassismus kann folglich die Feststellung bilden, daß sich die generative und tägliche Reproduktion gesellschaftlich koexistierender Individuen in Formen „der Schöpfung und fortwährenden Neuschöpfung“ (Wallerstein) rassisch und national gekennzeichneten „Gemeinschaften“ vollzieht. Hier verbindet sich die Problematik der Reproduktion, der aus feministischer Perspektive entscheidende Bedeutung für das Geschlechterverhältnis zukommt, mit der Problematik der über Rassismus und Nationalismus organisierten Ausgrenzung und Hierarchisierung gesellschaftlich koexistierender Gruppen. Im Hinblick auf den Einschluß von Frauen wirft dies die Frage auf, wie sich die Unterordnung der Frauen und ihre jeweilige Stellung im Reproduktionszusammenhang mit den rassistischen Spaltungen verbindet, ob letztere gar konstitutiv für erstere sind. Zumindest hinsichtlich der Spaltung in Zentren und Peripherien läßt sich eine solche Annahme kaum zurückweisen. Sie bestätigt sich sowohl in der national und international gegenläufigen Zielrichtung der Bevölkerungspolitik als auch in den rassistisch motivierten Sexismen der nationalstaatlichen Ausgrenzungspolitik wie der Nicht-Anerkennung sexistischer Verfolgung als Asylgrund, den Restriktionen zur Erlangung einer vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltserlaubnis für Migrantinnen oder der im Ausländergesetz verankerten Ausweisungsandrohung gegen Prostituierte.

Der Rassismusvorwurf von Seiten der Migrantinnen hat auch die feministische Praxis in Frage gestellt und eine Auseinandersetzung in Gang gebracht, in der die Grenzen des eurozentristischen „bürgerlichen“ Feminismus deutlich zutage treten. Anti-rassistische Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit Migrantinnen sind gegenwärtig in der Bundesrepublik nur vereinzelt und meist auf lokale Frauengruppen beschränkt. Die Schwierigkeiten einer anti-rassistischen feministischen Politik können dabei vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den Niederlanden, in England und den USA diskutiert werden. So hat die niederländische Feministin Anja Meulenbelt beispielsweise das Lavieren zwischen „einem extremen Ethnozentrismus“ und einem „radikalen Kulturrelativismus“ als zen-

trales Problem erkannt, das die Verbindung von Feminismus und Anti-Rassismus erschwert, wenn nicht verhindert. Klar ist demnach, daß sowohl die missionarische Vorstellung des eurozentristischen Feminismus, die Frauen in der „Dritten Welt“ und die Migrantinnen seien auf das „Emanzipationsniveau“ von Frauen aus den Metropolen zu heben, als auch der relativistische Standpunkt, europäische Feministinnen hätten sich jeglicher politischer Beurteilung der Situation von Frauen aus den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika oder einfach von Frauen, die anderen ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen (Haushaltsstrukturen) unterworfen sind, zu enthalten, den Raum für eine Auseinandersetzung über unterschiedliche politische Zielsetzungen verschließt. Noch unter einem weiteren Aspekt erweist sich derzeit der Zugang zu einer anti-rassistischen feministischen Politik allerdings versperrt: Frauenpolitik in der BRD heute ist nicht nur institutionell verankert, sondern auch institutionell befangen. Sie spielt sich in Frauenministerien und in Gleichstellungsstellen ab, ist von sozialkaritativen Maßnahmen und Einrichtungen begleitet, gar angeleitet, und kapriziert sich auf die Ebene von Eingliederungsprogrammen, Anti-Diskriminierungsgesetzen, Quotierungsforderungen und Frauenförderplänen. Ein solcher staatlich fixierter Feminismus bewegt sich im Rahmen der „nationalen“, das heißt der „ethnisch-sprachlichen Gemeinschaft“ (Balibar). Die „Gleichstellung der Frau“ unter dieser Voraussetzung wird – willentlich oder unwillkürlich – national identifiziert und schließt alle Frauen, die nicht der staatlich sanktionierten „rassischen Gemeinschaft“ zugeordnet werden, von vornherein aus. Ohne eine feministische Praxis, die jene „rassische Gemeinschaft mit den Männern“ konterkariert, werden selbst die Minimalforderungen einer anti-rassistischen und anti-sexistischen Politik – wie die nach Anerkennung sexistischer Verfolgung als Asylgrund und einer vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltserlaubnis – letztlich nicht durchzusetzen sein.

Cornelia Eichhorn



KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
+ ANTIQUARIAT
JORDANSTR. 11 · 6 FRANKFURT/M. 90
TELEFON 069/77 88 07 + 03

„Ihrem Antrag wird nicht stattgegeben“

Frauen und die Asylgesetzgebung in der BRD



Eine kritische Auseinandersetzung mit dem institutionellen Rassismus und der Situation von Flüchtlingen in der BRD kann Frauenunterdrückung nicht nur als einen zusätzlichen Punkt der allgemeinen Problematik begreifen und ansonsten geschlechtsspezifische Unterschiede ignorieren. Ist von „Menschen“, „Flüchtlingen“ und „Familien“ die Rede, wird dabei unausgesprochen von der Biographie eines männlichen Flüchtlings ausgegangen, zu der dann erst in mühsamer Kleinarbeit „spezielle“ Punkte zusammengetragen werden müssen für den Fall, daß ER eine Frau ist. Es gibt nicht den „Flüchtling“ schlechthin, Frauen haben andere Fluchtgründe und -bedingungen als Männer, ihre asylrechtliche Situation ist eine andere und ebenso die Gewalt, der sie hier ausgesetzt sind.

Frauen auf der Flucht

Von all den Flüchtenden, die in einen der 21 Mitgliedstaaten des Europarates gelangen, sind lediglich 25 Prozent Frauen. Nur ein Bruchteil der flüchtenden Frauen erreicht das ursprüngliche Ziel ihrer Flucht; die Mehrheit verbleibt in Flüchtlingslagern der Nachbarstaaten ihrer Herkunftsländer. Dieses Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern existiert, obwohl laut Angaben des Flüchtlingshochkommissars der UN (UNHCR) weltweit neunzig Prozent aller Flüchtenden Frauen und Kinder sind. Frauen und Kinder werden in der Statistik des UNHCR gemeinsam aufgeführt, was jedoch nicht darüber aufklärt, daß es in der Regel auch die Frauen sind, die ihre Kinder mitnehmen, beziehungsweise die Männer, die ihre Familien zurücklassen (müssen). So reicht unter Umständen das Vermögen einer Familie nur für die Finanzierung der Flucht einer Person - nämlich des Mannes - aus, was teilweise mit der Hoffnung verbunden wird, die restliche Familie später folgen zu lassen.

Da in einigen Staaten nur Familienpässe ausgestellt werden, die sich in den Händen

des männlichen Familienoberhauptes befinden, ist für zahlreiche Frauen eine vom Ehemann unabhängige Flucht unmöglich. Oft sind verheiratete Frauen aufgrund materieller Abhängigkeitsverhältnisse gezwungen, die Entscheidung ihres Ehemannes zur Flucht auch gegen ihren Willen mitzutragen. Durch die an den Ehemann gebundenen Reisepässe, aber auch aufgrund des in einigen Staaten für Frauen bestehenden Verbotes, allein zu reisen, sind die Fluchtbedingungen für alleinstehende Frauen erschwert. Daher sind die meisten Frauen, die in der BRD um Asylersuchen, in Begleitung von Männern gekommen. Auf der Flucht selbst sind Frauen oft Vergewaltigungen, Entführungen und Nötigungen ausgesetzt oder müssen sich, um an die nötigen Papiere oder Hilfsgüter zu gelangen, auf die eine oder andere Art prostituieren.

Sexistische Verfolgung - kein Asylgrund

Nach bundesrepublikanischem Recht wird Asyl nur denjenigen gewährt, die nachweisen können, daß sie Opfer staatlicher politischer Verfolgung sind. Dabei wird zur Be-

stimmung dessen, was als Verfolgung gilt, die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 herangezogen, die einen Flüchtling als eine Person definiert, die „aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann, oder (...) will.“

Kommt in der Anerkennungspraxis der BRD schon diese Definition nur sehr eingeschränkt zur Anwendung, so ist sexistische Verfolgung als möglicher Asylgrund erst gar nicht vorgesehen. Zwar gäbe es die Möglichkeit, Frauen unter dem Begriff „bestimmte soziale Gruppe“ zu fassen, wie die Vorschläge und Resolutionen des Hochkommissars für Flüchtlinge der UN (1985 und '87) und des Europaparlaments (1984 und '88) nahelegen. Dem wurde aber bisher in keinem westeuropäischen Staat stattgegeben.

Um auch weiterhin sexistische Gewalt als möglichen Asylgrund ignorieren zu können, kommen verschiedene juristische Argumentationsstrategien zum Einsatz. So wird zwar von den Gerichten nicht bestritten, daß Kriege mit sexueller Gewalt gegen Frauen verbunden sind, doch gerade weil etwa Vergewaltigungen als allgemeine Folgen von Bürgerkriegen eingeschätzt werden, können sie individuell für eine Anerkennung nicht geltend gemacht werden. Die betroffenen Frauen können, wie auch andere Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, im günstigsten Fall ihren Aufenthalt in der BRD zeitlich begrenzt über Abschiebungsstopps sichern.

Auf der anderen Seite werden Vergewaltigungen politischer Aktivistinnen oder Angehöriger politisch Verfolgter durch Militär und Polizei als „Einzelakte“ bagatellisiert und erscheinen bestenfalls als „gewöhnliche“ Straftat, die nicht asylrechtlich relevant sei und im übrigen auch der Zuständigkeit bundesdeutscher Gerichte nicht unterliege. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung um die Abschiebung der Roma in Nordrhein-Westfalen im Sommer '91. Die Berichte von Roma-Frauen über Vergewaltigungen von Seiten der Polizei in der CSFR und in Jugoslawien spielten in der Debatte um ihre Abschiebung keine Rolle (vgl. Dokumentation der Union Roma Baden-Württemberg, 12/90). Daß sexuelle Gewalt auch gezielt zu Folterungen eingesetzt wird, bleibt ebenso unberücksichtigt (siehe dazu auch FR vom 5.2.92: „Frauen in Haft werden häufig vergewaltigt“).

Darüber hinaus werden die Gefahren für Frauen, die mit den herrschenden Sitten in ihren Herkunftsländern in Konflikt geraten sind bzw. mit ihnen nicht leben wollen, als „private Bedrohung“ abgetan oder mit dem Hinweis auf die „andere Kultur“ zynisch verleugnet. Solche Fälle sind vor allem im

Zusammenhang mit Frauen aus dem Iran publik gemacht worden. Obwohl die Empörung über die „islamische Kultur“ Konjunktur hat, wurden im Asylverfahren wiederholt Frauen, denen wegen Verletzung der islamischen Kleiderordnung im Iran Verfolgung drohte, damit abgewiesen, daß sie um die dortigen Bestimmungen gewußt und gegen sie verstoßen hätten (vgl. *Informationsbrief Ausländerrecht*, 1986/Heft 11/12).

Auch der Nachweis, daß sie aus politischen Gründen in ihren Herkunftsländern bedroht sind, ist für Frauen schwer zu erbringen. So wird in Anhörungsverfahren häufig die geschlechtsspezifische Arbeitsenteilung affirmiert, wie etwa im Fall einer Frau, die in derselben politischen Gruppe wie ihr Mann arbeitete und auch für deren Mitglieder kochte - worauf man ihr zu verstehen gab, dies sei keine politische Arbeit und somit auch kein Anerkennungsgrund. Auch die Arbeit in feministischen Zusammenhängen wird oft nicht als politische betrachtet.

Diejenigen, die darüber entscheiden, ob Frauen in ihren Herkunftsländern bedroht sind oder nicht, sind fast immer Männer. Nach Angaben der Bundesregierung sind 70% der anhörenden BeamtInnen und 80% der DolmetscherInnen Männer. So steht nicht einmal für jede Sprache eine Dolmetscherin zur Verfügung. Die Ankündigung der Bundesregierung, entsprechende Beamtinnen zur Verfügung zu stellen und frauenspezifischen Fluchtgründen im Asylverfahren mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wurde bisher nicht erfüllt. In den Niederlanden sind für EhepartnerInnen längst getrennte Verfahren üblich und es ist möglich, mit Hilfe Dritter (z.B. Sozialarbeiterinnen) nachträglich die eigenen Schilderungen zu vervollständigen. In der BRD dagegen stellt das gemeinsame Anerkennungsverfahren der EhepartnerInnen für die Frauen unter Umständen ein weiteres Hindernis dar, z.B. von Vergewaltigungen zu berichten. Entscheiden sich Frauen noch nachträglich, von Mißhandlungen zu berichten, kann dies als „gesteigertes Vorbringen“ interpretiert werden, d.h. die Glaubwürdigkeit ihrer vorherigen Aussagen mindern. So tragen die Anerkennungsverfahren mit dazu bei, daß verschiedene Formen sexistischer Verfolgung unsichtbar bleiben.

Bleiberecht

Selbst wenn Frauen politischer Verfolgung im herkömmlichen Sinn ausgesetzt sind, ist nicht garantiert, daß ihnen das ein eigenständiges Aufenthaltsrecht verschafft, wenn sie mit ihrem Ehemann geflohen sind. Nach bundesrepublikanischer Asylpraxis wird bei EhepartnerInnen ein gemeinsames Anerkennungsverfahren durchgeführt. Dabei wird üblicherweise die Schilderung des Mannes zu Protokoll genommen, wohingegen die

Aussagen der Frau nur als Ergänzung notiert werden. Infolgedessen werden Ehefrauen in der BRD nicht aufgrund eines eigenen Asylantrages anerkannt, sondern erhalten ein vom Ehemann „abgeleitetes Bleiberecht“. Das bedeutet, daß eine Frau, die mit ihrem Ehemann hierher geflohen ist, innerhalb von vier Jahren keine Scheidung riskieren darf, wenn sie ihr Aufenthaltsrecht nicht verlieren will.

Die Frage des Bleiberechts ist auch für die über Frauenhändler eingeschleusten ausländischen Frauen relevant, die hier als Prostituierte, Ehefrauen oder „Hausmädchen“ arbeiten. Der Aufenthalt illegaler ausländi-



Buchladen & Café

Berger Straße 18
(U-4 Merianplatz)
6000 Frankfurt-M.1

Buchladen
geöffnet
Mo-Fr: 10.00-18.30
Sa: 10.00-14.00
Telefon 069-448738

Café
geöffnet
Mo-Sa: 9.00-1.00
So: 10.00-1.00
Telefon 069-447989



Buchhandlung Schutt
Am Bornheimer Uhrtürmchen
Arnsburger Straße 76
6000 Frankfurt am Main 60
Telefon: 069/43 51 73

scher Prostituierte ist bekannt und wird geduldet, was auch den Interessen der Zuhälter entgegenkommt, die bereitwillig zugeben, daß die ständige Fluktuation durch Duldung und Abschiebung die Nachfrage erhöht. Zugleich richtet sich die Strafver-

folgung bei Frauenhandel gegen die Frauen selbst. Zwar ist nach dem neuen Ausländergesetz Prostitution kein zwingender Ausweisungsgrund mehr, die illegale Einreise kann jedoch nachträglich nicht mehr legalisiert werden – außer durch Heirat. Dadurch ist der Aufenthaltsstatus der betroffenen Frauen von ihren Zuhältern und anderen Ehemännern abhängig, und sie sind deren Willkür und Arbeitsbedingungen unterworfen. Nach dem neuen Ausländergesetz können illegal eingereiste Frauen nicht einmal mehr eine vorläufige Legalisierung durch Ersuchen um eine Aufenthaltserlaubnis erwirken, z.B. wenn sie gegen einen Frauenhändler aussagen wollen.

Die gegen ausländische Prostituierte gerichteten Razzien zeigen, wie die Solidarität, die Gewalt gegen Frauen in Männerorganisationen wie der Polizei und Justiz erfährt, eine Verurteilung von Frauenhändlern immer wieder erschwert. So wurden bei einer Großrazzia in Frankfurt am 9.12.1991 unter äußerst brutalem Vorgehen der Polizei in Bordellen der Breiten Gasse sowie der Elbe- und Moselstraße 125 ausländische Prostituierte festgenommen. Über 50 Kolumbianerinnen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung wurden am nächsten Tag in ihr Herkunftsland abgeschoben, mit der offiziellen Begründung, Frauen, die gegen das Ausländergesetz verstoßen, zu verfolgen und die Förderung der Prostitution zu verhindern (vgl. *FR* und *FAZ* vom 11.12.91). Allerdings zogen die verantwortlichen Herren nicht Zuhälter und Freier zur Rechenschaft, sondern schoben die betroffenen Frauen und Zeuginnen ab.

Die Unterbringung in der Sammelunterkunft

In den Flüchtlingslagern müssen sich Frauen Schlafräume und sanitäre Einrichtungen mit vielen Männern teilen und erfahren bei Beschwerden über diese Unterbringungsbedingungen kaum Verständnis von seiten der Verantwortlichen („Wie lebt ihr denn bei Euch zuhause? Ist es nicht üblich, daß bei Euch 100 Leute in einem Zimmer schlafen?“ vgl. Dokumentation des 1. gemeinsamen Kongresses ausländischer und deutscher Frauen 1984). Bei Übergriffen gewährt die Lagerleitung den Frauen keine Unterstützung, geschweige denn, daß es Anlaufstellen innerhalb des Lagers gäbe. Was die Anlaufstellen außerhalb der Lager betrifft, sind die Betroffenen in der Regel auf die Hilfe von Unterstützerinnen angewiesen, um diese aufsuchen zu können.

Unter rassistischen Übergriffen wird gemein-hin eine bestimmte Form von Gewalt gegen ausländische Männer verstanden, der rassistische Sexismus gegen ausländische Frauen findet jedoch in den Medien wenig Beachtung. So erfährt man nur im Gespräch mit Flüchtlingen (in diesem Fall BewohnerInnen der Schwalbacher Unterkunft), wenn

deutsche Männer in der Absicht, dort „schwarze Frauen zu ficken“, ein Lager überfallen.

Auch wenn sie ihre Lage in der BRD für besser als in ihrem Fluchtland erachten, sind ausländische Frauen hier sexistischer und rassistischer Gewalt ausgesetzt. Aufgrund ihrer schlechten Rechtslage und weil sie aus ihren gewohnten Zusammenhängen herausgerissen sind, haben sie wenig Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren.

All diese Punkte bleiben in Diskussionen, öffentlichen Stellungnahmen und Flugblättern von antirassistischen Gruppen meist unerwähnt. Ohne Berücksichtigung der verschiedenen Erscheinungsformen von Sexismus und Rassismus, der Problematisierung des Geschlechterverhältnisses, führt eine antirassistische Praxis den institutionellen Rassismus fort.

Hilal Sezgin
Judith Rosner

Literatur:

- agisra (Hg.): Rundbrief 1/92.
- dies.: Presseerklärung zu den Razzien in Frankfurter Bordellen am 9.12.91.
- dies.: Protokoll des Tagesseminars von agisra zum Thema „Die Auswirkungen des neuen AusländerInnengesetzes für vom Frauenhandel betroffene Frauen“, 1991.
- dies.: Frauenhandel und Prostitutionstourismus. München 1991.
- amnesty international (Hg.): Frauen im Blickpunkt. 1991.
- Filter, Cornelia: Asylgrund Geschlecht. In: *Emma* 4/1989.
- Gottstein, Margit: Frauenspezifische Verfolgung und ihre Anerkennung als politische Verfolgung im Asylverfahren. In: *Streit* Sept/1987.

Sozialismus lebt



Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

- ⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)
- ⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Hufschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)
- ⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50

Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:

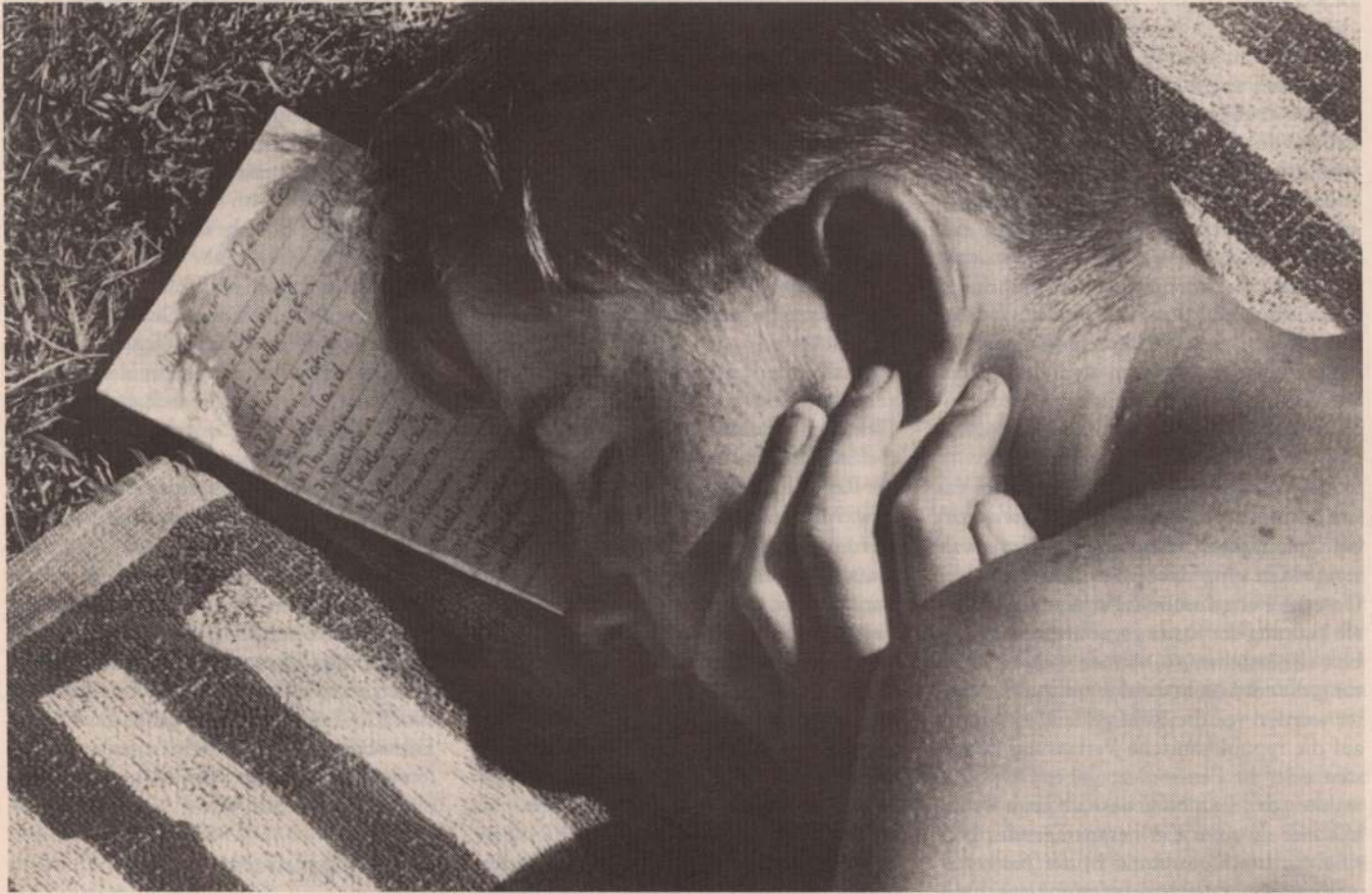
VSA-Verlag

Postfach 50 15 71

W-2000 Hamburg 50

Die Legende vom Einzeltäter

Der Umgang der Justiz mit dem Rechtsextremismus



Ein „Pimpf“ der Wiking-Jugend lernt für den theoretischen Teil der „Pimpfenprobe“. Erst nach bestandener Probe darf der „Pimpf“ ein Fahrtenmesser tragen.

Weit über 2.000 rassistisch motivierte Straftaten wurden 1991 begangen. Die Zahl der Übergriffe auf AusländerInnen und Flüchtlinge stieg damit gegenüber dem Vorjahr um das Zehnfache. Was ist passiert in Deutschland?

„Die Welle der Gewalt ist kein Anzeichen für eine Wiedergeburt rassistischer oder nationalistischer Ideologien, sondern eine Krise der menschlichen Verständigung.“
(Bundespräsident Weizsäcker)

„Die Aufnahme von hunderttausenden Einwanderern führt naturgemäß zu deutlichen Streßreaktionen bei denjenigen, die in der Nähe großer Gruppen von Einwanderern wohnen. Diese Streßreaktionen als Ausländerhaß zu bezeichnen, bedeutet, die Realität nicht wahrzunehmen.“ (Reinhard Tausch, Psychologieprofessor, Hamburg)

„Wer mit den jugendlichen Rechtsradikalen spricht, stößt häufig auf orientierungslose Menschen, deren politisches Weltbild nur aufgesetzt ist, die provozieren möchten auf Teufel-komm-raus, die auf ihre mangelnden Zukunftsperspektiven aufmerksam machen möchten.“ (Nationale Offensive)

„Der fremdenfeindliche Skinhead stammt im Regelfall aus kaputten Familien. Er ist ohne Perspektive und ohne Anerkennung durch die Gesellschaft. Er hat viel Längeweile im Alltag.“ (Bundesamt für Verfassungsschutz)

„Die Anschläge haben mit Rechtsterrorismus nichts zu tun. Der Rechtsterrorismus ist keine aktuelle Gefährdung. Die Anschläge sind spontane Aktionen von aufgeputschten, fehlgeleiteten Jugendlichen mit rechtsradikalem Hintergrund, werden aber nicht von Organisationen verübt.“ (Generalbundesanwalt v. Stahl)

Zusammengefaßt ergeben diese Zitate ein Bild vieler spontan handelnder, vereinzelter Ausländerfeinde, die von den Einwanderern so gestreßt sind, daß sie gar nicht anders können, als aus Langeweile und mangels anderer Verständigungsmöglichkeiten AusländerInnen halbtot zu schlagen oder Flüchtlingsheime abzufackeln. Die Taten selbst haben keinerlei politischen, geschweige denn einen organisatorischen Hintergrund. Der spontane Einzeltäter feiert wieder fröhliche Urstände; ein seit Jahrzehnten durchaus gängiges Erklärungsschema von Politik, Polizei und auch Justiz, wenn es um Straftaten oder Attentate von Rechtsextremisten geht.

Gerade der Umgang der Justiz mit Rechtsextremisten spielt eine entscheidende Rolle, was den Spielraum und die Möglichkeiten rechtsextremistischer Aktion und Agitation betrifft. Dabei beeinflussen sich Justiz, Ermittlungsbehörde und Polizei gegenseitig. Es ist platt aber wahr: die deutsche Justiz ist

auf dem rechten Auge blind und versucht, diese Blindheit durch ein Vergrößerungsglas auf dem linken Auge auszugleichen. Um Kontinuitäten nachweisen zu können, bedarf es eines kleinen Ausflugs in die Geschichte.

Von der Weimarer Republik zur NS-Zeit

Es ist November 1918. Der Kaiser dankt ab, die Richter aber bleiben. Die Kernfrage der jungen deutschen Republik lautet: Übernahme des Verwaltungsapparats und der Justiz aus der Kaiserzeit oder Aufbau einer neuen Gesellschaft mit erneuertem Staatsapparat. Während Rosa Luxemburg eine umfassende Umbesetzung in Verwaltung und Justiz fordert, plädieren die Mehrheitssozialisten und Ebert für Kontinuität - und setzen sich durch. Struktur und personelle Besetzung der Gerichte und der Justizverwaltung bleiben und damit auch die autoritären, monarchistische und antiparlamentarische Gesinnung der Richterschaft.

Die Weimarer Republik unterstellte damit die monarchisch geprägte Richterschaft einer monarchisch geprägten Justizverwaltung. Man ging davon aus, mit Hilfe der Gesetzgebung durch das Parlament eine loyale Haltung der Justiz gegenüber der Republik sicherstellen zu können - eine Erwartung, die enttäuscht werden sollte. Die Richter wurden vor die Wahl gestellt, einen Eid auf die republikanische Verfassung zu leisten oder in Pension zu gehen. 99,85 % wählten den Eid, ohne deshalb auch Republikaner zu sein. Ein herausragendes Beispiel für die Kontinuität in der Justizverwaltung bietet der zutiefst monarchisch geprägte Dr. Curt Joel. Er blieb als Staatssekretär im Reichsjustizministerium unter 16 Regierungen der Weimarer Republik (1920 - 1931) im Amt und wurde zur bestimmenden Person in der Reichsjustizverwaltung, insbesondere deren Personalpolitik.

Die Richter verachteten die Weimarer Republik, den Staat, der ihrer Meinung nach aus „Rechtsbruch“ und „Hochverrat“ hervorgegangen war. Ihr Denken zielte auf die Wiederherstellung der alten monarchischen Autorität. Daß nur 300 von 10.000 Richtern sich im Republikanischen Richterbund organisierten, beweist den geringen Grad an Loyalität der Richter gegenüber der Republik. Der Republikanische Richterbund versuchte, das überkommene Leitbild des unpolitischen Richters als Fiktion zu entlarven und setzte dagegen, daß politische Vorstellungen, von dem was Recht sei, sehr wohl einen entscheidenden Einfluß auf die Urteilsprüche hätten.

Die politische Justiz spielte angesichts der Hetze gegen die Republik, angesichts von Putschversuchen und einer Vielzahl von politisch motivierten Morden eine große Rolle in der Weimarer Republik. Die Urteile in derartigen Verfahren sprechen eine ein-

deutige Sprache: Wer das Deutsche Reich als „deutsche Schieber- und Judenrepublik“ bezeichnet hatte, mußte 100 Mark Geldstrafe bezahlen. Wer aber in einer politischen Versammlung einen Heerführer „Schlachtermeister“ und Hindenburg „Oberschlachtermeister“ genannt hatte, kam sechs Wochen ins Gefängnis.

Das gleiche Bild ergibt sich bei den politisch motivierten Morden. Von 1919 bis 1922 gab es 20 von links, und 354 von rechts begangene politische Morde. Betrug die Gesamtstrafe bei den von links begangenen Morden 10 Erschießungen, 248 Jahre und 9 Monate Haft, dreimal lebenslänglich Zuchthaus, betrug sie bei den von rechts begangenen nur 90 Jahre und 2 Monate Haft, 730 Mark Geldstrafe und einmal lebenslänglich. Blieben von 20 von links begangenen Morden nur vier ungesühnt, waren es bei den 354 von rechts begangenen 326.

Dasselbe gilt für das im Juli 1922 verabschiedete Gesetz zum Schutz der Republik. Demnach konnte mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden, wer die Farben der Republik (schwarz-rot-gold) schändete bzw. Mitglieder der republikanischen Regierung beschimpfte. Der Ausspruch „Wir brauchen keine Judenrepublik“ wurde vom Landgericht Gleiwitz nicht geahndet. Es begründete den Freispruch damit, daß die Äußerung lediglich ein Ausfluß des Antisemitismus sei, lediglich „der Jude“ Gegenstand des Angriffs. Auch das Oberlandesgericht Breslau sah den Tatbestand als nicht erfüllt an, da keine Beschimpfung vorläge. Die Bezeichnung der Republikfahne als „Judenfahne“ blieb ebenfalls ohne Folgen, da die Juden Staatsbürger seien, die die Republik besonders verehrten.

Auch beim Tatbestand des Hochverrats wurde gleich verfahren, d.h. beim juristischen Umgang mit dem rechten Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 und der linken Münchener Räterepublik im Frühjahr 1919. So betrug die Gesamtstrafe der Mitglieder der Kapp-Regierung nur fünf Jahre für den damaligen Innenminister Jagow, alle anderen blieben in Freiheit und im Amt. Dagegen kam kein einziger von 52 angeklagten Mitgliedern der bayerischen Räteregierung ungeschoren davon. Sie wurden zu einer Gesamtstrafe von 135 Jahren und 2 Monaten verurteilt. Alle 60 angeklagten Militärs der Kapp-Regierung blieben in Freiheit, zwei davon flüchteten ins Ausland. Von den 72 angeklagten Militärs der Räterepublik wurden zwei erschossen, der Rest zu insgesamt 276 Jahren und 2 Monaten Haft verurteilt.

Bestätigte im Frühjahr 1923 der Staatsgerichtshof noch das Verbot der NSDAP, sah es nach dem Putschversuch von Hitler und Ludendorff im November 1923 ganz anders aus. Hitler wurde zwar am 1. April 1924 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, das Gericht gestand ihm aber „vaterländischen Geist und edelsten Willen“ zu und verzichtete auf die Anwendung des Repu-

bliksschutzgesetzes. „Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, kann nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des Republikschutzgesetzes keine Anwendung finden.“ Schon Mitte Dezember 1924 wurde Hitler entlassen.

Der Grund für die ungleiche Behandlung rechts- und linksgerichteter Taten liegt auf der Hand. Angriffe gegen die Republik von rechts entsprachen der nationalen Linie, zielten ab auf eine Beseitigung der Republik und eine Wiederherstellung der Monarchie und der autoritären Staatsordnung, d.h. sie trafen sich mit dem autoritären, monarchisch geprägten Denken der Mehrheit der Richterschaft. Angriffe von links dagegen wurden als drohende Bolschewisierung betrachtet, die die Nation in Gefahr brächte. Die Justiz verstand sich hier als Bollwerk gegen die drohende Gefahr. Diese Gesinnungs- und Wertegleichheit war der entscheidende Faktor für solche Urteile, nicht die zunächst noch sehr seltene Mitgliedschaft der Richter in der NSDAP.

Die Situation kurz nach Hitlers Macht ergreifung war dann gekennzeichnet von Amnestien für nationale Straftäter, der Anwendung des Strafrechts als politisches Kampfinstrument, der Gewährung rechtsfreier Räume für SA und SS und von Ergebnissadressen der Richtervereine an die Nationalsozialisten. Bis zum Zusammenbruch arbeitete die Justiz „pflichtgemäß“. Noch im Frühjahr 1945 wurden Zweifel am Endsieg von Sondergerichten geahndet. Als letzter Akt wurden belastende Akten vernichtet.

Im Westen nichts Neues

Im Westen gab es nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nur einen einzigen gerichtlichen Versuch, die Justiz des Dritten Reiches als Ganzes strafrechtlich aufzuarbeiten: die Nürnberger Juristenprozesse gegen 14 Justizjuristen, drei ehemalige Staatssekretäre und Richter. Am 3. und 4. Dezember 1947 wurden die Urteile gefällt: vier mal lebenslänglich, vier mal 10 Jahre, einmal 7 und einmal 5 Jahre. Bereits 1950 kamen aber die meisten Verurteilten wieder frei, der letzte wurde 1956 entlassen. Zum ersten und zum letzten Mal sprach ein Gericht von der aktiven Mitschuld der Justiz und der Beteiligung an den Verbrechen des NS-Regimes. In der Urteilsbegründung heißt es: „Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen.“

Darüber hinaus gab es keine Aufarbeitung der Geschichte der Justiz im Dritten Reich, im Falle des berüchtigten Volksgerichtshofes ist kein einziger Fall einer rechtskräftigen Verurteilung bekannt. Mit dem sogenannten „G 131“ vom Mai 1951, der den ehemaligen Beamten einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung zubilligte, war der Schlußstein zum Wiederaufbau der bundesdeutschen Justiz gesetzt. Die personelle

Kontinuität, die die Entnazifizierung eigentlich hatte verhindern wollen, fand damit ihre rechtliche Absicherung.

40 Jahre Verdrängen und Vergessen haben schließlich eine Amnestie für Justizverbrecher auf krummen Wegen bewirkt. Die Frage nach der Verantwortung für die schnelle und nahezu widerstandslos erfolgte Pervertierung des Rechts nach 1933 wurde beiseite geschoben. Nach dem Schema „Gesetz ist Gesetz“ und „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ wurden die Richter entlastet. Den Rest erledigte der starke Korpsgeist unter der Richterschaft. Selbst Bundesjustizminister Engelhardt hielt in einem Geleitwort für einen Ausstellungskatalog zum Thema „Justiz und Nationalsozialismus“ 1989 diese Flucht vor der Vergangenheit „für die Fehlleistung der bundesdeutschen Justiz“.

Nach 1945 war die Rechtsprechung in Westdeutschland geprägt vom Kalten Krieg; einem Kalten Krieg nicht in den Kasernen, sondern im Gerichtssaal. Westdeutschland war Frontstaat gegen den Kommunismus, Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Diktatur (und nicht nur Kommunisten) wurden erneut verfolgt. Sie mußten sich oft vor dem selben Richter verantworten, der vorher noch das Hakenkreuz an seiner Robe getragen hatte. Ehemalige Opfer wurden wieder Opfer, einstige Täter erneut Täter. Bei der rigiden Kommunistenverfolgung trat anstelle des Nachweises einer individuellen Schuld die Kontaktschuld. Nach dem KPD-Verbot 1956 wurden KPD-Mandatsträger rückwirkend angeklagt; die bloße Mitgliedschaft wurde als Verbrechen geahndet. Erst 1961 bereitete das Bundesverfassungsgericht dieser Praxis ein Ende.

Hervorragendes Beispiel für den Umgang der Justiz mit Rechtsextremisten in der Bundesrepublik ist die Praxis des § 129 bzw. § 129a, die Bildung, Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung. Weder die Wehrsportgruppe Hoffmann, noch das „Kommando Omega“, auch nicht Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ oder andere Gruppen wurden als terroristische Vereinigung strafrechtlich belangt. Bis auf die einzige Ausnahme des Manfred Roeder und der Mitglieder seiner „Deutschen Aktionsfront“, die 1982 wegen Anschlügen auf Flüchtlingsheime nach § 129a verurteilt worden waren, ist der § 129a kein Paragraph für Rechtsextremisten.

So bemüht die handverlesenen Richter bundesdeutscher Oberlandesgerichte sind, linke Gruppen aller Art zu terroristischen Vereinigungen hochzustilisieren, so phantasievoll argumentierten sie, um den § 129a nicht auf Attentäter aus neonazistischen Organisationen und militante Rechtsextremisten anwenden zu müssen. Das hat Tradition. Unter den zwölf 1950 als verfassungsfeindlich eingestuft und verbotenen Organisationen befanden sich neun

kommunistische und drei faschistische. Im Gegensatz zu den kommunistischen Organisationen wurden die drei faschistischen, die „Sozialistische Reichspartei“, die „Schwarze Front“ und die „Nationale Front“, nicht als kriminelle Vereinigung nach § 129 verfolgt.

Mit der Praxis de §§ 129 und 129a wird auf der juristischen Seite unterstrichen, was aus eindeutigem politischen Interesse von offizieller Seite immer wieder betont wird: rechte Attentate werden von Einzeltätern verübt, es gibt keine national und international vernetzten rechtsextremen militanten Strukturen. Ist dies gar nicht mehr zu leugnen, wird plötzlich festgestellt, daß die terroristische Vereinigung ihren Sitz im Ausland habe und somit nicht mehr unter die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts falle. Ein Umfeld haben diese Gruppen sowieso nicht. Begriffe wie „Sympathisant“ oder „Unterstützer“ finden bei Rechtsextremisten keine Anwendung. Finanzstarke Hintermänner oder Herkunft der Waffen interessieren Richter und Ermittler ebenso wenig, wie sie politische Bekenntnisse als Indizien werten. Schließlich handele es sich ja um „keine politischen Prozesse“.

Der Bundesgerichtshof selbst stellte mit seinem höchstgerichtlichen Spruch vom 5.1.81 den rechtsterroristischen Gruppen einen Freibrief aus. Der Haftbefehl gegen den Wehrsportgruppen (WSG)-Chef Karl-Heinz Hoffmann aus Nürnberg wegen § 129a wurde damit außer Kraft gesetzt. Die Begründung: die WSG-Ausland im Libanon verfüge über keine Teilorganisation in der BRD, daher dürfe der § 129a nicht angewendet werden. Daß aber alle Operationen der WSG-Ausland von Hoffmanns Sitz in Ermreuth bei Erlangen aus gesteuert, alle Libanon-Kämpfer in der BRD rekrutiert worden waren und alle Planungen auf Anschläge in der BRD (Befreiung von Rudolf Heß, Anschläge auf die Öl-Raffinerie in Ingolstadt, Ermordung von bundesdeutschen Staatsanwälten) abgezielt hatten, juckte den Bundesgerichtshof (BGH) nicht. Er fand „keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine Teilorganisation in der BRD“.

Für Hoffmann hatte dieses Urteil positive Folgen. Die kollektive Haftungskonstruktion des § 129a, wonach jedes Gruppenmitglied automatisch für die Taten anderer Mitglieder verantwortlich ist, entfiel. Der individuelle Tatnachweis wurde erforderlich. Da Hoffmann aber nie selbst mit Hand angelegt hatte, konnte ihm das Gericht in den gravierenden Fällen wie z.B. dem Mord an dem Erlanger Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen im Dezember 1990 oder dem Oktoberfestattentat im September 1990 nichts nachweisen. So wurde Hoffmann wegen kleinerer Delikte wie Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Geldfälschung oder Waffenbesitz zu neunzehn Jahren verurteilt.

Auch das 1981 in Paris von deutschen Neonazis gegründete terroristische „Kommando Omega“ hat dem BGH zu danken. Im engsten Umkreis des Chefs der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“, Friedhelm Busse, gegründet, hortete das Kommando jede Menge Sprengstoff und beabsichtigte, Anschläge auf deutsche staatliche Stellen, Richter und Staatsanwälte zu verüben und Verräter aus den eigenen Reihen zu liquidieren. Durch Zufall kam die Polizei ihnen auf die Spur. Bei einer Schießerei in München starben zwei Neonazis im Kugelhagel der Polizei. Busse wurde festgenommen und u.a. wegen Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angeklagt. In ihren Plädoyers erinnerten sich die Bundesanwälte aber des BGH-Urteils und ließen den Vorwurf des § 129a fallen. Busse wurde wegen Hehlerei, Waffen- und Sprengstoffbesitz zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Seine vielfältigen Kontakte im In- und Ausland, insbesondere nach Belgien und Frankreich, interessierte die Richter nicht. Als strafmildernd wertete es das Oberlandesgericht München, daß Busse aus „falsch verstandener kameradschaftlicher Gesinnung“ die Gruppenmitglieder bei sich habe wohnen und den Sprengstoff in seiner Garage habe lagern lassen. Heute ist der Mann mit der richterlich attestierten „kameradschaftlichen Gesinnung“ der Vorsitzende der militanten „Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP).

Besonders abstrus wird die juristische Praxis des § 129a bei Rechtsextremisten im Falle der Gruppe Hepp/Kexel. Odfried Hepp und Walter Kexel verübten mit weiteren Gesinnungsfreunden Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten und Army-Einrichtungen im Rhein-Main-Gebiet. Während alle anderen Gruppenmitglieder festgenommen wurden, gelangt Hepp zunächst die Flucht über Ostberlin nach Paris. Die Gruppe ohne Hepp wurde zwar wegen § 129a angeklagt, das Frankfurter Landgericht sah aber im März 1985 diesen Tatvorwurf nicht als erwiesen an. Nach seiner Festnahme wurde Hepp im Oktober 1987 dann wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt, deren potentielle Mitglieder allesamt im Verfahren zwei Jahre zuvor von diesem Vorwurf freigesprochen worden waren. Hepp wurde damit zum exklusiven Mitglied seiner „Gruppe“.

Den Begriff des Sympathisanten gibt es in Zusammenhang mit militanten Neofaschisten anscheinend nicht. Prädestiniert dafür wäre die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG), vom Bundesamt für Verfassungsschutz zeitweilig als größte rechtsextremistische Gruppierung in der BRD eingestuft. Ihr Ziel ist eindeutig: sie will die „Kampfmoral inhaftierter Kameraden erhalten und stärken“. Die HNG verfügt über



**UNSERE VÄTER WAREN
HELDEN
SCHLUSS MIT
DER 6 MILLIONEN JUDEN-LÜGE
UND DER KRIEGSSCHULD-LÜGE
DIE DVG FORDERT:
WAHRE BERICHTERSTATTUNG ÜBER
ADOLF HITLER UND SEINE SOLDATEN!**

LESEN SIE UNSERE FLUGBLÄTTER! DEUTSCH: VÖLKERISCHE GEMEINSCHAFT, DVG, C. WERNER BRUNN, POSTFACH 410 130
7500 KARLSRUHE 41, POSTFACH 60010 KARLSRUHE 18019-7500 BREITENBURG (BRUNNEN)

sehr gute Kontakte nach Frankreich, Belgien und in die USA. Sie ermöglichte z.B. Kühnen die Flucht nach Paris. Kein HNG-Mitglied wurde jemals wegen Werbens für oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung belangt.

Das Paradebeispiel: der Einzeltäter

Die stete Leugnung nationaler und internationaler Verflechtungen neonazistischer Gruppen zieht in letzter Konsequenz die beliebte Einzeltätertheorie nach sich, den meist psychopathischen, von jeglichen Gruppenzusammenhängen losgelösten Einzeltäter. So favorisierte das bayerische Landeskriminalamt im Falle des Oktoberfestattentats vom ersten Tag an die Einzeltäterversion. Vielfältige Hinweise auf Hintergründe und eventuelle Mittäter wurden ausgeblendet. Das WSG-Mitglied Gundolf Köhler soll die Bombe demnach allein gelegt haben. Offizielles Motiv: Probleme mit der Freundin und im Studium. Auch das WSG-Mitglied Uwe-Behrendt soll im Dezember allein und aus undurchsichtigen Motiven heraus den Doppelmord von Erlangen begangen haben. Schließlich soll Forstwirtschaftsmeister Heinz Lembke in Niedersachsen 31 Waffendepots ganz allein aus Spaß an der Freude angelegt haben. Während das LKA von einer sechsköpfigen Gruppe sprach, änderte sich mit der Übernahme des Falles durch die Bundesanwaltschaft schlagartig alles. Eine Nachrichtensperre wurde verhängt, drei erst kurz zuvor verhaftete Neonazis wieder entlassen, alle

Verfahren eingestellt, nur Lembke blieb in Haft. Er hängt sich wenig später in Untersuchungshaft.

Auch bei Josef Saller, einem 19-jährigen Lehrling, den es in einer Dezembernacht 1988 „überkam“, ein überwiegend von türkischen Familien bewohntes Haus in der Schwandorfer Innenstadt anzuzünden, war es nicht anders. Die polizeiliche Desinformation begann bereits kurz nachdem die Glut erloschen war. Drei türkische Staatsangehörige und ein Deutscher kamen in den Flammen um. Die Schwandorfer Polizei schloß zwar Brandstiftung nicht aus, dementierte jedoch sofort Meldungen, wonach ein politisch motivierter Brandanschlag verübt worden sei. Einen Tag nach dem Brand fanden Ermittler den Aufkleber „Türken raus“ an einem benachbarten Haus. Die Spur führte sie zu dem

stadtbekannten Rechtsextremisten Josef Saller. Am 5. Januar 1989 legte der Lehrling ein umfassendes und detailliertes Geständnis ab. Sein Motiv: er habe Ausländer ärgern wollen.

Durch das Geständnis des Rechtsextremisten war die Polizei gezwungen, eine neue Version des Tathergangs zu verbreiten. Fest stehe demnach, so die Polizei in einer Pressemitteilung kurz nach dem Geständnis, daß „an dem Verbrechen kein zweiter Täter beteiligt war, auch keine rechtsradikale Gruppierung im Hintergrund mitwisserisch oder anstifterisch tätig war“. Noch bevor eine Hausdurchsuchung bei Saller umfangreiches Adressenmaterial und Propagandaschriften der militanten „Nationalistischen Front“ (NF) und der FAP zu Tage gefördert hatte, noch bevor Sallers aktive Mitgliedschaft in gehobener Position bei der NF bekannt geworden war und lange bevor Kontaktpersonen aus dem rechten Spektrum überhaupt vernommen worden waren, setzte die Kripo die Version vom Einzeltäter in die Welt. Eine Version, die sie bis zum Ende der Ermittlungen konsequent durchhielt und die schließlich auch vom Amberger Landgericht übernommen wurde.

Systematisch wurden Hinweise ausgeblendet, die auf Saller als organisierten Neonazisten hindeuteten. Bei Saller gefundene Briefumschläge wanderten z.B. ungeöffnet in die Asservatenkammer. Erst auf Drängen der Nebenkläger öffnete man sie und fand revisionistisches Propagandamaterial eines der führenden österreichischen Neofaschisten. Bundesbahnfahrkarten, die darauf hindeuteten, daß Saller un-

mittelbar vor der Tat zum 4. Bundesparteitag der NF nach Bielefeld gefahren war, fanden keinen Eingang in die Gerichtsakten. Die Führer von NF und FAP wurden niemals zu ihrem „Kameraden Josef“, wie sie ihn nachher in ihren Publikationen bezeichneten, befragt. Kontakte zu örtlichen „Republikanern“ fielen unter den Tisch, entsprechende Kontaktpersonen wurden nicht einmal vernommen.

Die Nähe zwischen der hetzerischen rassistischen Propaganda der NF zu Sallers todbringender Aktion hat weder die Kripo noch die Staatsanwaltschaft oder das Gericht interessiert. Saller wurde als Einzeltäter, der sich „vom Einzelgänger zum Einzelkämpfer entwickelt“ habe, nicht wegen Mordes, sondern wegen schwerer Brandstiftung schließlich zu 12 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Seitdem findet sich sein Name auf der Liste der „Nationalen Gefangenen“ in der Zeitschrift „NS-Kampfruf“ der illegalen „NSDAP-AO“. In Interviews mit offen faschistischen Skinhead-Magazinen wie „Querschläger“ oder „Frontal“ meldet sich Saller aus der Zelle zu Wort. Sein „größter politischer Wunsch“ ist demnach ein „Besatzer- und ausländerfreies Deutschland in germanisch-preußischer Tradition in den Grenzen von 1938, ein Europa ohne Neger, Rote und Hakennasen“ und „vor allem, daß sich der Nationalsozialismus wieder durchsetzt“. Saller gibt seine Bewunderung für den ehemaligen SS-Obergruppenführer und Chef des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich kund.: „Das war genau ein Nationalsozialist nach meinem Geschmack. Ein SS-Führer mit Stil, Eleganz und Durchsetzungsvermögen.“ Der „Einzelkämpfer“ Saller pflegt auch eindeutige Kontakte aus seiner Zelle heraus. Er gibt in dem Interview zu, daß Kontakte zur „HNG, Kurt Müller (Neonazi aus Mainz, B.S.) und zu anderen Kameraden der FAP“ bestünden.

Auch im Osten nicht viel Neues

Auch im realexistierenden Sozialismus Marke DDR gab es mannigfaltige Kontinuitätslinien von der Zeit des Nationalsozialismus bis zur Gegenwart. Der Verfassungsgrundsatz, daß dort „Faschismus mit Stumpf und Stiel“ ausgerottet wäre, grenzt an Selbstbetrug. Es ist zwar unbestritten, daß es in der DDR insbesondere unter Führung der sowjetischen Besatzungsmacht gelungen ist, die ökonomische Basis des Faschismus zu zerstören. Es gab eine gewaltige Bodenreform, eine schonungslose Enteignung der Großindustriellen und auch eine Entnazifizierung, die mit 520.000 entlassenen Verwaltungsangestellten und mit 13.000 Urteilen gegen Nazi-Verbrecher die halbherzigen Versuche in den Westzonen erheblich in den Schatten gestellt hat. Trotzdem ist es nicht gelungen, im Bewußtsein der Bevölkerung entscheidende Veränderungen zu bewirken

und damit die Möglichkeiten zum Überleben einer faschistischen Geisteshaltung zu verhindern. D.h. das Problem der DDR war nicht in dem Maße die personelle Kontinuität (die es aber auch gegeben hat), sondern das politische Klima, das rechtsextremen Ideologien nicht nur ein Überleben sondern auch Reproduktionsmöglichkeiten gesichert hat.

Hier muß die Art der Entnazifizierung der „kleinen Nazis“ erwähnt werden. Schon 1947 wurden einfache NSDAP-Mitglieder pauschal entlastet. 1948 wurde das Ende der Entnazifizierung offiziell beschlossen, selbstverständlich geschuldet der geänderten politischen Konstellation (Anfänge des „Kalten Krieges“) und dem Sachzwang, nach dem Zusammenbruch eine funktionierende Verwaltung wieder aufzubauen. Schon im Mai 1948 erhielten die alten NSDAP-Mitglieder und Wehrmachts-Angehörigen mit der Gründung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NDPD) eine Plattform zur politischen Betätigung. Die NDPD war eine ganz normale, anerkannte Blockpartei und besaß 52 Abgeordnete in der DDR-Volkskammer. In ihrem Parteiprogramm 1951 fordert sie unmißverständlich „Deutschland den Deutschen“ und „Deutschland muß leben“. Der 3. SED-Parteitag beschloß schließlich 1950, daß die „Wurzeln des Faschismus ausgerottet“ seien. Im Mai 1964 währte sich Walter Ulbricht „auf der historisch erprobten Straße des sicheren Siegers“ und im Mai 1975, anläßlich des 30. Jahrestags der Befreiung, sah Erich Honnecker sich „und uns alle bei den Siegern der Geschichte“.

Diese „Sieger der Geschichte“ hatten es nicht mehr nötig, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die rein ökonomistische Faschismus-Definition nach Dimitroff, wonach die Faschisten ausschließlich als Handlanger des Finanzkapitals verstanden wurden, machte es nicht mehr nötig, der Frage nachzugehen, warum denn 13 Millionen Deutsche die NSDAP gewählt hatten. Das deutsche Volk wurde in der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung als „betrogen, irregeführt, belogen und verführt“ dargestellt. Die Faszination, die der Faschismus auch gerade unter den Arbeitern ausgelöst hatte, blieb unberücksichtigt, die Arbeiterschaft wurde per Definition für antifaschistisch erklärt. Es war immer nur vom Faschismus die Rede, das Wort „Nationalsozialismus“ und damit die spezifische Qualität des deutschen Faschismus mit der systematischen Vernichtung der Juden kam in der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung nicht vor. Die mangelhaft aufgearbeitete Vergangenheit, der ritualisierte, inhaltsleere und verordnete Antifaschismus schufen zusammen mit der kleinbürgerlichen, auf Aus- und Abgrenzung abzielenden Sozialisation in der DDR ein Klima, in dem rechtsextreme Ideologie gedeihen konnte.

Darüber hinaus gab es jedoch auch per-

sonelle Kontinuitäten. 1968 ging Simon Wiesenthal mit einer Liste der Namen von 39 hochrangigen Vertretern der DDR-Medien (bis hinauf zum stellvertretenden Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“) an die internationale Öffentlichkeit. Die Beschuldigten trugen nicht nur hohe Orden der DDR, sondern wiesen auch eine bedeutende Karriere in der NS-Zeit, insbesondere in den dortigen Propagandastellen auf. Wiesenthal begründete die antisemitische und antizionistische Hetze gegen Israel in den DDR-Medien mit dieser Kontinuität. General Arno von Lenski ist ein Paradebeispiel für Kontinuität. Er war Volkskammerabgeordneter für die NDPD und Träger der Medaille für „Kämpfer gegen Faschismus von 1933 bis 1945“. Dieser „Kämpfer gegen Faschismus“ saß aber als Beisitzer im berühmten Volksgerichtshof unter Roland Freisler und setzte nachweislich seine Unterschrift unter 20 Todesurteile.

Angesichts des allgemeinen Klimas und solcher Kontinuitäten ist es auch kein Wunder, daß es in der DDR schon lange vor der Wende rechtsextremistische Gruppierungen und auch Aktivitäten gegeben hat. Die nach der Wende durch Hausbesetzungen in der Ostberliner Weitingstraße bekannt gewordene „Nationale Alternative“ geht z.B. zurück auf die 1986 gegründete „Lichtenberger Front“, die sich dann zwei Jahre später in „Bewegung 30. Januar“ umbenannte. Chef dieser Gruppierungen war André Riechert, bezeichnenderweise Sohn eines für Rechtsextremismus zuständigen Leutnants des Ministeriums für Staatssicherheit.

Neonazistische Aktivitäten in der DDR wurden im Westen zum ersten Mal mit einem Prozeß gegen die Skinheads bekannt, die im Oktober 1987 zusammen mit Westberliner Skins ein Punkkonzert in der Zionskirche überfallen hatten. Es war dies das erste Mal, daß auch die Medien in der DDR über ein Gerichtsverfahren gegen Rechtsextreme berichteten. Wegen „Rowdytum“ und „Asozialität“ wurden die Skins damals zu Strafen bis zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Die Tat wurde nicht als politische Tat gehandelt, Straftatbestände wie z.B. verbotene westliche Verbindungsaufnahme oder Besitz von faschistischer Literatur ließ man unter den Tisch fallen.

Kurz darauf sorgte ein weiterer Prozeß gegen jugendliche Skinheads für Aufsehen. Diese hatten zwischen November 1987 und März 1988 den Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Ostberlin insgesamt fünfmal geschändet. 222 Grabsteine wurden bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Pikanterweise gehen alle Fenster der Rückfront der Volkspolizei-Inspektion Prenzlauer Berg genau auf diesen Friedhof hinaus. Nach Aussage eines Tatbeteiligten hatten die Skins sich einen Wettbewerb daraus gemacht, wer es „unter Abspielen lauter Musik“ schafft, in kürzester Zeit die meisten Grabsteine mit

Hämmern zu zerstören. In der Anklageschrift steht, die Jugendlichen hätten „unter Alkoholeinfluß sich gegenseitig bestärkend faschistische und antisemitische Parolen“ gegrölt. In der VoPo-Inspektion wollte aber niemand etwas davon gehört haben, die Täter wurden erst Wochen später verhaftet und dann zu drakonischen Strafen verurteilt (sechseinhalb Jahre für einen 16jährigen). Dieses Strafmaß war jedoch weniger dem antifaschistischen Selbstverständnis der DDR geschuldet, sondern eher tagespolitischen Erwägungen. Zu dieser Zeit verhandelte die DDR-Staatsführung mit dem Jewish Claims Comitee über eine symbolische Wiedergutmachungszahlung an Israel, um so den Weg für US-amerikanische Wirtschaftshilfe freizumachen. Da mußte man, um ein günstiges Verhandlungsklima zu schaffen, ein hartes Durchgreifen vorspielen.

Diese beiden Vorkommnisse sind keine Einzelfälle. Die VoPo registrierte 1988 185 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, ein Jahr später bereits 300. 1.000 Skinheads waren amtlich bekannt. Man kann rassistische Überfälle in der DDR bis in die 60er Jahre zurückverfolgen. 1974 wurde eine Reihe von jüdischen Friedhöfen in der DDR geschändet. Schon damals kritisierte der „Verband jüdischer Gemeinden in der DDR“, daß die antisemitischen Vorfälle nicht dadurch ungeschehen gemacht werden könnten, indem „man ihre Spuren möglichst schnell beseitigt, beziehungsweise Verhandlungen gegen gefaßte Täter unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ führt. In den 80er Jahren bildeten sich in der DDR dann die Subkulturen der Punks, Skins, Gruffies und Müslies heraus. Insbesondere nach den harten Urteilen 1987 gründeten sich sogenannte „Fascho-Skin“-Gruppierungen, die ihr martialisches Outfit ablegten und als anerkannte Mitglieder der DDR-Gesellschaft am Arbeitsplatz oder in gesellschaftlichen Institutionen agierten. Eine VoPo-Studie kommt denn auch zu dem Ergebnis, daß diese Fascho-Skins in der Regel „unauffällige, angepaßte, ordentliche und disziplinierte Bürger“ wären, die „aus gutem, stabilem Elternhaus“ stammen würden.

Das ist der Knackpunkt für den Umgang der DDR-Justiz mit Rechtsextremisten. Skins waren gerade nicht die am meisten repressiv unterdrückte Systemopposition in der DDR, wie sie sich nach der Wende in den Medien so gern darstellten. So fand sich in den Prozessen gegen rechtsextreme Skins zwischen 1986 und 1989 kein einziges für das Strafmaß ausschlaggebendes negatives Gutachten eines sogenannten „Kollektivvertreters“ (d.h. aus dem Arbeitskollektiv). Die Werte der Rechtsextremisten wie Disziplin, Fleiß, Ordnung und Sauberkeit waren auch die Werte des DDR-Sozialismus. Kein Wunder, daß selbst neofaschistische Gruppen im Westen wie z.B. die „Nationalistische Front“ dem Untergang der DDR mehr

Film und Kritik

Heft 1

Revisited der Fall Dr. Fanck die Entdeckung von Natur im deutschen Bergfilm

Nicht erst die neuesten Filme, wie Werner Herzogs *Schrei aus Stein*, rekurrieren in einer Krise der Naturverhältnisse auf alte Bilder und Vorbild(n)er: Arnold Fanck war einer der wichtigsten und umstrittensten Regisseure der Weimarer Republik. Ausgehend von der enormen Popularität der Filme Arnolds Fancks und seiner früheren Mitarbeiter, wie Leni Riefenstahl und Luis Trenker, soll in den Aufsätzen versucht werden, sowohl die ästhetischen Inszenierungen als auch die Thematisierung der Naturverhältnisse näher zu bestimmen. Neben diesen an Problemen einer faschistischen Ästhetik orientierten Fragestellungen untersuchen weitere Artikel die hiermit verbundene Thematisierung des Geschlechterverhältnisses und grundsätzliche Aspekte der Verfilmbarkeit von Landschaft.



P.S. Um die Sehnsucht nach den Bergen zu stillen, findet vom 18. bis 21. Juni 1992 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Filmmuseum Frankfurt im Kommunalen Kino eine Retrospektive der Filme Arnolds Fancks statt.

Filmliteratur bei Stroemfeld/Roter Stern

Frauen und Film - erscheint halbjährlich
Hg. von Gertrud Koch und Heide Schlüpmann
Heft 44/45 Zur Ästhetik des faschistischen Films
Heft 46 Autorenfilmer/Filmautorinnen
Heft 47 Mann + Frau + Animal
Heft 48 Väter + Töchter
Heft 49 Horrorfilm
Heft 50/51 Sex + Tod + Alter
Heft 52 Dokumentarfilm

Band 32 Territorien
Band 33 Hier und anderswo. Filmemachen in der 3. Welt
Band 35 Film + die Künste
Band 36 Kinos Reden

Gertrud Koch
Was ich erbeute sind Bilder. Zum Diskurs
der Geschlechter im Film

CINEMA - Schweizer Filmjahrbuch
Band 31 Wider das Unverbindliche.
Kino + Film + polit. Öffentlichkeit

Heide Schlüpmann
Die Unheimlichkeit des Blicks. Das Drama
des frühen dt. Kinos

Bitte fordern Sie unser kostenloses Gesamtverzeichnis an

Stroemfeld/Roter Stern

Holzhausenstraße 4, 6000 Frankfurt am Main

als nur eine Träne nachweint. In der Oktober-Ausgabe 1990 ihrer internen Zeitschrift *Aufbruch* nahm die „Organisationsleitung“ der NF Stellung zur Wiedervereinigung unter der Überschrift: „Die DDR existiert nicht mehr. Grund zur Freude? Sicher nicht!“ Jetzt, so beklagte die NF, kämen die „westlichen Werte mit voller Breitseite“ in die DDR. Die BRD habe „von Anfang an auch Geist, Seele und Kultur unseres Volkes zerstört“. 40 Jahre realer Sozialismus waren für die NF vom Ergebnis her eine „Atempause für völkische Substanz, Kultur und Sitte unseres Volkes“. Sie loben den Mauerbau als „Bollwerk gegen die zersetzenden Einflüsse des Westens“, womit sie Materialismus und Liberalismus meinen. „Die sogenannte 'Wiedervereinigung' ist der Sieg der geistigen und kulturellen Entartung über einen weiteren Teil unseres Volkes.“

Angeichts dieser Wertegleichheit verundert es nicht mehr, wie hart staatliche Stellen gegen Linke und Punks, wie lasch aber gegen Skins und Rechte vorgegangen sind. So hatte zwar die DDR ein explizit politisches Strafrecht - insbesondere den § 220 des DDR-Strafgesetzbuches („Öffentliche Herabwürdigung“). Demnach wurde bestraft, „wer in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder Symbole dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt“. Rechtsextreme wurden aber, wenn überhaupt, nur wegen Rowdytum oder Asozialität verurteilt. Auch das Ministerium für Staatssicherheit hatte eher die spärlichen antifaschistischen Gruppierung im Visier als die rechtsextremen Gruppen. Antifaschisten wurden mit deutscher Gründlichkeit ausgekundschaftet, beschattet und verfolgt, Rechtsextremisten konnten dagegen teilweise unter dem Auge der Stasi ihre Aktivitäten weiterverfolgen. In sogenannten staatstragenden Organisationen wie der paramilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) oder den FDJ-Ordnungsgruppen fühlten sich die Rechtsextremisten wohl. Von 84 zwischen 1986 und 1989 angeklagten Rechtsextremisten waren 17 in der FDJ-Ordnungsgruppe, davon zehn im Rang eines Gruppen- oder Hundertschaftsführer, und 22 waren Funktionäre der GST. Gemäß dem „Handbuch der gesellschaftlichen Organisationen der DDR“ bestand die Funktion der FDJ-Ordnungsgruppen darin, überall dort für eine „saubere Atmosphäre, für Ordnung und Disziplin“ einzutreten, „wo die Jugend ihre Freizeit verbringt oder sich zu jugendpolitischen Höhepunkten versammelt“.

Mit welcher Akribie Punks verfolgt wurden, zeigt ein Fall im August 1989. Dort wurde ein junger Mann vom Kreisgericht Magdeburg mit einer Ordnungsstrafe von 100 Mark belegt, nur weil er als Punk gekleidet vor Gericht erschienen war. Die Staatsanwältin argumentierte in ihrem Plädoyer

gegen Punks, die auf einem Rummelplatz in eine Schlägerei verwickelt worden waren, völlig linientreu: „Es gibt für solche jungen Leute in der DDR keinen Raum.“ So etwas werde nicht akzeptiert, weil sich „die äußere Haltung mit den inneren Wertmaßstäben verbindet und weil sich diese äußere Aufmachung und innere Haltung mit Fleiß und Anstand nicht verbinden“. Es sei vorbei, daß „sich bei uns jeder so geben und kleiden kann, wie er will“. Im Umkehrschluß lagen Kleidung und innere Haltung bei rechtsextremen Skins exakt auf der staatlichen Linie.

Phantasievolle Strafmilderung für Rechtsextremisten in Gesamtdeutschland

Nach dem Pogrom von Hoyerswerda, nachdem also eine gewisse Sensibilisierung der Öffentlichkeit für rassistische Überfälle eingetreten ist, halten gesamtdeutsche Gerichte nicht viel davon, hart gegen die Täter durchzugreifen. Die Richter wollen beweisen, daß es gerade nicht um politische Prozesse gehe, und bemühen ihre Phantasie, um strafmildernde Gründe für die Täter zu benennen. Das Pogrom in Hoyerswerda selbst hatte bislang nur zwei Prozesse zur Folge. Anfang Dezember wurde ein 19-jähriger Marktverkäufer wegen schwerem Landfriedensbruch und Volksverhetzung zu fünfzehn Monaten Jugendhaft verurteilt. Nach sechs Monaten wird über seine Bewährung entschieden. Im zweiten Prozeß gegen drei Initiatoren der Ausschreitungen (drei Skins zwischen 22 und 28 Jahren) beschränkte sich das Gericht auf eine Strafe von 18 Monaten mit Bewährung. Strafmildernd nahm das Gericht die Unzurechnungsfähigkeit der Angeklagten zur Tatzeit „wegen Alkoholkonsums“ an. „Wir haben die politische Dimension des Verfahrens nicht zu beurteilen“, bekräftigte der Richter mehrmals. Ganz nebenei ergab die Beweisaufnahme, daß die drei Rädelsführer während der gesamten Ausschreitungen von einem Polizeifahrzeug begleitet wurden. Die Polizisten griffen nicht ein.

Der erste Prozeß gegen rechtsextreme Gewalttäter in den fünf neuen Ländern überhaupt fand im November vor dem Jugend-schöffengericht in Zittau statt. Vor Gericht standen acht Angeklagte im Alter zwischen 18 und 34 Jahren, darunter der Kreisvorsitzende der örtlichen „Republikaner“. Sie mußten sich wegen schwerem Landfriedensbruch, Körperverletzung und Volksverhetzung vor Gericht verantworten. Am Himmelfahrtstag hatten sie ein Kinderheim überfallen, in dem Kinder aus Tschernobyl untergebracht waren und dabei den sowjetischen Betreuer verletzt. Während die Verteidigung den Vorfall als „entartete Männer-tagsfeier“ bezeichnete, lieferte auch das Gericht Grund zur Freude für die im Gerichtssaal anwesenden zahlreichen Gesin-

nungsfreunde der Angeklagten. Ein Jahr für den REP-Vorsitzenden, zweimal 15 Monate ohne Bewährung und vier Bewährungsstrafen lauteten die milden Urteile. Der Richter dazu: „Das ist schließlich kein politischer Prozeß.“

Im Dezember 1991 stand mit dem in Kanada lebenden Deutschen Ernst Zündel einer der Hauptprotagonisten der „Auschwitz-Lüge“ in München vor Gericht. Selbst das Bundesinnenministerium hält inzwischen den Revisionismus für eine ernsthafte Gefahr und verweist darauf, welche Klammerfunktion er für die rechtsextreme Szene hat. Zündel wurde wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe in Höhe von 12.600 DM verurteilt. Strafmildernd wertete es das Gericht, daß die „Deutschen in ihrer überwältigenden Mehrheit so gefestigt sind, daß vom Angeklagten und seinen Mitstreitern keine ernste Gefahr ausgehen“.

Am 12. Februar kam ein 19-jähriger Skinhead, der in Friedrichshafen einen Angolaner erstochen hat, mit einer Jugendstrafe von 5 Jahren davon. Das Gericht verurteilte ihn nur wegen Totschlags mit bedingtem Vorsatz, da man davon ausgehen müsse, „daß die Hautfarbe des Opfers wesentlich zu der Tat beigetragen“ hatte. Zwei Wochen später mußte sich das Landgericht Koblenz ebenfalls mit einem rassistisch motivierten Mord befassen. Ein 18-jähriger Skinhead hatte am 28.12.1990 in einer rheinland-pfälzischen Kleinstadt einen 17-jährigen Kurden mit dem Messer von hinten erstochen. Er wurde wegen Totschlags mit bedingtem Vorsatz zu sechs Jahren Jugendstrafe verurteilt. Der Skinhead hatte sich bei der Polizei als Rädelsführer der „Taunusfront“ bezeichnet und war dem Verfassungsschutz bei überregionalen Aufmärschen und Skinhead-Treffen aufgefallen. Trotzdem wertete die Staatsanwaltschaft die Tat als Ergebnis von „Spannungen zwischen den Dorfjugendlichen und den Kurden“ bzw. von „Reibereien in der Schule“. Der 18-jährige Skin sei zwar in der „Taunusfront“ gewesen, sein Lebensinhalt aber habe „in der Zeit vor dem Mord aus Saufen und Rumhängen“ bestanden. Das Gericht übernahm diese Version. Man konstatierte zwar einen „gewissen ausländerfeindlichen und rassistischen, möglicherweise auch rechtsradikalen Hintergrund“, aber das Mordmerkmal der niederen Beweggründe sei nicht erfüllt, weil dem Angeklagten nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden könne, daß er „zum Zeitpunkt des Messerstichs rassistische Motive verinnerlicht“ hätte.

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Es geht nicht darum, zu glauben, das Problem Rechtsextremismus ließe sich mittels des Strafrechts in den Griff bekommen. Es geht darum, daß die Justiz mit ihren Urteilen das nachvollzieht bzw. mit dem korrespondiert, wie Rechtsextremisten in der offiziellen Politik und Wissenschaft ge-

handelt werden - als Spontantäter, ohne politischen Hintergrund, gefestigte Ideologie und Organisation, als Modernisierungsverlierer, als entwurzelte Jugendliche, als Arbeitslose, als Opfer hoher Scheidungsraten, als Perspektiv- und Orientierungslose, als Opfer zu geringer Freizeitmöglichkeiten. Das heißt, nicht als Täter, sondern als Opfer.

Die Opfer dieser Täter interessieren genauso wenig, wie Tatsachen, die dieser offiziellen Betrachtungsweise widersprechen. Zum Beispiel, daß Führungsmitglieder des Ku-Klux-Klans durch Deutschland fahren und Wehrsportübungen mit Neonazis abhalten, daß internationale Netzwerke von ehemaligen SS-Kämpfern Jungnazis unterstützen, daß Skinheads international vernetzt sind und über festgefügte Strukturen verfügen. Da paßt es dann ins Bild, daß ein Dokumentarfilm über gerade diese internationalen Verbindungen der Neonazis dem deutschen Fernsehpublikum vorenthalten wird. Der Fernsehjournalist Michael Schmidt hatte zweieinhalb Jahre lang bundesdeutsche und internationale Neonazi-Größen begleitet, interviewt und zu geheimen Treffen begleitet. Er widerlegt in einem 60-minütigen Film detailliert die Legende vom Einzel- und Spontantäter. Während die Dokumentation mit großer Resonanz in zehn europäischen Ländern, den USA und Israel im Fernsehen ausgestrahlt wurde, bleiben ausgerechnet in den Ländern, die es am meisten betrifft, in Österreich und in Deutschland, die Bildschirme schwarz.

Bernd Siegler

Dieser Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den Bernd Siegler im Februar '92 an der Frankfurter Uni hielt. Siegler sprach auf Einladung der „Schöne Neue Welt/Pupille e.V.“ in der Veranstaltungsreihe „Escape to life“. Der Vortrag wurde für den Druck geringfügig überarbeitet und wird auch in einer Broschüre der VeranstalterInnen, denen wir für die freundliche Zusammenarbeit danken, veröffentlicht (Bezug über den AStA).

Ypsilon

Wir werden jetzt einen kleinen Detektivroman erleben, Herr Pingold. Es gilt, Ypsilon wiederzufinden.

Zeit ist nicht zu verlieren; die Spuren müssen frisch sein. Dennoch: ruhige Überlegung; nichts überstürzen. Zumal ich ein wenig aus der Übung gekommen bin.

Ich lasse mich in einen bequemen Clubstuhl fallen, zünde mir eine Zigarette an, schließe die Augen und mache den Eindruck eines völlig entspannten Wesens. Aber hinter meiner Stirn blitzen die Gedanken in unbarmherziger Folgerichtigkeit.

Ypsilon schreit nach Sonne und Mücken. Er will also ins Freie. Auf's Land. Und zwar für mehrere Tage, wenn nicht Wochen. Er hätte sonst die Koffer nicht gebraucht. Mit schnellem Griff erwische ich eine Generalstabskarte und einen Zirkel. Es zeigt sich, daß es in einem Umkreise von fünf Kilometern keine Möglichkeit gibt, unterzukommen. Das ist sehr interessant und wertvoll: Ypsilon und die beiden Frauen werden ihre Koffer nicht über fünf Kilometer tragen. Folglich wird Ypsilon nicht gehen. Er wird fahren.

Ich zünde die unvermeidliche Schägpipe an und folgere weiter. Vier Beförderungsmittel kommen in Betracht: Eisenbahn, Straßenbahn, Auto, Milchwagen. Rosa Feurig ist auf Auto gestimmt. Ypsilon würde auf den Milchwagen verfallen. Angelika ist in diesem Punkte neutral. Aber sie hält zu Ypsilon. Rosa wird überstimmt: Das Auto scheidet aus.

Es liegen nur noch drei Dinge im Bereich des Wahrscheinlichen. Die Milchmänner fahren erst am Nachmittag in ihre Dörfer zurück: ein Mann wie Ypsilon stürzt aber nicht im Morgengrauen mit dem Schrei nach Sonne und Mücken aus der Wohnung, um bis zum Nachmittage in einer dumpfigen Ausspannwirtschaft auf die Abfahrt eines Milchwagens zu warten. Also: Straßenbahn oder Eisenbahn. Der Ring schiebt sich immer enger zusammen. Jetzt ist volle Konzentration erforderlich. Ich brenne mir eine ganz schwere Brasilzigarre an und sinke in meinen bequemen Klubstuhl zurück. Bald schon zuckt es fast unmerklich über meine Stirn. Ein äußerst wichtiger Anhaltspunkt: Ypsilons Schrei nach den Mücken. Wo ist das Eldorado der Mücken? Ich weiß nun bestimmt, daß Ypsilon in die Heide gefahren ist. Straßenbahn oder Eisenbahn? In die Heide führt nur eine Straßenbahnlinie. Wie die Dinge liegen, kommt lediglich die Endstation in Betracht. jetzt heißt es handeln.

Ich greife nach einer Zigarette und zünde die unvermeidliche Schägpipe an. Die schwere Brasilzigarre brennt noch. Das Jagdfever hat mich gepackt. Aber ich bewahre eine eiserne Ruhe. Niemand würde mir anmerken, unter welcher Hochspannung mein Gehirn arbeitet. Nur wer mit meinen Gewohnheiten näher vertraut ist, würde aus dem gesteigerten Tabakkonsum schließen können, daß ich an der Schwelle einer wichtigen Entscheidung stehe.

Der erste Wagen fährt 6.30 Uhr. Ypsilon mußte ihn bequem erreichen. Ankunft 8 Uhr. Es ist jetzt sieben. Telefonruf an den mir bekannten Gemeindevorsteher: um 8 Uhr kommen zwei Damen und ein Herr dort an; letzterer auf den Namen Ypsilon hörend; je ein Handkoffer. Schicken Sie intelligente Boten an die Bahn. Soll Ypsilon in meinem Namen fragen, wo er das Problem deponiert hat. Sofort telefonisch bescheid, auch wenn die Herrschaften nicht angekommen sein sollten. Schluß! -

Herr Pingold, ich hielt mit der einen Hand den Hörer, mit der anderen den Bleistift für etwaige Notizen. Glauben Sie mir: es ist sehr anstrengend, in dieser Situation mit drei brennenden Rauchutensilien im Munde ein Ferngespräch zu führen. Aber ich verspürte keine Müdigkeit.

Nun habe ich noch fast eine Stunde Zeit bis zum Anruf. Ich will sie benutzen, um meine Kombinationsgabe zu üben.

Als ich aus der Haustür trete, geht ein Herr vorüber, dessen

rechter Daumen mir auffällt.

Ich begrüße den Herrn wie einen alten Bekannten: „Hallo! Wie siehts im Blumenviertel aus? Wie geht das Geschäft? Viel Ärger mit den Mietern? Müssen Sie denn auch alles in Devisen zahlen? Und sagen Sie mal: wie lange ist Ihr seeliger Vater eigentlich schon tot?“

„Sie scheinen“, sagt der Herr, „mich und meine Verhältnisse zu kennen. Ich wohne allerdings im Blumenviertel, ich habe ein Geschäft, ich bin Hausbesitzer, ich zahle in Devisen, und mein Vater ist seit zehn Jahren tot. Aber offen gestanden, - ich entsinne mich nicht, Sie je zuvor gesehen zu haben.“

„Ja, sind Sie denn nicht Herr Pingold aus der Tulpenstraße?“

(Sie verzeihen Herr Pingold, daß ich Ihren Namen nannte; mir viel gerade kein anderer ein.)

„Nein“, sagte der Herr, „mein Name ist Semmelbrot, aus der Lilienstraße.“

Ich war von dem Resultat außerordentlich befriedigt und löste mich mit einigen verbindlichen Worten von meinem Opfer. Dann brannte ich mir eine Zigarette an.

Nun passen Sie auf, Herr Pingold! Als ich den Mann sah, wußte ich, daß er im Blumenviertel wohnt. Darauf baute ich auf. Sie müssen wissen, Herr Pingold, daß das sogenannte Blumenviertel ein ganz abscheulicher Stadtteil ist und nur so genannt wird, weil es dort eine Tulpen-, Nelken-, Astern-, Rosen-, Lilien-, Stiefmütterchen- und Jellängerjellieber-Straße gibt.

Als besserer Mensch wohnt man dort nur, wenn man dort wohnen muß; wenn man etwa ein Geschäft dort hat. Also: dieser bessere Herr hatte ein Geschäft im Blumenviertel. Man sah ihm die zweite Generation an. Die erste sieht dort ganz anders aus; also - folgte ich - wird dieser Herr das Geschäft von seinem Vater übernommen haben. Das ließ mich vermuten, ihm gehöre das Haus, in dem er sein Geschäft betreibt. Handwerker war der Mann nicht; dann also Kaufmann. Das zu erkennen ist nicht schwer. Er sah auch nicht wie ein kleiner Krämer aus. Er hatte etwas vom Blumenviertelgrandseigneur. Daraus schloß ich, daß er in Devisen spekuliert. Ich drückte mich natürlich vorsichtiger aus. Er war annähernd 50 Jahre alt; daraus schloß ich, daß sein Vater nicht mehr lebt.

Richtig, Herr Pingold, das Blumenviertel. Das schloß ich - bitte lächeln Sie nicht! - aus der Form seines Daumens. Das Blumenviertel ist nämlich die einzige Gegend der Stadt, in dem die Wasserspülungen nicht eine Ziehvorrichtung, sondern einen Druckknopf haben (rechts vom Schauspieler). Infolgedessen haben Leute, die lange dort wohnen oder gar schon dort geboren sind, eine stark zurückgebogene Daumenspitze.

Sie sehen, Herr Pingold, es ergibt sich eins aus dem anderen, wenn man nur logisch folgert.

Als ich nach Hause zurückkam, setzte ich die unvermeidliche Schägpipe in Brand.

Bald darauf meldete sich der Ortsvorsteher: Ypsilon ist angekommen und läßt sagen, er sei im Begriff nach Mesopotamien auszuwandern; das Problem habe er heute früh durch Pingspüngels Fenster geworfen.

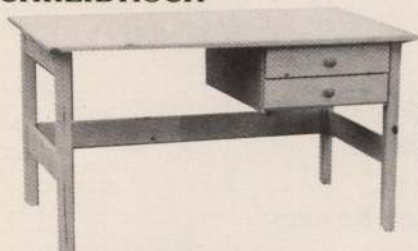
Das war eine ganz raffinierte Ausrede; für mich aber durchsichtig genug. Ich stieß nur einen leisen Pfiff aus und wußte, was ich zu tun hatte.

Den Text entnahmen wir Christof Spengermanns „Ypsilon - Ein grotesker Mann“, geschrieben 1924 und erstveröffentlicht 1991 im Postskriptum Verlag, Hannover.

möbelum

ARBEITEN.

SCHREIBTISCH



Kiefer
massiv

- DM 229,-

SCHREIBTISCH



Kiefer massiv - DM 399,-

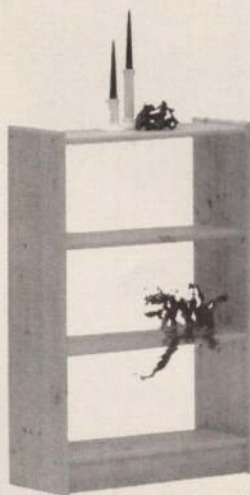
SCHREIBTISCH



Kiefer
massiv
- DM 449,-

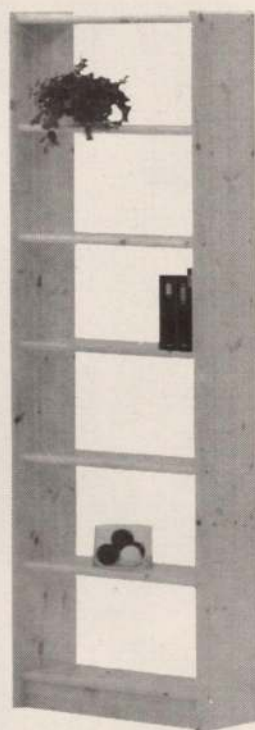
REGALE

Kiefer massiv
lackiert
vollflächige Seiten
26 mm stark
Böden (verstellbar)
20 mm stark



109,-

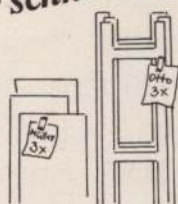
100 h/70 b/30 t
4 Böden



199,-

200 h/70 b/30 t
7 Böden

Wir schneiden zu:



MASSIVHOLZ

18 mm Fichte m² - DM 65,-

28 mm Fichte m² - DM 100,-

18 mm Kiefer m² - DM 80,-

28 mm Kiefer m² - DM 120,-

18 mm Buche m² - DM 130,-

28 mm Buche m² - DM 170,-

UNTERBAU

Kiefer
massiv



mit 2 Böden
73 h/40 b/58 t - DM 169,-

UNTERBAU

Kiefer
massiv



mit 5 Schubladen
73 h/40 b/58 t - DM 199,-

ORDNUNG MIT SYSTEM!

ES GIBT ZWEI MÖGLICHKEITEN, IHRE ORDNUNGSPRINZIPIEN
ZU REALISIEREN: SIE BAUEN EIN HAUS UM IHRE MÖBEL ODER RICHTEN
SICH MIT MÖBELN EIN, DIE PASSEN, OB UM DIE ECKE, IN DIE HÖHE,
MIT INTEGRIERTEN SCHRÄNKEN ODER EINEM ARBEITSPLATZ.

REGALSYSTEME VON MÖBELUM

STELLEN SICH SEIT ÜBER 10 JAHREN DIESEN ANFORDERUNGEN.

möbelum

Hanauer Landstr.

11-13

6000 Frankfurt

Tel. 0 69/44 70 44

Edition ID-Archiv

diskus - Texte der Neuen Linken

460 Seiten, DM 29,80



Der Auswahlband enthält Texte zu den Themen

- Freiheit und Revolte
- Antiimperialismus und Internationalismus
- Militante Politik und bewaffneter Kampf
- Rechtsstaat und Repression
- Klasse und Emanzipation

Die Textsammlung liefert einen Einblick in die Kritik der Neuen Linken an

- Stalinismus und Spätkapitalismus
- Notstandsgesetzen und Kriminalisierung der Opposition
- Legalismus und Stadtguerilla
- Universität und Wissenschaft
- Restauration und Nationalsozialismus

Mit Beiträgen von:

Peter Brückner, Sebastian Cobler, Heinz Brandt, Johannes Agnoli, Karl-Heinz Roth, Brigitte Heinrich, Rossana Rossanda, Hans-Jürgen Krahel, Herbert Marcuse, Eva Braun, Karl Riha, Rote Armee Fraktion, Elisabeth Lenk, Ulrich Sonnemann, Peter Mosler, Ernst Bloch, Max Horkheimer, Paul Mattick, Detlev Claussen, Rudi Dutschke, Revolutionärer Kampf (Frankfurt), Frauen-Kollektiv, Imanuel Geiss, Ingeborg Maus, Moishe Postone, u.a. ...

Eingeleitet und ausführlich kommentiert von der jetzigen diskus-Redaktion ist der Band in den Buchläden Huss, Hector, Karl Marx, Land In Sicht, Schutt, Uni Buch, Y, im AStA und direkt über den diskus erhältlich.

Vorankündigung: **Von der freundlichen Zivilgesellschaft**

Texte zu Nationalismus und Rassismus in Deutschland

Hrsg. Redaktion diskus, 180 Seiten, DM 20,-. Erscheint Ende Mai 1992.